

Inhaltsverzeichnis

- 4 **Auf der Zielgeraden**
Freihandelsverträge als weiteres Instrument zur Durchsetzung neoliberaler Politik
- 13 **Freihandelspolitik der EU im Vergleich zur USA am Beispiel Mexiko**
- 19 **Die Landfrage in Zentralamerika**
Verschiedene Antworten aber keine Lösung
- 24 **Landwirtschaft unter Freihandelsbedingungen**
Das Beispiel Nicaragua
- 29 **Der Schmetterling im Netz des freien Marktes**
Privatisierung und Kommerzialisierung der biologischen Ressourcen
- 33 **O'zapft is!**
Die Öffnung des mittelamerikanischen Strommarktes für Privatanbieter
- 38 **Neoliberalismus ist auch ein Angriffskonzept**
Das Zusammenwirken von Neoliberalismus und Militarisierung am Beispiel von Kolumbien
- 42 **Protest und Widerstand in El Salvador auf Erfolgskurs?**
Das Beispiel der Bewegung gegen Privatisierung im Gesundheitswesen
- 46 **Zeitungsanzeige von SIMETRISSS**
- 47 **Das Wasser ist ein Erbe, das geschützt werden muss**
Wasserwirtschaft und Widerstand in Nicaragua
- 49 **Der geplante Flughafen in Texcoco wurde nicht gebaut**
Der Widerstand der Bäuerinnen und Bauern von San Salvador Atenco war erfolgreich.
- 52 **Kein Ende der Geschichte**
Anmerkungen zum sozialen Widerstand in Zentralamerika und anderswo
- 58 **Glossar**
- 59 **Unsere GesprächspartnerInnen**

Auf der Zielgeraden

Freihandelsverträge als weiteres Instrument zur Durchsetzung neoliberaler Politik

Im Januar 2004 wurde ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und den zentralamerikanischen Ländern Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica unterzeichnet (Central American Free Trade Agreement, CAFTA). In diesem Abkommen werden der schrittweise Abbau von Zöllen für handelbare Güter, der Umgang mit Patenten auf Genome von Pflanzen sowie Regelungen über Investitionen in Zentralamerika geregelt. Auch wenn sich durch diesen Freihandelsvertrag die Situation in Zentralamerika noch einmal verschärfen wird, ist der Vertrag nur ein weiterer Baustein der neoliberalen Politik, die seit Ende der 80er Jahre auch dort durchgeführt wird. Das wurde uns bei der Delegationsreise des Ökumenischen Büros und des Informationsbüros Nicaragua im Sommer 2003 bei Gesprächen mit verschiedenen Gruppen immer wieder deutlich. Doch der Vertrag ist nicht nur ein

Baustein, sondern auch ein weiteres Instrument zur Durchsetzung neoliberaler Politik. Bis Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatten Freihandelsverträge die Funktion, den Abbau von Zöllen und Subventionen zu regeln. Durch die neoliberale Politik, die in Zentralamerika in den 90er Jahren durch die internationalen Finanzorganisationen und die jeweiligen

Regierungen umgesetzt wurde, änderten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Aufgaben des Staates. Die Länder öffneten ihre Handelsgrenzen und richteten ihre Wirtschaftspolitik auf den Weltmarkt aus. Damit wurden sie für ausländische InvestorInnen interessant.

Jetzt wird die Weiterführung dieser Politik vertraglich abgesichert. Denn in diesem Vertrag ist nicht nur der Abbau von Zöllen geregelt, sondern er gewährt den US-InvestorInnen beispielsweise auch einen Investitionsschutz, der staatlich gewährleistet werden muss und der die politischen Handlungsmöglichkeiten des Staates (z.B. Umweltschutz oder Arbeitsrecht) stark einschränkt. Da der Freihandelsvertrag über den jeweiligen Landesgesetzen steht, wird dadurch so etwas wie eine supranationale Wirtschaftsverfassung für Zentralamerika erlassen.

Als Freihandel „nur“ Handel war

Bis Ende der 80er Jahre wurde in Freihandelsverträgen meist der Abbau von Zöllen für bestimmte Güter geregelt mit dem Ziel, die Pro-



Ideologie und Praxis in Lateinamerika

dukte unter formal gleichen Bedingungen zu handeln¹. Zölle und Subventionen haben die Funktion, die eigene Wirtschaft oder bestimmte Industriezweige der eigenen Wirtschaft zu schützen. Mit Zöllen werden die Konkurrenzprodukte aus dem Ausland teurer, mit Subventi-

¹ Dass gleiche Wettbewerbsbedingungen bei unterschiedlich starken Ökonomien wie beispielsweise den USA und Nicaragua überhaupt nicht möglich sind, wird dabei außer Acht gelassen

onen die eigenen Produkte billiger. Die Idee des Freihandels beinhaltet nun, diese zum Schutz der eigenen Wirtschaft bestimmten Maßnahmen abzubauen, damit die ausländische Konkurrenz Zugang zu den eigenen Märkten bekommt. Dies entspricht auch der klassischen Vorstellung von Freihandel, die auf die ökonomischen Theorien

von Adam Smith und David Ricardo, Theoretiker des 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, zurückgeht. Damals – zu Beginn der Industrialisierung – wurde diese Theorie nicht in die Praxis umgesetzt. Im Gegenteil. Es lag Deutschland beispielsweise sehr viel daran, die eigene Industrie mit Zöllen vor der Konkurrenz aus

CAFTA

US/Central American Free Trade Agreement US/Zentralamerikanischer Freihandelsvertrag Tratado de Libre Comercio entre Costa Rica, Guatemala, Honduras, El Salvador y Nicaragua y los Estados Unidos de América

Die Initiative zu einem Freihandelsabkommen mit den USA ging von den Regierungen der zentralamerikanischen Staaten aus und wurde von US-Präsident George W. Bush am 16. Januar 2002 in einer offiziellen Verlautbarung positiv bestätigt. Am 24. März 2002 wurden die Verhandlungen in einem Gipfeltreffen zwischen George W. Bush und den zentralamerikanischen Präsidenten in San Salvador formal beschlossen.

Nach einigen Vorbereitungstreffen, die alle noch im selben Jahr stattfanden, begannen am 8. Januar 2003 die Verhandlungen und wurden offiziell nach neun Verhandlungsrunden am 16. Dezember 2003 beendet. Costa Rica erreichte für sich eine zusätzliche Verhandlungsrunde im Januar so, dass sich das tatsächliche Verhandlungsende bis zum 25. Januar 2004 hinauszog.

VertreterInnen der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft begleiteten in sogenannten „Nebenzimmern“ die Verhandlungen.

Der Vertrag, dessen Entwurf inzwischen veröffentlicht wurde*, behandelt, ähnlich wie der NAFTA-Vertrag, viel mehr als nur das Thema Freihandel. Das Vertragswerk besteht aus zwei Teilen, dem eigentlichen Vertragstext und einer Reihe von Ergänzungsdokumenten. In diesem zweiten Teil haben die einzelnen VertragspartnerInnen den Zeitraum des Abbaus der Zölle und Zollkontingente für die einzelnen Handelsprodukte fixiert, die sie einander jeweils einräumen.

Die zweiundzwanzig Kapitel des Vertrags lassen sich in drei Teile gliedern.

1. Kapitel, die sich allgemein mit Handel befassen. Dabei geht es hauptsächlich um Zollabbau, die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse und allgemeine technische Aspekte. Es sind die Kapitel mit den Titeln:
Inländerbehandlung und Marktzugang der Handelsgüter, Ursprungsregeln, Zollverwaltung, Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, Technische Handelshemmnisse, Schutzmaßnahmen, Öffentliche Beschaffungen, Streitbeilegung
2. Kapitel, die sich mit dem Handel mit Dienstleistungen befassen:
Grenzüberschreitender Handel mit Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, E-Commerce
3. Kapitel, die über die Regelungen für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen, wie sie in den WTO-Abkommen GATT und GATS fixiert sind, hinausgehen:
Investitionen, Geistige Eigentumsrechte, Arbeit und Umwelt

Die Unterzeichnung des Vertrages ist für April vorgesehen. Anschließend, bis Ende Juli, soll er im US-Kongress und in den zentralamerikanischen Parlamenten verabschiedet werden. Man rechnet daher mit einem Inkrafttreten im Januar 2005, nach den im November 2004 stattfindenden US-Präsidentenwahlen.

Es gibt Bestrebungen, weitere Mitglieder in das CAFTA-Abkommen aufzunehmen. Seit Januar dieses Jahres laufen Verhandlungen zwischen der USA und der Dominikanischen Republik. Die Verhandlungen sollen im Mai beendet sein.

* Ministerio de Comercio Exterior de Costa Rica
<http://www.comex.go.cr/>
(spanisch)

USA, Office of the United States Trade Representative
<http://www.ustr.gov>
(englisch)

² Auch die EU-Osterweiterung ist unter diesem Blickwinkel zu betrachten. Es geht auch dabei nicht alleine um die Öffnung der Märkte, sondern auch um die Implementierung neoliberaler Politik durch die Staaten der EU.

Großbritannien zu schützen, damit sie überhaupt eine Chance hatte, sich zu entwickeln. Auch wenn Schutzzölle nicht immer Garantie für wirtschaftliche Entwicklung sind, gibt es keine Beispiele von Ökonomien, die sich ohne Schutzzölle entwickelt hätten.

Freihandel mit neuer Qualität

Seit Anfang der 90er Jahre hat Freihandel eine neue Qualität bekommen. Am Beispiel von NAFTA (North American Free Trade Agreement, ein Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko, 1994 in Kraft getreten) wird das deutlich: Mit Mexiko wurde hier ein Land integriert, das ökonomisch stark von den USA abhängig war und noch immer ist. Dieser Freihandelsvertrag war weder ein Zusammenschluss von Staaten zum Schutz gegen andere, noch umfasste er ausschließlich Regelungen eines freien Warenverkehrs. Die Verhandlungen und damit das Vertragswerk selbst waren bestimmt von den Interessen der starken Ökono-

mien der USA und Kanadas. Der NAFTA-Vertrag dient als weiteres Instrument für die Umsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in Mexiko. Mit CAFTA verfolgen die USA nun eine ähnliche Politik²: Durch die Regelungen der Freihandelsverträge werden ökonomische Strukturen geschaffen, die über den nationalen Gesetzgebungen stehen und die dem Einfluss staatlicher Institutionen weitgehend entzogen sind. Sie schützen vor allem die Interessen der großen Konzerne und bieten den USA zusätzlich die Möglichkeit, sich strategisch wichtige Industrien im Dienstleistungssektor (z.B. im Stromsektor) zu sichern.

Neoliberalismus macht den Weg frei...

Der Neoliberalismus hielt Anfang der 80er Jahre weltweit Einzug in die Wirtschaftspolitik. Während vorher in Anlehnung an Keynes den staatlichen Institutionen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung von Wirtschaftskrisen, der Steuerung des Marktes und der Umverteilung zur

* mittlerweile manchmal auch moderner und euphemistisch als Armutsbekämpfungsmaßnahmen (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF)

Strukturanpassungsprogramme

Als Strukturanpassungsprogramme (SAPs)* werden die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Maßnahmen bezeichnet, mit denen vor allem die Ökonomie hochverschuldeter Staaten neoliberal umgestaltet werden soll. Ziele sind dabei die Stabilisierung der Währung, das Sichern bzw. Wiedererreichen der Schuldendienstfähigkeit und die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Anforderungen des Weltmarkts. Die Erfüllung der SAPs ist eine wesentliche Zugangsvoraussetzung zu weiteren Krediten der Weltbank, von anderen „Entwicklungsbanken“ oder auf dem privaten Kapitalmarkt.

Als Hauptbestandteile der SAPs werden Schuldnerstaaten folgende Maßnahmen verordnet, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln und Devisen einbringen sollen:

- Abwertung der Währung und Einschränkung der Geldmenge
- Setzen auf exportorientierte Industrialisierung
- Liberalisierung der Märkte für den internationalen Handel und für ausländisches Kapital
- Abschaffung von Preiskontrollen und Subventionen
- Senkung von Steuern
- Reduzierung der staatlichen Ausgaben (v.a. für soziale Absicherung und Bildung)
- drastische Senkung der Zahl der Staatsbediensteten und ihrer Bezüge
- Privatisierung des öffentlichen Sektors
- Deregulierung vor allem bei den Arbeitsbedingungen und den Löhnen
- Zulassung und Durchführung bevölkerungspolitischer Maßnahmen

Vor allem die Abschaffung von staatlichen Subventionen, die Reduzierung der Staatsausgaben und Privatisierungen ziehen verheerende soziale Auswirkungen nach sich. Dass die Maßgaben der SAPs auch bei ihrer strikten Befolgung nicht zu einer Verbesserung der ökonomischen Situation der Schuldnerstaaten, geschweige denn zu einer Zunahme des allgemeinen Wohlstands führen, zeigt am eindrucksvollsten das Beispiel Argentiniens, das jahrelang als „Musterschüler“ des IWF galt.

Aufrechterhaltung einer minimalen sozialen Sicherheit zugesprochen wurde, kehrte sich Anfang der 80er Jahre das Verständnis der Rolle des Staates in wirtschaftlichen Prozessen um. Von Keynes wurde Abschied genommen, die AnhängerInnen des Monetarismus und Marktliberalismus gewannen die Oberhand (z.B. Margaret Thatcher oder Ronald Reagan: Helmut Kohl ist im weitesten Sinne sicher auch dazu zu zählen). Nach dieser Doktrin wird dem Staat keine aktive Rolle in der Wirtschaftspolitik mehr zugesprochen, er soll lediglich noch das Wirken der Kräfte des Marktes unterstützen. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes soll - wenn man sie gewähren lässt - Wirtschaftskrisen von selbst beheben oder gar nicht erst entstehen lassen. Diese Forderung nach dem Rückzug des Staates aus dem wirtschaftlichen Bereich hat unterschiedliche Ausprägungen: Die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen, das Ende aktiver Wirtschaftspolitik im Sinne von öffentlichen Investitionen durch strikte Grenzen der staatlichen Neuverschuldung. Sowohl die Privatisierung der staatlichen Unternehmen als auch die Abschaffung von Zöllen haben Einbußen in den Staatshaushalten zur Folge, was die staatlichen Aktivitäten weiter einschränkt. Ziel der neoliberalen Politik

ist es, möglichst flächendeckenden Wettbewerb zu schaffen mit der Behauptung, dass mit mehr Wettbewerb allen gedient sei. Im Rahmen dieser



Auch sie ist jetzt geschützt.

Logik ist offensichtlich, dass Wettbewerb und Handel auch weltweit ohne staatliche Eingriffe funktionieren müssen. Deshalb spielt Freihandel

Zentralamerikanische Zollunion Unión Aduanera Centroamericana

Seit der Gründung des Gemeinsamen Zentralamerikanischen Marktes (Mercado Común Centroamericano, MCCA) im Jahre 1960 existiert der Plan einer Zollunion in Zentralamerika. In den folgenden 40 Jahren gab es verschiedene Anläufe zur Konkretisierung, die aber alle gescheitert sind. Erst in den letzten Jahren wurden, im Zusammenhang mit den Freihandelsverträgen, konkrete Schritte unternommen. Denn sowohl die USA als auch die EU, mit denen die zentralamerikanischen Regierungen Freihandelsverträge abschließen wollten, drängten zum Abschluss einer Zollunion, indem sie deutlich machten, dass sie nur mit Zentralamerika als Block verhandeln würden. Am 24. März 2002, auf dem gleichen Gipfeltreffen, auf dem die zentralamerikanischen Präsidenten die Aufnahme der Verhandlungen zu CAFTA beschlossen, vereinbarten sie auch die Vollendung der Zentralamerikanischen Zollunion. Das Ziel ist ein zollfreier Binnenhandel und ein gemeinsamer Außenzoll.

Am 26. Februar 2004 wurde auf dem Außerordentlichen zentralamerikanischen Gipfeltreffen in Guatemala bekannt gegeben, dass die geplante Zollunion am 1. Mai 2004 starten soll*. An dem Start werden sich aber nur drei der fünf Länder beteiligen, Guatemala, El Salvador und Nicaragua, und nur etwa die Hälfte des Handels zwischen diesen drei Ländern wird betroffen sein, nämlich die Produkte, die aus der Region selbst stammen. Bisher haben sich die beteiligten Länder noch nicht auf gemeinsame Außenzölle einigen können. Als große praktische Erleichterung wird herausgestellt, dass gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen des Ursprungslandes automatisch anerkannt werden.

* La Prensa, Nicaragua
27./28.02.2004

in der neoliberalen Doktrin eine wichtige Rolle.

Mit diesem Dogma veränderte sich auch das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen. Während bis Anfang der 80er Jahre dem Staat noch eine gewisse Versorgungsfunktion für die BürgerInnen zugesprochen wurde, wird diese nun immer weiter abgebaut. JedeR soll für sich selbst verantwortlich sein und die, die etwas leisten, werden auch belohnt, wohingegen – kurz gesprochen – die, die nichts leisten im Sinne des Marktes, auch nichts verdienen. Dem Staat wird lediglich noch das Recht zugesprochen, als HüterIn von Recht und Ordnung zu funktionieren. Er muss sich um Sicherheit kümmern, was auch bedeutet, Kriminalität oder Widerstand, die auch aus zunehmender Verelendung entstehen, niederzuschlagen.

Diese veränderte Art des Denkens in Bezug auf Staat und Wirtschaft wurde in den 80er und 90er Jahren durch die Maßnahmen der Krisenintervention vor allem der internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank auch in die Länder Lateinamerikas exportiert: Die Gewährung von Krediten war an eindeutige Kriterien gebunden, die den Staat aus einer aktiven Rolle herausdrängen sollten. Das Ziel dieser Strukturanpassungsmaßnahmen (detailliertere Beschreibung der Strukturanpassungsmaßnahmen siehe Kasten) bestand darin, die Ökonomien zu deregulieren und damit optimale Rahmenbedingungen für freien Wettbewerb und Handel zu schaffen. Dazu gehörte die Senkung von Steuern und Zöllen, die Förderung ausländischer Direktinvestitionen, Exportorientierung und Privatisierung von staatlichen Unternehmen.

In Zentralamerika hatte diese von IWF und Weltbank geförderte und von den Regierungen Zentralamerikas umgesetzte Politik schon sehr schnell negative Folgen für die Bevölkerung. Exportorientierung und Förderung ausländischer Direktinvestitionen hatten den massiven Aufbau der Maquila-Industrie zur Folge, in der überwiegend Frauen arbeiten, und zwar unter übelsten Arbeitsbedingungen und zu sehr geringen Löhnen. Die Vernachlässigung einer gezielten Agrarförderung verbunden mit einer Reduzierung der Zölle für Agrarimporte führte zur Verschuldung von LandwirtInnen und der Verelendung von LandarbeiterInnen. Die Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung oder Bildung bedeuteten eine Steigerung der Lebenshaltungskosten, so dass für einen Großteil der Bevölkerung diese Grundversorgung zum Luxus-

gut wurde. Auch hier gilt wieder das zynische Motto, dass jedeR für sich selbst verantwortlich ist. Wer etwas leistet, kann sich auch private Gesundheitsversorgung leisten, wer nicht, der halt nicht. Real stellt sich auch in den Ländern Zentralamerikas die Situation so dar, dass die Arbeit für die Gesundheitsversorgung wieder von Frauen erledigt werden muss. Denn wie früher werden sie es sein, die die Kranken pflegen, wenn die Familie kein Geld hat, um die Kranken in einem Hospital unterzubringen.

...zu freiem Handel

Dieser Prozess der neoliberalen Ökonomisierung wird mit dem Freihandelsvertrag CAFTA noch verschärft werden. Denn ebenso wie der Vorbildvertrag zwischen Kanada, den USA und Mexiko (NAFTA) geht dieser Vertrag weit über das hinaus, was bisher in Freihandelsverträgen geregelt wurde, nämlich der Abbau von Zöllen für den Handel mit Gütern. Zwei Aspekte sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung: Die Ausweitung dessen, was als handelbares Gut bezeichnet wird und die Aufnahme von Regelungen zum Investitionsschutz.

Alles kann gehandelt werden

Während in Freihandelsverträgen, die noch nicht so stark mit der neoliberalen Doktrin verbunden waren, vor allem der Austausch von produzierten Gütern geregelt wurde, geht es jetzt um weitaus mehr. Die Definition, was handelbares Gut sei, wurde immer weiter ausgedehnt. Dem freien Handel mit Gütern folgte ab Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts der freie Handel mit Devisen. Seit Beginn der 80er Jahre wurden auch Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung sowie natürliche Ressourcen wie Wasser oder genetische Informationen von Lebewesen als handelbare Güter definiert.

Bei den Verhandlungen zum CAFTA-Vertrag wurde nur das verhandelt, was eigentlich für die realen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und den Ländern Zentralamerikas keine zentrale Rolle spielt, nämlich ab wann welche Produkte zollfrei gehandelt werden. Es geht dabei um eine ziemlich lange Liste von Produkten, die für die zentralamerikanischen Länder eigentlich nicht von Bedeutung sind, da sie dort nicht hergestellt werden, wie beispielsweise Kriegsschiffe. Raul Moreno vom Verbraucherschutznetzwerk CDC in El Salvador sieht nur drei Produkte, die für El Salvador von

Bedeutung sein könnten: Kaffee, Textilprodukte aus den Maquilas und kleine elektrische Geräte. Nach seiner Einschätzung ist das hauptsächliche Ziel der USA nicht, den Warenverkehr zu erleichtern, sondern sich den Zugang zur Biodiversität Zentralamerikas zu sichern und dies in einem Freihandelsvertrag festzuhalten, der über den jeweiligen Landesgesetzen steht.

Darüber finden auch keine Verhandlungen statt, da die USA hier nicht zu Kompromissen bereit sind. Zentralamerika besitzt eine Vielfalt an Pflanzen, die unter anderem für Pharmakonzerne für die Herstellung und Neuentwicklung von Medikamenten von Bedeutung sein können. Durch CAFTA wird die Möglichkeit erleichtert, sich Zugang zu diesen Pflanzen zu verschaffen und diese patentieren zu lassen. In diesem Vertrag sind also Pflanzen und Genome von Pflanzen bereits zu handelbarem Gut erklärt worden.

Investitionen

Ebenso wie der NAFTA-Vertrag enthält auch CAFTA ein Kapitel über Investitionsschutz. Auch das war nicht Bestandteil der Verhandlungen. Hinsichtlich der Investitionen wird es den Regierungen künftig nicht mehr erlaubt sein, den InvestorInnen Bedingungen zu stellen (beispielsweise, dass die Investitionen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden sein oder in das wirtschaftspolitische Konzept der jeweiligen Regierung passen müssen). Ausländische InvestorInnen müssen wie einheimische InvestorInnen behandelt werden. Das ist natürlich für die zentralamerikanischen Unternehmen sehr problematisch, denn sie müssen nun bei Aufträgen, die von öffentlichen nationalen Institutionen ausgeschrieben werden, auf gleicher Ebene mit Konzernen aus Industrieländern, in diesem Fall den USA, konkurrieren.

Über die Regelung zu Investitionen soll in den Ländern ein freier Wettbewerb der Konzerne eingeführt werden. Real wird durch den Freihandelsvertrag aber vor allem den ausländischen InvestorInnen Rechtssicherheit und eine Risiko-

absicherung ihrer Investitionen gewährleistet. Beispielsweise können nun ausländische Firmen für entgangene Gewinne Entschädigung erhalten, wenn ein nationales Gesetz (z.B. eine Regelung zum Umweltschutz) die erwarteten Gewinne des Konzerns schmälert. Da die Regelungen des Freihandelsvertrages über der jeweiligen Ländergesetzgebung stehen, bleiben sie



Hier geht's rechts ab.

von Regierungswechseln in den einzelnen zentralamerikanischen Ländern unberührt. Es ist den Ländern auch nicht möglich, Gesetze zu erlassen, die dem Geist der Verträge widersprechen: Ein weiterer Schritt zur Aushebelung der staatlichen Einflussphäre und die Garantie der Kontinuität einer Politik unabhängig davon, welche politische Strömung an der Macht ist. Am Beispiel der Regelungen zum Investitionsschutz wird einmal mehr deutlich, dass dieser Freihandelsvertrag mit seiner supranationalen Verankerung als ein weiteres Instrument für die Umsetzung neoliberaler Politik gesehen werden muss.

Raul Moreno sieht die Regelungen zum Investitionsschutz als ein weiteres zentrales Interesse der USA. Für die USA sind vor allem Investitionen in strategisch wichtigen Sektoren wie Strom und Infrastruktur interessant. Da sich die Handelströme der USA in den letzten Jahren verändert haben, sind sie an einer kurzen Verkehrsverbindung zwischen Atlantik- und Pazifikküste interessiert. Historisch hat sich in den USA die Industrie schwerpunktmäßig an der Ostküste angesiedelt. Unter anderem auch deshalb, weil der internationale Markt vor allem im Osten, nämlich in Europa, zu finden war. Das hat sich mittlerweile geändert, Asien spielt nun für die USA eine immer größere Rolle. Sie su-

chen also nach Wegen, um die Produkte schnell von Ost nach West bringen zu können, ohne dabei den lateinamerikanischen Subkontinent umfahren zu müssen und ohne ausschließlich auf den Panamakanal angewiesen zu sein. In den USA selbst ist eine Verbindung vom Atlantik zum Pazifik schwer zu realisieren, da dort ein Gebirgsmassiv im Weg steht. Zentralamerika spielt in diesen Planungen deshalb eine wichtige Rolle, da dort eine Verbindung vom Atlantik zum Pazifik auf relativ kurzem Weg möglich ist. Der Zugriff auf Infrastruktur und Strom (für den Fall, dass eine Eisenbahnverbindung gebaut werden soll) ist daher für die USA von strategischer Bedeutung.

Das Gesamtbild wird deutlich schärfer: Der Staat zieht sich aufgrund der Privatisierung von staatlichen Unternehmen und öffentlichen Dienstleistungen aus der Wirtschaft zurück, dadurch werden private Investitionen notwendig, die wiederum so frei wie möglich gestaltet werden müssen, damit der freie Wettbewerb und der freie Markt real werden können. Die Freihandelsverträge zwischen den USA und den Ländern Zentralamerikas sowie NAFTA regeln

also nicht nur freien Handel, sondern sind ein weiteres Instrument zur Durchsetzung eines neoliberalen Modells und für die USA eine Möglichkeit, ihre Hegemonie nach Lateinamerika auszudehnen. In diesem Fall wird durch ökonomische Verträge die politische und ökonomische Einflussosphäre der USA nach Zentralamerika ausgedehnt. Die Einhaltung der neoliberalen Doktrin wird aber vor allem von den kleinen, wirtschaftlich schwachen Ländern eingefordert. Die starken Ökonomien können leicht die Aufrechterhaltung ihrer Subventionen für beispielsweise den Agrarsektor durchsetzen. Die Begriffe „Freier Markt“ und „Freier Handel“ sind insofern irreführend, als es sich zwar um formal gleiche Bedingungen handelt, aber faktisch die einzelnen Länder und Unternehmen sehr unterschiedliche Voraussetzungen und Möglichkeiten haben. Niemand wird bestreiten, dass der Coca-Cola-Konzern wesentlich freier auf dem Weltmarkt agieren kann als eine kleine Limonaden-Firma aus El Salvador.

Freihandelsverträge sind eine Ebene, neoliberale Politik mit gezielten eigenen Interessen zu verbinden. Im Falle von CAFTA sind es die

Zusammenhang CAFTA, ALCA, Freihandel und WTO

Die Liberalisierung des Handels als lange gehegtes Projekt wird auf verschiedenen Ebenen durchgesetzt: Bilaterale Handelsverträge zwischen einzelnen Ländern, die Bildung von Wirtschaftsblöcken (zum Beispiel EU, MERCOSUR oder NAFTA, aber auch CAFTA) und die Liberalisierung des Handels weltweit durch die Regeln der Welthandelsorganisation WTO. Was auf welcher Ebene diskutiert und verhandelt wird, hängt oftmals von den Interessen der einzelnen, vor allem der starken Industrienationen ab. Beispielsweise war es ein explizites Interesse der USA, den Abbau von Agrarsubventionen nicht in die Freihandelsverhandlungen mit Zentralamerika einzubringen, sondern dafür eine Regelung auf der WTO-Ebene zu finden. Die USA wollten, dass gleichzeitig mit ihnen auch die EU und Japan ihre Agrarsubventionen abbauen, so dass kein „Wettbewerbsnachteil“ für die USA entstehen kann. Allerdings existiert auch ein Wechselspiel zwischen dem, was auf den verschiedenen Ebenen verhandelt wird: Vereinbarungen, die in Freihandelsverträgen ausgehandelt

wurden, finden letztendlich Eingang in die WTO und umgekehrt. Ein Beispiel hierfür ist der Investitionsschutz. Investitionen sind zwar kein Handel im eigentlichen Sinne; sie sind aber trotzdem Bestandteil von Freihandelsverträgen (bei NAFTA und auch geplant bei CAFTA) und auch der Verhandlungen auf WTO-Ebene. Ein Abschnitt des Investitionskapitels im NAFTA-Vertrag ist der Investitionsschutz, der Entschädigungen für transnationale Unternehmen vorsieht, wenn ihnen durch die Gesetzgebung geplante Gewinne entgehen. Die Entschädigungen, die oftmals in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar angesiedelt sind, müssen die Regierungen der jeweiligen Staaten zahlen. Ein Beispiel aus Mexiko: Das kanadische Unternehmen Metalclad wollte in Mexiko eine Müllhalde bauen. Nachdem die lokale Regierung den Bau dieser Müllhalde untersagte, weil das Baugelände mitten im Naturschutzgebiet liegt, verklagte Metalclad den mexikanischen Staat auf eine Schadensersatzsumme von 16,5 Millionen US-Dollar wegen entgangener Gewinne und gewann den

Interessen der USA, im Falle der EU-Osterweiterung die Interessen der wirtschaftlich starken Länder der EU. Am Beispiel von CAFTA lässt sich zeigen, dass sich unter dem Deckmantel von Freihandel mehr verbirgt als „nur“ Freihandel. Auf anderen Ebenen wird ebenfalls um weltweit freien Handel gerungen. Beispielsweise bei der Welthandelsorganisation WTO. Allerdings sind da die Interessenslagen nicht ganz so eindeutig. Dort gibt es Konstellationen, in denen sich USA und EU in ihren Interessen stützen oder sich konträr gegenüber stehen. Und es gibt die Möglichkeit - wie bei den letzten WTO-Verhandlungen in Cancún, Mexiko im September 2003 -, dass sich ökonomisch schwächere Länder zusammenschließen und damit



Asymmetrische Verhandlungen – ungleiches Spiel

Verhandlungen zum Scheitern bringen. Dies wird bei Verhandlungen zu einem Freihandelsvertrag zwischen einer ökonomischen Groß-

macht und von ihr abhängigen Ländern, wie es die Länder Zentralamerikas sind, nicht passieren.

Prozess aufgrund der Regelungen im NAFTA-Vertrag. Eine solche Regelung gibt es auf WTO-Ebene noch nicht, aber es wird davon ausgegangen, dass dieser Abschnitt, der bereits in identischer Ausführung in mindestens zwei Freihandelsabkommen verankert ist, auch Einzug in die WTO finden wird. Auch wenn das Scheitern der WTO-Konferenz von Entwicklungs- und Schwellenländern als Erfolg gefeiert wurde, ist die Drohung der USA und der EU, auf bilateraler Ebene ihre Interessen durchzusetzen, für die Länder Zentralamerikas und Mexiko bereits Realität. Das Interesse der USA, ihren ökonomischen und politischen Einfluss in Lateinamerika über ein Freihandelsabkommen zu sichern, besteht bereits seit Anfang der 90er Jahre. Der Beginn waren die Verhandlungen um NAFTA, das Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko, das seit Anfang der 90er Jahre verhandelt wurde und 1994 in Kraft trat. Ebenfalls seit 1990 gibt es die Pläne der US-Regierung, die Regelungen von NAFTA mit einer Freihandelszone von Alaska bis Feuer-

land (ALCA, Area de Libre Comercio de las Americas) auf den ganzen lateinamerikanischen Subkontinent auszuweiten. Dieses Abkommen sollte 2005 in Kraft treten. In den letzten zwei Jahren haben sich die Verhandlungen aber schwierig gestaltet. Carlos Pacheco vom Centro de Estudios Internacionales (CEI) in Managua nennt einige Gründe dafür: In Bolivien und Ecuador gibt es eine stark organisierte indigene Bevölkerung, die sich gegen ALCA ausspricht und ihre Regierungen unter Druck setzt. In Venezuela und Brasilien sind mit Chavez und Lula Regierungen an der Macht, die starke Ökonomien vertreten und in den ALCA-Verhandlungen etwas entgegengesetzt. Es zeichnet sich also ab, dass ALCA nicht wie geplant 2005 in Kraft tritt. Die USA versuchen jetzt, auf bilateraler Ebene Freihandelsverträge abzuschließen und somit ihre Interessen und ihre Einflussosphäre Schritt für Schritt auszuweiten. Eine Initiative in diese Richtung sind die Verhandlungen um einen Freihandelsvertrag zwischen den USA und Zentralamerika (CAFTA).

Gesamtamerikanische Freihandelszone

ALCA Área de Libre Comercio de las Américas **FTAA Free Trade Area of the Americas**

Die gesamtamerikanische Freihandelszone wurde erstmalig von dem damaligen US-Präsidenten George Bush im Jahre 1990 angeregt. Institutionalisiert wurde der Verhandlungsprozess auf dem Gipfeltreffen der amerikanischen Staaten im Dezember 1994 in Miami. Dort wurde beschlossen, sofort mit den Verhandlungen zu beginnen, für die man sich einen Zeitrahmen von zehn Jahren setzte. Nach schleppendem Beginn wird seit 1998 in folgender Struktur verhandelt:

Mitglieder sind die 34 „Demokratien“ auf dem amerikanischen Kontinent, d.h. alle Staaten außer Kuba. Das oberste Entscheidungsgremium sind die kontinentalen Gipfeltreffen. Das letzte Treffen war in Monterrey in Mexiko im Januar dieses Jahres. Das wohl entscheidende Gremium sind die Treffen der Handelsminister. Bisher hat es acht Treffen gegeben. Die Handelsminister legen den Zeitrahmen, die Prinzipien und Ziele und die Struktur des Verhandlungsprozesses fest.

Die Details der Vertragsverhandlungen finden in neun Verhandlungsgruppen und vier sogenannten Spezialkomitees statt. Die Verhandlungsgruppen gliedern sich nach den Sachgebieten Marktzugang, Investitionen, Dienstleistungen, Regierungsaufträge, Landwirtschaft, Subventionen und Antidumping, Rechte des geistigen Eigentums und Streitschlichtung. Die Spezialkomitees beschäftigen sich mit den Themen Beteiligung der Zivilgesellschaft, E-Commerce, institutionelle Angelegenheiten und besondere Probleme der kleinen Nationalwirtschaften.

Auf dem Gipfeltreffen in Quebec war beschlossen worden, die vorläufigen Vereinbarungen zu veröffentlichen. Dies ist inzwischen dreimal geschehen. Die letzte Fassung vom November 2003* hat einen Umfang von 490 Seiten. Auffällig ist:

1. Der größte Teil des Textes ist in eckige Klammern gesetzt, was bedeutet, dass fast überall noch Meinungsverschiedenheiten zwischen den VerhandlungspartnerInnen bestehen.
2. Der Text lehnt sich in weiten Bereichen an den NAFTA-Vertrag an. So ist z.B. der umstrittene Artikel 13 des Sachgebietes Investitionen, über Entschädigungszahlung bei direkter und indirekter Enteignung, wortgleich mit dem Artikel 1110 des NAFTA-Vertrages.

Die Differenzen zwischen den VerhandlungspartnerInnen, besonders zwischen den USA und Brasilien, sind im Augenblick so groß, dass es unsicher ist, ob es überhaupt zu einem Vertragsabschluss kommen wird. Hauptstreitpunkt sind die Subventionen im Bereich der Landwirtschaft, aber auch bei anderen Themen wie z. B. den Investitionen gibt es große Gegensätze. Auf der letzten, der achten Handelsministerkonferenz im November 2003 in Miami wurde deshalb ein neues Verhandlungsziel definiert. Man strebt jetzt nicht mehr einen einzigen für alle gültigen Vertrag an, sondern nur noch einen Minimalkonsens von „Regeln und Pflichten, die für alle Länder anwendbar sind“. Darauf aufbauend können die Länder, die das wünschen, bilateral oder multilateral zusätzliche Vereinbarungen treffen. Im Augenblick wird angestrebt, die Verhandlungen bis September 2004 zu beenden, damit der Vertrag so schnell wie möglich, spätestens aber im Dezember 2005 in Kraft treten kann.

* <http://www.ftaa-alca.org>

Freihandelspolitik der EU im Vergleich zur USA am Beispiel Mexiko

Mexiko war bis vor kurzem das einzige Land, das sowohl mit den USA als auch mit der EU einen Freihandelsvertrag abgeschlossen hatte. Daher bietet sich Mexiko als Beispiel an, wenn man die Auswirkungen der Freihandelspolitik der beiden großen Wirtschaftsmächte auf die Länder der sogenannten dritten Welt vergleichen will. Leider gibt es aber einige Faktoren, die den Vergleich erschweren. Das sind vor allem die sehr ungleiche Bedeutung, die diese beiden Handelsbeziehungen für die mexikanische Wirtschaft haben und die unterschiedliche Zeitspanne seit Inkrafttreten der Verträge. Während die Nordamerikanische Freihandelszone mit den Mitgliedern USA, Kanada und Mexiko (NAFTA), seit dem 1. Januar 1994 zehn Jahre



Arbeitsmarkt konkret: Mexiko Zocalo

besteht, ist der Freihandelsvertrag zwischen der Europäischen Union und Mexiko erst seit dem 1. Juli 2000 wirksam.

Entwicklung der Handelsbeziehungen Mexiko-USA

Die Bedeutung der Handelsbeziehungen zu den USA ist für Mexiko kaum zu überschätzen. Die Wirtschaftsentwicklung Mexikos in den Jahren seit 1990 ist geprägt von einer enormen Zunahme des Außenhandels. Von 1990 bis 2002 hat sich das Volumen fast versechsfacht (siehe Tabelle nächste Seite), während es sich im davor liegenden Jahrzehnt noch nicht einmal verdoppelt hatte. Diese 1990 beginnende Entwicklung

hat der NAFTA Vertrag nach seinem Inkrafttreten 1994 nur nochmals verstärkt. Aber von den NAFTA BefürworterInnen wird die Außenhandelssteigerung nur dem Vertrag zugeschrieben und als großer Erfolg gefeiert. Wenn man diesen „Erfolg“ etwas genauer betrachtet, so entdeckt man nicht nur seine Schattenseiten, sondern auch, dass er mit erheblichen Kosten erkauft wurde.

Einseitige Ausrichtung Mexikos auf die USA

Mexiko ist heute mehr denn je vom wirtschaftlichen Wohlergehen der USA abhängig. Seit Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens ist das

mexikanische Handelsvolumen auf fast den dreifachen Wert gestiegen. Diese Steigerung ergibt sich zu einem großen Teil aus der Steigerung der Exporte in die USA. Sie haben sich fast vervierfacht. Dabei stieg ihr Anteil am Gesamtexport von 78% auf 89%. Diese Zahlen machen deutlich, dass Mexiko eine

Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den USA dramatisch zu spüren bekommen würde.

Ein Großteil des Exporterfolges ist der Maquila-Industrie zu verdanken. Zwischen 1993 und 1998 hat sich deren Wert verdreifacht (1993: 23,1 Mrd. US\$, 1998: 62 Mrd. US\$) und machte 1998 45% des mexikanischen Gesamtexports aus¹. Ohne auf die mit der Maquila verbundenen sozialen Aspekte einzugehen, sollen hier kurz deren wirtschaftliche Probleme angedeutet werden. Die ökonomischen Erfolge der Maquila-Industrie sind nur sehr flüchtig und gehen eindeutig zu Lasten anderer Wirtschaftszweige, wie Alberto Arroyo in einer detaillierten Untersuchung nachgewiesen hat². Es ist allge-

¹ Heinz Gert Preuße, Sechs Jahre Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA) – Eine Bestandsaufnahme, Tübingen März 2000. <http://www.uni-tuebingen.de>

² Alberto Arroyo, El TLCAN: Objetivos y Resultados 7 Años después, RMALC <http://www.rmalc.org.mx>

mein bekannt, dass Maquila-Industrie immer nur in sehr geringem Maß in den allgemeinen Wirtschaftsprozess eines Landes integriert ist, es kaum lokale Zulieferer gibt und dadurch auch keine indirekte Beschäftigung entsteht. Dies alles gilt auch für Mexiko. Hier kann man sogar feststellen, dass sich diese Tendenz durch NAFTA noch verstärkt hat und der Prozentsatz an mexikanischen Vorprodukten für die Maquila-Industrie weiter zurückgegangen ist. Die Entwicklung der Importe ist daher auch stark von der Maquila geprägt, denn einen Großteil davon machen deren Vorprodukte aus.

Die Auswirkungen der Ausrichtung der mexikanischen Wirtschaft auf den Export in die USA hat seit der NAFTA zu einem zunehmenden zweifelhaften „Modernisierungsgefälle“ innerhalb des Landes geführt. 45% der Unternehmen mit US-Kapital haben ihren Sitz in den mexikanischen Provinzen im Norden des Landes und 37% im Distrito Federal, während in den südlichen Provinzen lediglich 5% der Firmen ansässig sind. Somit reicht die NAFTA geographisch gesehen gerade einmal bis Mexiko City³. Hier ist der Ansatzpunkt des Plan Puebla Panamá mit seinen geplanten Investitionen in die Infrastruktur Südmexikos und Zentralamerikas. Diese Pläne zum Ausbau der Straßen-, Elektrizitäts- und Telefonnetze sollen der Maquila-Industrie den Weg nach Süden bereiten.

Schattenseiten und Verlierer

NAFTA hat in Mexiko klare Verlierer hinterlassen. Das ist in erster Linie die Landwirtschaft und auf der anderen Seite der Teil der Industrie, der für den heimischen Markt produziert. Wäh-

rend sich mit NAFTA das Handelsbilanzdefizit zwischen Mexiko und den USA umgedreht hat (siehe Tabelle), sieht es bei der Landwirtschaft allein genau umgekehrt aus: aus einem geringen Exportüberschuss wurde ein großes Handelsbilanzdefizit⁴. Dieser Erfolg der hoch subventionierten US-amerikanischen Landwirtschaft ließ die Erlöse der mexikanischen Bauern verfallen. Die Konsequenzen sind zunehmende Armut bei der ländlichen Bevölkerung und eine wachsende Migration in die USA. Die BefürworterInnen verweisen natürlich auf die Vorteile für die VerbraucherInnen. Dass Mais, Bohnen und Hühnchen inzwischen billig aus den USA importiert werden können, ist für viele Menschen sicher wichtig. Doch dafür wächst die Armut auf dem Land – und die billigen Tortillas aus den USA können viele nur bezahlen, weil jemand aus ihrer Verwandtschaft, der früher Mais anbaute, jetzt illegal in den USA arbeitet und Geld nach Hause überweist. Auf jeden Fall steht der Vorteil, den manche Konsumenten durch NAFTA haben, in keinem Verhältnis zu dem Gewinn, den Konzerne (zumeist aus den USA) aus dem Abkommen ziehen. Deren Gewinn speist sich nicht nur aus einem „freien“ Wettbewerb mit einem hoffnungslos unterlegenen Partner, sondern auch aus einem idealen Investitionsschutz, der soweit geht, dass er auch entgangene zu erwartende Gewinne als „indirekte Enteignung“ klassifiziert – und entsprechende Entschädigungen garantiert. Ein Entschädigungsfall kann zum Beispiel dann eintreten, wenn eine Landesregierung aus Gründen des Umweltschutzes eine ohne Genehmigung gebaute Giftmülldeponie verbietet⁵.

³ Susanne Gratius: Acht Jahre NAFTA: vom Freihandelsabkommen zur Nordamerikanischen Gemeinschaft?, Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 15, 2002.

⁴ 1995 importierte Mexiko landwirtschaftliche Güter und Produkte für 3.254 und exportierte für 3.835 Mill. US\$ in die USA. Bis 2001 war der Import auf 7.415, der Export aber nur auf 5.267 Mill. US\$ gestiegen. Victor Quintana, El círculo vicioso del Tratado de Libre Comercio de América de Norte, ASC. <http://www.alainet.org>

⁵ Erklärung von Bern; Investitionsschutz um jeden Preis? Vom NAFTA zum MAI zur WTO <http://www.evb.ch>

Entwicklung des Außenhandels Mexikos seit 1990 (Wert in Mill. US \$)

Exporte	Entwicklung des Außenhandels Mexikos seit 1990 (Wert in Mill. US \$)					
	Jahr	Gesamt	in die USA	in %	in die EU	in %
	1990	26.838,4	18.456,3	68,8	3.547,9	13,2
	1991	42.687,5	33.952,9	79,6	3.338,9	7,8
	1992	42.595,6	29.468,1	69,2	3.397,6	8,0
	1993	51.886,0	40.516,6	78,1	2.658,0	5,1
	1994	60.882,2	44.443,5	73,0	2.748,1	4,5
	1995	79.541,6	61.975,2	77,9	3.382,3	4,3
	1996	95.999,7	80.672,6	84,0	3.553,3	3,7
	1997	110.431,4	94.530,8	85,6	4.020,3	3,6
	1998	117.459,6	103.288,6	87,9	3.898,0	3,3
	1999	136.391,1	120.588,1	88,4	5.209,6	3,8
	2000	166.454,8	147.898,3	88,9	5.610,2	3,4
	2001	158.442,9	140.483,9	88,7	5.334,1	3,4
	2002	160.762,7	143.256,9	89,1	5.217,7	3,3

Entwicklung der Handelsbeziehungen Mexiko-EU

Das gegenseitige wirtschaftliche Interesse der beiden Partner, Europäische Union und Mexiko, ist aus den Handelsströmen leicht zu erkennen (siehe Tabelle). Seit Bestehen von NAFTA hat die EU Marktanteile eingebüßt. Der Anteil der EU am mexikanischen Gesamtexport fiel zwischen 1993 und 1999 (vor in Kraft treten des Freihandelsabkommens EU – Mexiko) von 5,1% auf 3,8%. Bei den Importen aus der EU sank der Prozentsatz im gleichen Zeitraum von 11,8% auf 9,0%.

Aus dieser Entwicklung kann man für das Zustandekommen des Freihandelsvertrages zwischen Mexiko und der EU folgende Hauptmotive bei den beiden Partnern vermuten. Mexiko wollte sich einerseits aus der einseitigen Ausrichtung seines Außenhandels auf die USA lösen, und andererseits erhoffte es sich bessere Absatzchancen in der EU und damit eine Verringerung seines Handelsbilanzdefizites mit diesem Wirtschaftsraum. Die EU wiederum wollte Marktanteile, die sie in der Folge des NAFTA-Vertrages verloren hatte, wieder zurück gewinnen. Der EU ging es aber nicht nur um die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen auf dem mexikanischen Markt, sondern vor allem auch um den leichteren Zugang zum US-Markt durch die Hintertür Mexiko.

Die Auswirkungen des Freihandelsvertrages auf die Handelsströme zwischen der EU und Mexiko sind für den kurzen Zeitraum seit Inkrafttreten natürlich noch nicht abschließend zu bewerten. Einige Tendenzen lassen sich aber schon erkennen: Im Gegensatz zu Mexiko ist es

der EU bisher eher gelungen, ihre wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Sie konnte ihren Marktanteil leicht erhöhen, während das mexikanische Handelsdefizit mit der EU weiter gestiegen ist⁶. Gehandelt werden sowohl von der EU als auch von Mexiko überwiegend Industriegüter. Der Anteil der Agrarprodukte liegt nur bei ungefähr 5% und hat lange nicht die Bedeutung, die er bei NAFTA hat⁷.

Das strategische Interesse der EU

Ähnlich wie beim NAFTA Vertrag geht das Abkommen zwischen der EU und Mexiko über ein traditionelles Freihandelsabkommen weit hinaus. Neben dem Kernstück der Liberalisierung des Handels mit Gütern behandelt es auch die Themen Handel mit Dienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen, Investitionen, Streitbeilegung und Schutz des geistigen Eigentums. Pascal Lamy, der europäische Kommissar für Handel, hat anlässlich des Vertragsabschlusses dies besonders hervorgehoben: „Dienstleistungen und geistiges Eigentum sind Schlüsselpunkte der europäischen Exporte, und die heutige Entscheidung wird zu einem bedeutsamen Wachstum führen.“⁸ Auch Manuel Pérez Rocha von RMALC wies auf die europäischen Investitionen (Niederlande, Spanien) im Banken- und Versicherungssektor hin. Das sind die Themen, die vor allem die Industrieländer interessieren und die entweder gegen den Widerstand der Entwicklungsländer in die Agenda der WTO aufgenommen wurden (Handel mit Dienstleistungen, Schutz des geistigen Eigentums, Streitbeilegung) oder zu den sogenannten Singapur-Themen⁹ gehören, d.h. Bereiche be-

⁶ Banco de Información Económica, Mexico <http://dgcnesyp.inegi.gob.mx>

⁷ Bilateral Trade Relations, EU Mexico <http://europa.eu.int>

⁸ Bilateral Trade Relations, EU Mexico <http://europa.eu.int>

⁹ Die so genannten Singapur-Themen verdanken ihren Namen der 1. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO, die 1996 in Singapur stattfand. Damals kamen – in erster Linie auf Initiative der Europäischen Union – vier Themengebiete auf die Tagesordnung möglicher künftiger Verhandlungen: die Erleichterung des Handels, die Transparenz im öffentlichen Auftragswesen, Investitionen sowie fairer Wettbewerb.

Jahr	Gesamt	aus den USA	in %	aus der EU	in %
1990	31.271,9	20.521,4	65,6	5.198,8	16,6
1991	49.966,6	36.867,7	73,8	6.196,0	12,4
1992	62.129,4	44.278,6	71,3	7.650,7	12,3
1993	65.366,5	46.542,2	71,2	7.701,3	11,8
1994	79.345,9	57.008,6	71,9	8.952,3	11,3
1995	72.453,0	53.994,5	74,5	6.724,2	9,3
1996	89.468,8	67.629,0	75,6	7.732,1	8,6
1997	109.807,8	82.181,6	74,8	9.900,8	9,0
1998	125.373,1	93.415,4	74,5	11.682,7	9,3
1999	141.974,8	98.153,5	69,1	12.732,9	9,0
2000	174.457,8	127.817,7	73,3	15.032,7	8,6
2001	168.396,5	114.061,6	67,7	16.313,9	9,7
2002	168.678,9	106.921,9	63,4	16.627,8	9,9

Importe

Quellen:
 Instituto Nacional de Estadística Geografía e Informática (INEGI), Banco de Información Económica, <http://dgcnesyp.inegi.gob.mx>

treffen gegen deren Behandlung in der WTO sich die Entwicklungsländer sträuben. Damit ist das Abkommen zwischen der EU und Mexiko typisch für die Wirtschaftspolitik der Union gegenüber den Ländern der so genannten Dritten Welt und der Politik der USA zum Verwechseln ähnlich.

Derzeit ist die EU auf diesem Gebiet sogar noch aktiver als die USA, die auf dem amerikanischen Kontinent mit Chile und den zentral-amerikanischen Staaten Verhandlungen abgeschlossen sowie mit der Dominikanischen

Republik begonnen haben (Verhandlungen mit Kolumbien, Ecuador, Panama und Peru sollen noch dieses Jahr beginnen), aber auch mit Jordanien, Singapur und Vietnam in den letzten Jahren Freihandelsverträge abgeschlossen haben. „Die Verhandlungen [der EU] umfassen Chile, den Golfat (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate), den Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und Syrien. Mit den Regionen der AKP-Staaten laufen seit

¹ Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Mexikanischen Staaten andererseits
<http://europa.eu.int> (englisch) <http://www.delmx.cec.eu.int> (spanisch)

² Beschluss Nr. 2/2000 des Gemischten Rates EG-Mexiko vom 23.3.2000 (Warenhandel, Öffentliche Beschaffungen, Kooperation im Wettbewerbsbereich, Konsultation zu Fragen des geistigen Eigentums, Streitbeilegung)
<http://europa.eu.int>

³ Beschluss Nr. 2/2001 des Gemischten Rates EG-Mexiko vom 27.2.2001 über die Durchführung der Artikel 6, 9, 12 Absatz 2 Buchstabe b und 50 des Abkommens über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit
<http://trade-info.cec.eu.int>

⁴ Bilateral Trade Relations, EU Mexico <http://europa.eu.int>

⁵ <http://www.auswaertiges-amt.de>

Abkommen Europäische Union – Mexiko

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Mexiko sind in den folgenden vier Abkommen geregelt:

1. Globalabkommen¹

Die Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und Mexiko ist das so genannte Globalabkommen. Es trat am 1. Oktober 2000 in Kraft.

Das Abkommen besteht aus 60 Artikeln, die in 8 Titeln zusammengefasst sind. Die wichtigsten Titel befassen sich mit:

- Art und Anwendungsbereich
Artikel 1, „Grundlage des Abkommens“, die Demokratie- und Menschenrechtsklausel
- Politischer Dialog
- Handel
- Kapital- und Zahlungsverkehr
- Öffentliche Aufträge, Wettbewerb, geistiges Eigentum und sonstige handelsbezogene Bestimmungen
- Zusammenarbeit

Schwerpunkt des Abkommens sind eindeutig die wirtschaftlichen Beziehungen.

Die Zusammenarbeit umfasst alle möglichen Bereiche (Wirtschaft, öffentliche Verwaltung, soziale Fragen, Kultur und Wissenschaft usw.). An erster und wichtigster Stelle steht auch hier die Wirtschaft.

Im Vertragsbereich Institutioneller Rahmen wird vor allem die Bildung zweier Gremien beschlossen, die die Anwendung des Abkommens überwachen.

2. Freihandelsabkommen²

Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko trat am 1. Juli 2000 in Kraft.

3. Zusatzabkommen zum Freihandelsabkommen³

Das Freihandelsabkommen wurde ergänzt durch Bestimmungen, die Dienstleistungen, Kapital- und Zahlungsverkehr, Geistiges Eigentum und Streitbeilegung betreffen. Dieser Teil des Abkommens ist erst seit dem 1. März 2001 in Kraft.

Die beiden Teile des Freihandelsabkommens behandeln die Bereiche:

- Freier Warenverkehr
- Dienstleistungen
- Öffentliche Beschaffungen
- Wettbewerb
- Geistiges Eigentum
- Streitbeilegung

Innerhalb von 10 Jahren ab Inkrafttreten wird eine Freihandelszone errichtet. Der Freihandelsvertrag zwischen der EU und Mexiko ist ein asymmetrischer Vertrag. Er gewährt dem Vertragspartner Mexiko mehr Zeit zum Zollabbau als der EU. Während Mexiko ab 2003 100% seiner Industriegüter zollfrei in die EU einführen kann, gilt dies umgekehrt nur für 52% der europäischen Industrieprodukte. Erst ab 2007 muss Mexiko alle seine Zölle für Industriegüter aus der EU abgebaut haben⁴.

4. Bilaterale Investitionsschutzabkommen

Für den Bereich der Investitionen sind zusätzlich bilaterale Investitionsschutzabkommen zwischen Mexiko und den einzelnen Mitgliedsländern der EU abgeschlossen worden. Das entsprechende Abkommen zwischen Mexiko und der BRD ist am 23. Februar 2001 in Kraft getreten⁵.

Ende 2002 Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA). Im April 2003 hat die Europäische Kommission zudem eine Initiative zur Stärkung der Handels- und Investitionsbeziehungen mit den Ländern der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN: Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam), die „Trans-Regional EU-ASEAN Trade Initiative“ (TREATI), ins Leben gerufen.“¹⁰ Genau wie den USA geht es der EU „um die Ausweitung ihrer Exporte in die Länder des Südens und der Sicherung neuer Absatzmärkte, besonders im Hinblick auf Hochtechnologien und Dienstleistungen, aber auch um die Vergrößerung des Flusses an Direktinvestitionen im



Torten für alle!!!

verarbeitenden Bereich, für Privatisierungsprogramme und für Investitionen in extraktive Industrien. Strategisch ist die EU darauf aus, durch rasche Fortführung der Verhandlungen mit dem Mercosur und mit den afrikanischen AKP-Staaten, der Handelsmacht USA, die mit der neuen Pan-Amerikanischen Freihandelszone (FTAA) und dem „African Growth and Opportunity Act“ auf die gleichen Märkte schießt, ein handelspolitisches Gegengewicht entgegenzusetzen. Eine entwicklungsförderliche und differenzierte Behandlung der schwächeren Wirtschaftspartner im Süden erscheint da von zweitrangiger Bedeutung.“¹¹

Die Nichtregierungsorganisationen und die Freihandelsverträge

Besonders mexikanische, aber auch US-amerikanische und europäische Nichtregierungsorganisationen haben sich von Anfang an mit

NAFTA und dem Freihandelsvertrag Mexiko-EU beschäftigt.

Erwähnenswert ist der Unterschied bei der Einbindung der NGOs in den jeweiligen politischen Prozess. Während sie bei NAFTA von der Politik schlicht ignoriert werden, haben sie sich bei den Verträgen zwischen Mexiko und der EU zumindest eine indirekte Einbeziehung erkämpft. Als Ansatzpunkt hierfür wählte sie die Demokratie- und Menschenrechtsklausel, den Artikel 1 des so genannten Globalabkommens (siehe Kasten Abkommen Mexiko-Europäische Union): „Die Wahrung der Grundsätze der Demokratie und die Achtung der Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung niedergelegt sind, sind die Richtschnur der

Innen- und Außenpolitik der Vertragsparteien und bilden einen wesentlichen Bestandteil dieses Abkommens.“¹²

Seit Inkrafttreten des Globalabkommens versuchen NGOs diesen Satz, den die Vertragspartner nur als Lippenbekenntnis betrachten, mit Leben zu füllen. Ein besonders krasses Beispiel, mit dem sich mexikanische und deutsche NGOs intensiv beschäftigt haben, ist der Fall Euzkadi (siehe Kasten). Der Versuch der

NGOs, die Vertragspartner dazu zu bewegen, das Abkommen um einen Überwachungsmechanismus für Menschenrechtsverletzungen zu erweitern, ist bisher nicht gelungen. Manuel Pérez Rocha von RMACL meint, dass die Menschenrechtsklausel in ihrer bisherigen Form überhaupt nichts genutzt hat. Alle Bemühungen der NGOs, denen im Abkommen selbst keine Rolle zugewiesen wurde, haben bisher nur dazu geführt, dass die EU inzwischen im November 2002 in Brüssel ein „Forum der Zivilgesellschaft“ ausgerichtet hat. Ein zweites Forum, diesmal von der mexikanischen Regierung organisiert, soll im Herbst des Jahres 2004 folgen.

Wenn man versucht, die Rolle der NGOs im Zusammenhang mit den beiden Freihandelsverträgen zu bewerten, so ist das Ergebnis in beiden Fällen deprimierend. NGOs haben sowohl zu NAFTA als auch zu dem Vertrag zwischen Mexiko und der EU ihre Ablehnung oder zumindest scharfe Kritik formuliert und sind

¹⁰ Autor: Regionalisierung unter neoliberalen Vorzeichen? Die polit-ökonomische Geographie der EU-Handelspolitik, in: Sonderdienst des Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (3/03) vom 10.06.2003: <http://www.weed-online.org>

¹¹ Siehe Fußnote 10.

¹² Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den Vereinigten Mexikanischen Staaten andererseits, Brüssel 1998

von der offiziellen Politik nicht gehört worden. In so fern gibt es im Ergebnis trotz der konzeptionelleren Haltung der EU keinen wesentlichen Unterschied.

Fazit

Das strategische Interesse sowohl der EU als auch der USA liegt auf Gebieten wie Investitionen oder auch Schutz des geistigen Eigentums. Ein lehrreiches Beispiel dafür ist das gescheiterte MAI-Abkommen (Multilaterales Investitionsabkommen). Nachdem die USA im NAFTA-Vertrag einen günstigen Investitionsschutz für transnationale Konzerne durchsetzen konnten, versuchten sie dies später auch bei anderen internationalen Verhandlungen, beispielsweise im Rahmen der OECD oder der WTO. Ganz ähnlich ist die Vorgehensweise der EU.

Was die konkreten Auswirkungen des Freihandelsvertrages zwischen Mexiko und der EU

betrifft, so hat er bisher nicht die negativen Folgen für Mexiko gehabt, die das NAFTA-Abkommen eindeutig mit sich gebracht hat. Das spricht aber nicht für den Vertrag, sondern ist nur der geringen Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Mexiko und der EU zu verdanken.

* I Foro „Diálogo con la Sociedad Civil Unión Europea – México“, Brüssel, 26. November 2002
<http://europa.eu.int>
<http://www.rmalc.org.mx>

Der Fall Euzkadi*

Die Auswirkungen des Freihandelsvertrages mit der EU haben für Mexiko sicherlich nicht die gleiche Bedeutung, wie sie die Folgen von NAFTA haben. Dies liegt aber nur an der unterschiedlichen Bedeutung der beiden Verträgen für die mexikanische Wirtschaft, nicht an irgendwelchen Qualitätsunterschieden. Ein wichtiges Beispiel, das demonstriert, dass beide Verträge des selben Geistes Kind sind, ist der inzwischen mehr als zwei Jahre dauernde Streik in der Firma Euzkadi.

1998 hat die deutsche Continental AG das mexikanische Unternehmen Compañía Hulera Euzkadi, S. A. übernommen. Von Anfang an war Continentals Unternehmenspolitik extrem anti-gewerkschaftlich. Eine der ersten Aktionen der neuen Leitung war die willkürliche Entlassung von 18 Mitgliedern der Unternehmensgewerkschaft Sindicato Nacional Revolucionario de Trabajadores de Compañía Hulera Euzkadi. Dann am Morgen des 16. Dezember 2001 standen über 1000 Arbeiter verblüfft vor verschlossenen Toren. Die Geschäftsleitung hatte ohne Vorankündigung die Fabrik still gelegt. Die offizielle Begründung gegenüber den Aktionären war entlarvend: „Nach zwei Jahren sind die Bemühungen, internationale Produktionsstandards zu implementieren, an den Meinungsverschiedenheiten mit den Gewerkschaften gescheitert. Die Produktion wird mühelos an einen anderen Standort im Bereich des Freihandelsvertrages verlagert werden“. So geschah es dann auch, denn Continental kontrolliert in Mexiko noch ein weiteres Unternehmen der gleichen Branche, General Tire, S. A. in San Luis Potosí.

Der Konflikt dauert heute noch an. Seit Januar 2002 ohne Lohn hält die Belegschaft die Produktionsanlagen besetzt, zusätzlich haben sie den Fall vor die Gerichte gebracht. Für letzteres gibt es hervorragende Gründe, denn die abrupte Fabrikschließung verstößt sowohl gegen die Verfassung, wie auch gegen das Bundesarbeitsgesetz Mexikos. Dort ist eindeutig festgelegt, dass vor solch einem einschneidenden Akt die Unternehmensleitung ihr Vorgehen vor einem Schiedsgericht begründen muss. Nichts dergleichen war geschehen. Anfang Februar 2004 hat die klagende Gewerkschaft auch in letzter Instanz Recht bekommen. Ihr Anspruch auf Entschädigung wurde anerkannt. Leider ist damit der erschöpfende und vor allem teure Kampf immer noch nicht beendet, denn die Höhe der Entschädigung muss weiter vor Gericht ausgefochten werden.

Die Landfrage in Zentralamerika

Verschiedene Antworten aber keine Lösung

In der Agrarfrage Mittelamerikas gab es mehr als zehn Jahre keine Bewegung. Hoffnungen auf strukturelle Veränderungen scheinen heute so unrealistisch wie nie zuvor. Mit dem andauernden Preisverfall der Agrarprodukte, mit den Landverkäufen der kleinen BäuerInnen und dem Ende der staatlichen Förderung scheint es, als löse sich das Problem von selbst. Trotzdem: Weiterhin lebt die Mehrheit der Bevölkerung mehr schlecht als recht auf dem Land und hofft auf bessere Lebensbedingungen. Außerdem rücken die Agrarprodukte mit dem Abschluss der Freihandelsabkommen wieder ins politische Rampenlicht. Erfährt die Agrarpolitik deshalb eine Renaissance? Im folgenden sollen als Grundlage für diese Fragen sowohl die gemeinsamen agrarpolitischen Rahmenbedingungen als auch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der einzelnen Länder Mittelamerikas dargestellt werden. Anschließend werden am Beispiel Nicaraguas die Auswirkungen des Freihandelsabkommen CAFTA auf die Landwirtschaft dargestellt.

Gemeinsame agrarpolitische Rahmenbedingungen in Mittelamerika

In den mittelamerikanischen Ländern sind es heute im wesentlichen die gleichen nationalen und internationalen agrarpolitischen Rahmenbedingungen, welche die landwirtschaftliche Produktion bestimmen. Zu den nationalen agrarpolitischen Rahmenbedingungen zählt ganz entscheidend eine Orientierung der staatlichen Ressourcen auf die Exportwirtschaft. Staatliche Kredite, Landverteilung, Förderprogramme, Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen und Zuteilung von Devisen werden

in einer Weise gelenkt, dass sie im Landwirtschaftssektor besonders die Exporte begünstigen. Diese Verteilung der Ressourcen geht eindeutig zu Lasten der Ernährungssicherung und des Wohlergehens der ländlichen Bevölkerung. Hinzu gekommen sind in den 90er Jahren verschiedene Deregulierungsmaßnahmen:

Besonders betroffen ist die Landbevölkerung durch den Abbau von Einfuhrzöllen, der die Importe billiger Grundnahrungsmittel verstärkt und die entsprechende nationale Produktion ruiniert, und den Abbau von Vermarktungshilfen und Preisregulierungen für Grundnahrungsmittel und Lagersysteme, wodurch die Campesinos/as der Willkür der Zwischenhändler überlassen werden.

Auch internationale Rahmenbedingungen bestimmen die Agrarpolitik. Besonders drastisch begünstigt die vorherrschende Welthandelsstruktur Industriegüter gegenüber Rohstoffen und Agrarprodukten; so müssen Entwicklungsländer ständig mehr Rohstoffe zum Tausch für das gleiche Industrieprodukt exportieren. Ein starkes Gewicht haben auch die tonangebenden Industrieländer (z.B. EU) mit ihren nationalen Agrarpolitiken und die auf Freihandel orientierte Politik der multinationalen Finanzinstitutionen.

Wie im folgenden gezeigt wird, sind trotz dieser Angleichung der Agrarpolitiken die Ausgangsbedingungen in Mittelamerika sehr unterschiedlich. Dies macht sich fest an der unterschiedlichen Landverteilung, der Bedeutung der Landwirtschaft, an der politischen (auch jüngeren) Geschichte, der bäuerlichen Organisationsformen und der staatlichen Agrar(produkt)politik.

Landverteilung

Die Struktur der Landverteilung ist in den mittelamerikanischen Ländern aufgrund historischer Ereignisse recht unterschiedlich. So hat es in Guatemala zwar 1956 mit der Regierung Arbenz den Versuch einer strukturellen Agrarreform gegeben, der aber von den USA blutig beendet wurde. Deshalb konnten nur im Rahmen von Kolonisierungsprojekten bislang ungenutzte Regenwaldflächen im Norden und Nord-

westen des Landes an Landsuchende aus dem Hochland verteilt werden. Es gibt also weiterhin einen deutlichen Gegensatz zwischen Latifundien (Landflächen größer als 200 ha) und Minifundien (Landflächen kleiner als 2 ha). Mit zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Händen von 2,9% der Landbesitzenden in Betriebsgrößen ab 45 ha, demgegenüber 4% der Fläche in Händen von 54% der Landbesitzenden in Betriebsgrößen bis 1,4 ha hat Guatemala die höchste Landkonzentration Mittelamerikas. Großbesitz konzentriert sich auf das fruchtbare Land der Südküste und auf die aufsteigenden Hänge des zentralen Hochlandes, der Kleinbesitz ist auf den kargen Böden des Hochlandes und des Regenwaldes zu finden. Kooperative Strukturen sind meist als Vermarktungs-, weniger als Produktionsgenossenschaften präsent.

In Nicaragua setzte die sandinistische Revolution mit der Agrarreform der 80er Jahre an der ungleichen Landverteilung an: Der Anteil der Großgrundbesitzer an der landwirtschaftlichen Fläche wurde von 36% auf 6% heruntergeschraubt, auf 13% der landwirtschaftlichen Fläche entstand der staatliche Landwirtschaftssektor mit stabilen Arbeitsplätzen für Saison- und Wanderarbeiter, Kooperativen konnten von günstigen Krediten und staatlichen Weiterverarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen profitieren und landlose Bauern erhielten Eigentumstitel. In den 90er Jahren allerdings waren mit dem Wegfall der staatlichen Unterstützung viele Bauern gezwungen ihr Land zu verkaufen: fallende Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte, der Druck der Großgrundbesitzer und fehlende Kredite für Dünger und Saatgut zwangen sie dazu. Trotzdem verhinderte eine Welle von Streiks und Landbesetzungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein roll back in der Landkonzentration. Auch bei der Reprivatisierung des Staatssektors konnten die Großgrundbesitzer nur ein Viertel einheimsen. Seitdem werden unzählige Verfahren um die Anerkennung sandinistischer Landtitel geführt. Inzwischen mussten ca. 60% des Landreformlandes wieder verkauft werden. So ist der Anteil der KleinproduzentInnen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 80% auf unter 25% gesunken. Nachdem es Ende der 90er Jahre um die Landproblematik still geworden war, hat die Verelendung durch die akute Kaffee(preis)krise noch einmal zu deutlichen Mobilisierungen geführt.

In El Salvador sollte die stecken gebliebene Agrarreform der frühen 80er Jahre durch das

Friedensabkommen mit der FMLN 1992 wieder aktiviert werden. Aber die damals von der Enteignung ausgenommenen Betriebe zwischen 245 und 500 Hektar konnten wieder durch Aufteilung auf Strohmänner der Verteilung an Landlose weitgehend entzogen werden. Das Land, das tatsächlich enteignet wurde, wurde aber auch nicht verschenkt, sondern musste gekauft werden. Deshalb haben beide Agrarreformen (1980 und 1992) verschuldete Kooperativen und Campesino-Familien hinterlassen. Mit dem Parzellierungs- und dem Umschuldungsgesetz als Folge des Friedensabkommens wurden Parzellierung, Auflösung der Kooperativen und Landverkauf noch gefördert.

Während in Nicaragua 43% der Campesino-Familien und über die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche von der Agrarreform erfasst wurde, waren es in El Salvador letztendlich nur 25% gewesen. In El Salvador ist es im Gegensatz etwa zu Nicaragua nicht möglich, den Landbedarf der Land- und Arbeitslosen durch einfache Verteilungsmaßnahmen des gering oder nicht genutzten Landes zu decken, da nicht ausreichend Land zur Verfügung steht. Eine forcierte Landverteilung würde unmittelbar die Oligarchie auf den Plan rufen bzw. wäre nur durch eine revolutionäre Bewegung durchzusetzen.

Bedeutung der Landwirtschaft

Die Bedeutung der Landwirtschaft am Nationalprodukt ist unterschiedlich. So kommt der Landwirtschaft in Nicaragua eine deutlich größere Bedeutung zu als in El Salvador. Zum Vergleich: In Nicaragua sind 45% der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig; die landwirtschaftliche Produktion nimmt ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ein; in El Salvador gibt die Landwirtschaft nur 14% der Bevölkerung Arbeit und macht auch am BIP nur 14% aus.

In Nicaragua beschränkt sich der großflächige Anbau auf wenige Exportprodukte. Dies hat seinen Ursprung in der Kolonialstruktur, wo die Befriedigung externer Bedürfnisse z.B. für den Kaffeeconsum oder die Baumwollwirtschaft eine zentrale Rolle spielte. Mit der Öffnung nationaler Märkte für landwirtschaftliche Produkte aus dem Norden wurde diese Struktur noch einmal verschärft, da Grundnahrungsmittel jetzt auch für den internen Markt nicht mehr konkurrenzfähig produziert werden können. Der Kleinstbesitz ist unrentabel und bedeutet nur noch Überlebenswirtschaft ohne Infrastruktur

zur Vermarktung, ohne Produktivkredite und ohne Lager- und Verarbeitungskapazitäten.

Organisierung der Campesinos/as

In Guatemala haben wegen des hohen Anteils von 65% Indigenas die Landkämpfe immer eine starke kulturelle und regionale Komponente. Indem die Großgrundbesitzer Weiße und die KleinbäuerInnen und Landlosen Indigene sind, wird der soziale Konflikt rassistisch unterlegt. Eine landesweite Organisierung wird erschwert. Auf nationaler Ebene gibt es mehrere Koordinationen wie CUC und CONIC, im Parlament haben die Campesinos/as aber so gut wie keine Lobby. Die Bauernorganisationen haben eine starke soziale Basis, deren Kämpfe aber dezentral laufen und allenfalls örtlich Erfolg haben.

In Nicaragua hingegen sind die nationalen Landarbeiter- und Bauernorganisationen durch Vertikalismus und Korruption stark diskreditiert. Die traditionelle Landarbeitergewerkschaft ATC bietet keine Identifi-

kation mehr, da sich einige Funktionäre an der Reprivatisierung persönlich bereichert hatten. Stattdessen entstanden neue Formen der Selbstorganisation und Selbstversorgung. Aus der Not (Wegfall staatlicher Unterstützung und nationaler Organisationen) machten die Landkollektive eine Tugend: Auf der Basis gegenseitiger Unterstützung und vernetzter Strukturen wurden rotierende Kreditfonds aufgebaut, Erwachsenenbildungsprogramme durchgeführt und Produkte gemeinsam vermarktet.

Agrarpolitik

Die neoliberalen Regierungen Mittelamerikas fühlen sich für eine zusammenhängende Agrarpolitik nicht mehr zuständig. In Nicaragua werden einige vom Ausland finanzierte Programme von halbstaatlichen Organisationen umgesetzt, um die schlimmsten Folgen der Verarmung abzufedern. Aus der staatlichen Agrar-, Finanz- und Wirtschaftspolitik werden die kleineren und mittleren Bauern ausgeschlossen. Zum völlig

privatisierten Kreditwesen haben sie kaum Zugang. Im sandinistischen Nicaragua gab es noch das Modell der „importsostituierenden Industrialisierung“: Der Zwang zu Importen sollte verringert werden, indem z.B. Weiterverarbeitungsindustrien für Lebensmittel aufgebaut wurden. Jetzt sind die internationalen Finanzinstitutionen mit den von ihnen erzwungenen Strukturanpassungsmaßnahmen der 90er Jahre mitverantwortlich für den strukturellen Wandel und die aktuelle Hungerkrise. Sie setzten nach der sandinistischen Phase den Subventionsabbau, die neuerliche Öffnung der



Wer weiß, was drin ist

Warenmärkte und die Privatisierung von Staatsaufgaben durch und haben hiermit auch die jetzt beschlossenen Freihandelsmaßnahmen vorbereitet. Ein Erlass besagt, dass die Landtitel aus der Agrarreform als Garantie für eine Hypothek nicht ausreichen. Hinzu kommt, dass auch die arbeitslosen LandarbeiterInnen des Kaffeesektors in der Kaffeekrise mit keiner staatlichen Unterstützung rechnen können.

Die derzeitige Regierung Guatemalas gehorcht den Interessen des modernisierenden Unternehmertums und gerät damit in teilweisen Widerspruch zur Oligarchie. Seit dem Kriegsende 1996 richtete sie einen Landfonds als Grundfonds für einen freien Bodenmarkt ein und begann mit der Erstellung eines Landkatasters. Nationale Märkte wurden eröffnet und internationales Kapital zur Modernisierung des Landes herangeholt. Der Landbedarf der Landsuchenden könnte – wenn politisch gewünscht – durch eine Landverteilung abgedeckt werden. Gerade Guatemala ist eines der Länder, die unter den Auflagen der internationalen Kreditgeber auf

exportorientierte Wachstumsstrategien setzten, um ihre Handelsbilanz mit der Förderung nichttraditioneller Agrarexportgüter (Kiwis, Äpfel, Erdbeeren, Weintrauben, Birnen, Nüsse, Krabben, Topenhölzer) zu verbessern. Auch in den Minifundien wird jede sich bietende Nische im Weltmarktexport ausgenutzt: Kaffee, Bananen, Zuckerrohr, Kardamon werden durch Zucchini, Sesam, Chinakohl oder andere nicht-traditionelle Exportprodukte ergänzt. Diese Strategie ist Ende der 90er Jahre nicht nur in Guatemala sondern für ganz Mittelamerika gescheitert: Der Einsatz von Pestiziden hat zu einer solchen Belastung der Produkte geführt, dass der Import in die USA gestoppt wurde. Die Vernichtung der Mangrovenwälder von Honduras durch die Garnelenzucht, die Überfischung der Küsten und die Abholzung von Primärwald haben gewaltige ökologische Schäden und Erosionen hervorgerufen. Zusätzlich frisst dieser agroindustrielle Produktionsstandard große Deviseneinkommen für nötige Importe für Saatgut, Pflanzenschutzmittel und Pestizide (ca. die Hälfte des Outputs) und führt zu erheblichen Steuerausfällen wegen staatlicher Subventionierung.

Zusammenfassung

Obwohl das Agrarexportmodell durch die Strukturanpassung massiv gefördert wurde, blieb es in den 90er Jahren in der Krise: während die Agrarimporte erheblich anstiegen (in Costa Rica verdreifacht), lagen die Agrarexporte deutlich unter ihrem Wert von 1980.

Die Grundnahrungsmittelproduktion ist bereits in diesem Zeitraum weit hinter dem Bevölkerungswachstum von jährlich 2,7% zurückgeblieben. Die dramatische Abnahme der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf führt zu einer hohen Importabhängigkeit, die bei hohen Auslandsschulden und Zahlungsbilanzdefiziten für die langfristige Ernährungssicherheit absolut tödlich ist. Bereits 1995 wurde die Frage aufgeworfen, warum der durch Bevölkerungswachstum und Urbanisierung täglich größer werdende Markt für Nahrungsmittel den US-amerikanischen oder europäischen Billigimporten überlassen werden sollte?

Noch weniger als früher funktioniert auch der „funktionale Dualismus“ zwischen exportorientierten Großgrundbesitzern und

minifundistas, die mit ihren Familien eine kleine Selbstversorgungslandwirtschaft betreiben und gleichzeitig als billige Saisonarbeitskräfte auf den Plantagen arbeiten. Die Arbeitskräftenachfrage der Exportlandwirtschaft geht zurück, gleichzeitig wird der Grundnahrungsmittelproduktion die Unterstützung durch Kredite und Vermarktung entzogen; so bleibt den kleinbäuerlichen und landlosen Familien nur der Weg der Migration in die Elendsviertel der Städte oder ins Ausland.

Spätestens seit den Naturkatastrophen der ausgehenden 90er Jahre (Trockenheiten, Überschwemmungen und Hurrikane wie Mitch) sind auch die hausgemachten ökologischen Folgen der Agrarproduktion deutlich geworden: Die Abholzung verschlingt stündlich 50 ha Tropenwald, ein Bauer muss inzwischen ein Viertel seines Einkommens aufbringen, um das nötige Brennholz zu kaufen. Die landwirtschaftliche Produktion auf Hanglagen („Vertreibungslandwirtschaft“) verursacht massive Erosion. Der größte Teil des für Landwirtschaftsproduktion gerodeten Landes liegt brach; die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist für die Agrarproduktion nicht mehr geeignet.

Die traditionellen Forderungen der Campesinos/as nach einer integralen Agrarreform mit kostenloser Landübereignung in kommunaler, kooperativer oder individueller Trägerschaft, nach Obergrenzen für privates Landeigentum, Rechtssicherheit, verbessertem Kreditzugang, Ausbau der Infrastruktur und Förderung der kleinen und mittleren Produzenten durch Schutzzölle sind weiterhin unerfüllt geblieben.

Dabei wäre es absolut notwendig, eine Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern und sich der Abhängigkeit von Nahrungsimporten durch die Großunternehmen so weit als möglich zu entziehen. Denn tendenziell unterliegt auch die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten, wie Nahrung und Wasser, immer stärker den Marktgesetzen und der ökonomischen Zentralisierung. Ist diese Versorgung erst einmal in den Händen von Monopolen, so ist sie der Kontrolle der Menschen praktisch entzogen. Ganze Länder und Bevölkerungen wären ausgeliefert und erpressbar. Insofern ist Nahrungssicherheit ein wichtiges politisches Ziel: wenngleich nicht für die Regierungen Mittelamerikas, dafür umso mehr für viele ProduzentInnen und KonsumentInnen.

Plan Puebla-Panamá (PPP)

Der Plan Puebla-Panamá ist eine mexikanische Initiative, die vorgibt, dem wirtschaftlichen und sozialen Nord-Süd-Gefälle in der Region entgegenwirken zu wollen.

Neben den neun mexikanischen Südstaaten Puebla, Veracruz, Tabasco, Campeche, Yucatán, Quintana Roo, Guerrero, Oaxaca und Chiapas zielt er auf alle zentralamerikanischen Länder Guatemala, Belize, Honduras, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Panama ab.

Der PPP basiert auf einem Entwurf aus der Zeit der Präsidentschaft Zedillo und stammt von dem damaligen Unterstaatssekretär im Finanzministerium Santiago Levy. Er wurde vom mexikanischen Präsidenten Vicente Fox im November 2000 den zentralamerikanischen Regierungschefs vorgeschlagen und am 15. Juni 2001 in einer Regionalkonferenz in San Salvador von den beteiligten Staaten unterzeichnet.

Der Kern des Planes sind Projekte in den folgenden acht Bereichen:

1. Nachhaltige Entwicklung
2. Menschliche Entwicklung
3. Vorsorge und Bekämpfung von Naturkatastrophen
4. Ausbau des Tourismus
5. Erleichterung des Handelsaustausches
6. Ausbau der Verkehrsnetze
7. Elektrizitätsverbund
8. Zusammenarbeit auf dem Telekommunikationssektor

In den beteiligten Ländern wurden von den Regierungen Koordinatoren ernannt, die unter anderem jeweils für einen Projektbereich verantwortlich sind. So ist zum Beispiel der nicaraguanische Beauftragte Ernesto Leal für den Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ zuständig. Die Projektleitung wechselt halbjährlich. Am 27. und 28. Juni 2002 fand eine Konferenz der Regierungschefs in Mérida, Mexiko statt, die wohl den Fortschritt des Projektes dokumentieren sollte. In Planung und Finanzierung sind außer den in der Regi-

on aktiven multinationalen Organisationen, wie z.B.

- Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB, BID)
- Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration (CABEL, BCIE)
- UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL)
- als auch das der Privatindustrie nahe stehende Wirtschaftsinstitut Instituto Centroamericano de Administración de Empresas (INCAE)

beteiligt.

Der benötigte finanzielle und zeitliche Rahmen liegt offiziell noch nicht fest. Zu den Kosten gibt es einen aktuellen Bericht der BID aus dem August dieses Jahres (Informe de la comisión de Financiamiento del Plan Puebla-Panamá). Daraus geht hervor, dass über 94% des Gesamtbetrags von etwas mehr als 5,1 Mrd. US-Dollar für Infrastrukturprogramme (Ausbau der Verkehrsnetze, Elektrizitätsverbund und Telekommunikationssektor) gedacht sind.

Es handelt sich hierbei um einen „Anfangsbedarf“. Inoffizielle Schätzungen kommen auf einen Gesamtbedarf von 9 bis 25 Mrd. US-Dollar für einen Zeitraum von 10 Jahren.

Florencio Salazar, der damalige Koordinator der mexikanischen Regierung, sagte im April dieses Jahres, dass sich dieser Betrag zu 57% auf mexikanische und zu 43% auf zentralamerikanische Projekte verteilen würde. Die Mittel sollen über den privaten Bankensektor und multinationale Finanzinstitutionen besorgt werden. Dabei scheint die Interamerikanische Entwicklungsbank eine Schlüsselrolle zu spielen. Das Selbstverständnis der Initiatoren geht deutlich aus der Präsentation des Planes durch die mexikanische Regierung hervor, wo es hieß:

Frage: Was ist der Plan Puebla-Panamá?

Antwort: Er ist Förderer, Erleichterer von produktiven Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen.

Landwirtschaft unter Freihandelsbedingungen

Das Beispiel Nicaragua

¹ Sinforiano Cáceres, Vorsitzender der nicaraguanischen Nationalen Föderation der Kooperativen (Federación Nacional de Cooperativas – FENACOOOP)

„Im Freihandelsabkommen legen wir fest, ob wir uns selbst umbringen oder eines natürlichen Todes sterben.“¹

Die Armut in Nicaragua konzentriert sich auf den ländlichen Bereich. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft der Sektor, der durch die Marktliberalisierung am härtesten getroffen wird. Nach Einschätzung der nicaraguanischen ProduzentInnenvereinigung UNAG (Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos) sind nur 18% der nicaraguanischen Landwirtschaftsunternehmen unter Freihandelsbedingungen wirklich wettbewerbsfähig. Wenn das US-Zentralamerikanische Freihandelsabkommen CAFTA umgesetzt wird, sind 420.000 Arbeitsplätze in der nicaraguanischen Landwirtschaft gefährdet. Das wird die Migration in die Städte, nach Costa Rica und in die USA verschärfen. Die Regierung hingegen verspricht, dass durch das Abkommen 70.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und zwar vor allem in den Maquilas.

Freihandel und damit verbundene Investitionen werden nach wie vor als das Instrument für Entwicklung gepriesen. Der Doha-Gipfel der WTO (2001) wurde als Auftakt zu einer „Entwicklungsrunde“ bezeichnet. Die Industrieländer verpflichteten sich dort, den Marktzugang für die Agrarprodukte der armen Länder zu ermöglichen. Bereits 1995 beim Marrakesch-Gipfel hatten sie die Reduzierung ihrer Subventionen und Importzölle² angekündigt. Außerdem hatten sie sich bereit erklärt, auf den Abbau von Zöllen für Agrarprodukte in allen Ländern, in denen das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen unter 1.000 US Dollar liegt, zu verzichten. Diese Bedingung trifft auf alle zentralamerikanischen Länder (mit Ausnahme Costa Ricas) zu. Das Scheitern des WTO-Gipfels in Cancún im September 2003 war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Industrieländer keines dieser Versprechen zu erfüllen bereit waren.

Dennoch scheint auch Nicaraguas (neo-) liberale Regierung mit ihrem „Nationalen Entwicklungsplan“ ganz auf den Freihandel abzielen. Ziel ist die Ansiedlung und gezielte Förderung sogenannter „Entwicklungs-Cluster“.

Das „Cluster“-Konzept ist ein von der Weltbank entworfenes Modell, das die gezielte Förderung von Produktionsketten in bestimmten „wirtschaftlich dynamischen“ Regionen beinhaltet. Es wird nicht nur in Nicaragua, sondern auch in anderen Ländern als Entwicklungsmodell übernommen.



Hausgemacht oder Fertiggericht?

Im nicaraguanischen Entwicklungsplan wird explizit die Migration der Bevölkerung aus den wirtschaftlich weniger „dynamischen“ Regionen in die zukünftig prosperierenden „dynamischen“ Zonen als Teil der Strategie benannt. Die Zukunft der Landwirtschaft Nicaraguas besteht nach dem Willen der Wirtschaftsstrategen aus Weltbank, Regierung und Verwaltung im Verschwinden der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die vor allem „granos básicos“ (Grundnahrungsmittel, vor allem Mais und Bohnen) produziert; und dem simultanen Aufbau agrarindustrieller Maquilas, in denen vor allem Früchte und Gemüse für den Export hergestellt und verarbeitet werden.

² Importzölle haben vor allem die Funktion, die inländische Produktion vor preiswerterer Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen.

Die Politiker und Wissenschaftler rechtfertigen diese Strategie mit der grauenvollen Armut auf dem Land: Ein Job in der Maquila ist immer noch besser, als auf dem Land zu hungern. Dabei kann man getrost davon ausgehen, dass sie die eigentlichen Ursachen für die Landarmut genau kennen. Neben dem fehlenden (finanz-)politischen Willen zur Förderung kleinbäuerlicher Produktion und den strukturell ungerechten Welthandelsbeziehungen gehört dazu vor allem die lange Periode ungelöster Landkonflikte, Vertreibungen und Landkonzentration.

Trotz dieser Rahmenbedingungen ist der Agrarsektor nach Einschätzung der AgrarproduzentInnenvereinigung UNAG nach wie vor die wichtigste Einkommensquelle und Überlebenssicherung der NicaraguanerInnen. Mit rund 200.000 landwirtschaftlichen Produktionseinheiten bietet er ein weitaus höheres Potential, um Arbeit und Einkommen zu schaffen, als die Maquilaindustrie mit ihren unwürdigen Arbeitsbedingungen. Wirtschaftspolitik ist meist geschlechtsblind, ihre Auswirkungen hingegen sind es nicht: Vor allem die Frauen auf dem Land leiden an den wirtschaftlichen „Struktur- anpassungen“ und der Landarmut, weil sie für das Überleben der Familie meist mehr Verantwortung tragen als ihre Männer. Können sie auf dem Land nicht mehr für das Auskommen sorgen, migrieren sie in die Städte oder ins Ausland, wobei die Kinder meist bei anderen Frauen (Mütter und Tanten, Schwestern oder Freundinnen) unterkommen. Wenn die Frauen jung sind, finden sie in den Städten, in Privathaushalten oder in Maquilas eine Arbeit, die ihnen in der Regel wenig Möglichkeit lässt, sich selber aus- oder fortzubilden.

Sieg nach Körben: Handelsliberalisierung und Abbau von Zöllen

Eine große Gefahr für den mittelamerikanischen Agrarsektor ist der Wegfall von Importzöllen für Agrarprodukte: Die lokalen Märkte werden mit hochindustrialisiert hergestellten, stark subventionierten Produkten aus dem Norden überschwemmt, wodurch die nationale Produktion zusammenbricht.

Andersherum haben die AgrarproduzentInnen der armen Länder, sofern sie über die Vermarktungschancen verfügen, natürlich ein Interesse, ihre Produkte in den gigantischen Absatzmarkt der USA exportieren zu können. Allerdings: Die Verhandlungsmacht der armen

Länder reicht wegen ihrer verschwindend geringen wirtschaftlichen Bedeutung für die reichen Industrieländer oft nicht weit genug, um wirkliche Vorteile durchzusetzen.³ Auch die nicht



Welchen Korb hätten sie denn gerne?

³ Die USA importierten 2002 landwirtschaftliche Produkte im Wert von 47,5 Mrd. US\$. Davon kamen Waren im Wert von 3 Mrd. aus den zentral-amerikanischen Ländern. Nicaragua hat daran einen Anteil von ganzen 4% – während auf der anderen Seite die USA die Hauptabnehmer von Nicaraguas Exportprodukten sind.

existierende wirtschaftliche Kooperation der mittelamerikanischen Länder untereinander machte es der US- Verhandlungsdelegation leicht, ihre Interessen durchzusetzen. Bislang gibt es noch keine Zollharmonisierung der zentralamerikanischen Staaten. Da die Agrarwirtschaft so unterschiedlich strukturiert ist, einigte man sich schließlich darauf, dass die mittelamerikanischen Länder ihre Fristen und Quoten für Agrarprodukte bilateral mit den USA aushandelten.

Die Liberalisierung der Agrarprodukte findet in mehreren Schritten statt. Die unterschiedlichen Produkte werden fünf so genannter „Körbe“ zugeordnet: In Korb A kommen alle Produkte, die unmittelbar nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zollfrei eingeführt werden; für Korb B müssen die Zölle in fünf Jahren abgebaut sein, für Korb C in zehn und in

Korb D in 12 Jahren. In Korb E kommen Produkte, für welche die Frist erst in 15 Jahren abläuft, und innerhalb von 20 Jahren sollen alle Agrarprodukte komplett frei gehandelt werden. Für einige „sensible Produkte“ wurden Einfuhrquoten festgelegt.

Die nicaraguanischen Produzentenvereinigungen FENACOOOP und UNAG, die im Nebenzimmer an den Freihandelsverhandlungen für



Kunkurrenzlos: 1PS

das CAFTA teilnahmen, hatten vorgeschlagen, dass die USA zunächst ihre Schutzzölle sukzessive reduzieren sollten, damit diese dann, sobald sie mit den mittelamerikanischen Ländern gleichauf liegen, gemeinsam gesenkt würden. Dabei sollte das Versorgungsdefizit mit bestimmten Produkten und nicht die Liberalisierung das Kriterium sein.

Ein Hauptfokus bei den Verhandlungen war die Frage, welche Produkte als „sensible Produkte“ klassifiziert werden und als solche einem besonderen Schutz unterliegen sollen. FENACOOOP wollte den Gallo Pinto (die Grundnahrungsmittel Reis und Bohnen) und die Tortillas komplett aus dem Vertrag ausschließen. Nicht zufällig kategorisierte sie Reis, Mais und Bohnen als hoch sensible Produkte: Alle drei sind in den USA hochsubventioniert, in Nicaragua garantieren sie die Nahrungsmittelsicherheit. 250.000 Familien sind direkt von der Produktion dieser „granos básicos“ abhängig. FENACOOOP und UNAG konnten sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen. Nach Inkrafttreten von CAFTA sollen die Grundnahrungsmittel in fünf bis fünfzehn Jahren zollfrei eingeführt werden. Für die ProduzentInnen und ihre Familien kann das

den Ruin bedeuten.

Dabei setzt sich mit CAFTA nur ein Trend fort, der seit dem Ende der sandinistischen Revolution die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmt hat. Nach 13 Jahren (neo-)liberaler Regierung ist Nicaragua heute das Land in der Region mit den durchschnittlich geringsten Importzöllen. Das Hauptnahrungsmittel Mais beispielsweise wird zu nur 15% Einfuhrzoll

eingeführt, während in den USA die ProduzentInnen Subventionen in Höhe von einem Drittel ihrer Produktionskosten erhalten. Die Klassifizierung von Produkten nach festgelegten Zollabbaufristen geht von einem absolut unangebrachten Entwicklungsoptimismus aus. Die mittelamerikanischen Verhandlungsdelegationen scheinen zu glauben, dass Produkte, welche heute noch nicht auf dem Welt-

markt konkurrenzfähig sind, dies in spätestens fünfzehn Jahren aber auf jeden Fall sein werden. Eine gescheiterte nachholende Entwicklung und der unüberbrückbare technische Rückstand der mittelamerikanischen Agrarwirtschaft gegenüber den Industrieländern – trotz intensiver Entwicklungshilfe in den 90er Jahren – lassen diesen Optimismus fehl am Platz erscheinen. Und zwar erst recht unter Freihandelsbedingungen.

Subventionen

Bei den Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) wird seit einiger Zeit heftig über die Subventionen der Länder des Nordens für ihre Agrarproduktion diskutiert. Eine europäische Kuh etwa bekommt täglich 2,50 Euro staatliche Subvention. Das ist mehr, als ein Drittel der Menschen in Nicaragua täglich zum Leben hat.

Die Verhandlungsdelegationen der Vereinigten Staaten haben sich bereit erklärt, die Exportsubventionen für Agrarprodukte zu reduzieren. Allerdings machen die Exportsubventionen ganze 6% der Gesamtsubvention aus; der Großteil der Subventionen fließt in die Produk-

tion und versteckt sich hinter den „Internen Hilfen“ oder günstigen Kreditlinien.

Die USA wollen das Thema der internen Subventionen in multilateraler Form auf WTO-Ebene diskutieren. Dieser Versuch ist zwar im September 2003 in Cancún gescheitert, dennoch wird das Thema weiterhin aus den regionalen Verhandlungen herausgehalten und auf die WTO abgeschoben.

Nach Auffassung der nicaraguanischen ProduzentInnenvereinigungen dürfte eigentlich kein Produkt, welches in den Vereinigten Staaten subventioniert und nach Zentralamerika exportiert wird, bei den Verhandlungen zur Debatte stehen. Laut FENACOOOP gehören dazu Erdnüsse, Milchprodukte, Zucker, Reis und Mais (u.a.). Reis beispielsweise wird in den USA mit 81% der Produktionskosten intern subventioniert; Milch mit 48%. All diese Produkte sind jedoch Bestandteile des CAFTA-Vertrages und sollen in fünfzehn Jahren komplett zollfrei nach Zentralamerika exportiert werden können. Nicaraguas Landwirtschaft wird durch den Zollabbau am stärksten zu leiden haben, weil in Nicaragua zum Großteil dieselben Produkte angebaut werden, die durch US-Subventionen preislich verzerrt und damit nicht konkurrenzfähig sind.

Nichttarifäre Handelsbarrieren

Jenseits der Zölle gibt es noch andere Formen von Schutzmaßnahmen, wie Qualitäts- oder sanitäre Normen (nicht tarifäre Handelsbeschränkungen)⁴, die nicht unter die WTO-Reglementarien fallen. Mit dem im Dezember 2003 in den USA in Kraft getretenen „Gesetz gegen Bioterrorismus“ werden ganz nebenbei die Importe von Agrarprodukten wie Kaffee viel teurer und aufwendiger. Die Exporteure und Transportunternehmen müssen sich bei der FDA (Food and Drug Administration) in den USA registrieren lassen und die Einfuhr von Agrar- und forstwirtschaftliche Produkten im Vorhinein melden. Für die Kontrolle der Importe muss eine in den USA ansässige, autorisierte Agentur beauftragt werden.

Es macht für die armen Länder also wenig Sinn, über den Abbau von Zöllen und „Körbe“ zu verhandeln, wenn die nichttarifären Handelsbarrieren, insbesondere die sanitären Maßnahmen, kein Thema sind. Mexiko hat mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen diese Erfahrung bereits gemacht. Wenngleich Mexiko nach der Unterzeichnung des NAFTA – vor

immerhin zehn Jahren – für Hühnchenbrust einen zollfreien Marktzugang in die Staaten zugestanden bekam, hat es bis auf den heutigen Tag noch kein mexikanisches Hühnchen in die USA geschafft.

Wer zieht den Vorteil aus den Verhandlungen...

Die Verhandlungsdelegation verkündete begeistert, dass Nicaragua durch das CAFTA der sofortige zollfreie Export von „queso chontaleño“ ermöglicht werde. Aber dieser Frischkäse muss pasteurisiert sein – dies ist eine der Hygieneauflagen für den Export. Und die einzige Pasteurierungsanlage in Nicaragua ist in Besitz des transnationalen Unternehmens PARMALAT (dessen italienisches Mutterunternehmen inzwischen in Konkurs gegangen ist).

Außerdem wird es Nicaragua „erlaubt“, Zucker zu exportieren. Die nicaraguanische Zuckerproduktion ist in den Händen der Familie Pellas, dem einzigen wirklichen „Global Player“ in Nicaragua, der außer der Herstellung des bekannten „Flor de Caña“-Rum auch den kompletten Import asiatischer Autos abwickelt. Aber nicht einmal die Pellas selbst haben ein übermäßig großes Interesse am Zuckerexport, weil ihr sattes Geschäft in Nicaragua selbst stattfindet: Zucker wird in Nicaragua mehr als doppelt so teuer gehandelt wie auf den internationalen Märkten, denn er ist das einzige intensiv geschützte Produkt in Nicaragua, das die nicaraguanischen KonsumentInnen praktisch mit 180 Millionen Dollar subventionieren.

Ein weiteres Produkt, das Marktzugang in die USA finden soll, sind Erdnüsse aus Nicaragua. Erdnüsse werden bereits nach Mexico und Europa exportiert. Um einen Vorteil aus diesem Angebot zu ziehen, müssten in Nicaragua allerdings die Anbauflächen ausgeweitet werden, und diese stehen nur beschränkt zur Verfügung. Außerdem erfordert der Erdnussanbau ein hohes Maß an Mechanisierung, d.h. die ProduzentInnen müssten zunächst in Maschinen und Technologie investieren, was sie wegen des beschränkten Kreditzugangs meist nicht können.

... und wer hat das Nachsehen?

Der enorme Produktivitätsvorsprung der Industrieländer ist für die Trikontländer in absehbarer Zeit wohl nicht aufzuholen. Dies gilt auch für die Agrarwirtschaft. Beispielsweise ist

⁴ Gesundheitspolizeiliche Auflagen, mittels derer Agrarprodukte mit dem Hinweis auf mangelhafte Hygienestandards oder sonstige Gesundheitsgefährdungen an der Grenze zurückgewiesen werden können.

die Produktivität von Mais in den USA um das 6-7fache höher als auf einer vergleichbaren Anbaufläche in Nicaragua.

Die Ungleichheit ist auch technischer Art: In Nicaragua arbeiten die meisten AgrarproduzentInnen mit der Hand bzw. mit Ochsenkarren; in den USA besitzt ein Produzent im Durchschnitt vier Traktoren. Den MaisproduzentInnen in Nicaragua macht aber weniger der Import von Frischmais, sondern vielmehr von verarbeiteten Produkten zu schaffen: Die Maisproduktion wird bereits jetzt durch den steuerfreien Maismehlimport des transnationalen Unternehmens MASECA aus Mexiko ruiniert. MASECA's Vermarktungsstrategie besteht u.a. darin, nicaraguanischen Tortillabäckerinnen Maismehl zu schenken, damit diese sich von der einfacheren Verarbeitung überzeugen und schließlich dazu übergehen, den bereits verarbeiteten Mais statt elotes (frische Maiskolben) zu kaufen. Den Nachteil haben die MaisproduzentInnen, die für ihre elotes keine Abnahme mehr finden.

Um die Landwirtschaft effektiv zu schützen, wäre die technisch einfachste Methode, entsprechende Einfuhrzölle auf Produkte aus den Industrieländern zu erheben. Laut UNAG wäre ein durchschnittlicher Zoll von 40% notwendig, und zwar in ganz Zentralamerika. Politisch ist dies jedoch nicht durchsetzbar. Darüber hinaus besteht das Problem auch darin, dass die zentralamerikanischen Ökonomien so unterschiedlich sind, dass es schwierig werden wird, das Zollniveau in allen Ländern anzugleichen.

Verhandlungen ohne (Ver-)handlungsspielraum

Die Verhandlungsstrategie der US-Delegation war, die sensiblen Themen der Landwirtschaft sowie Arbeits- und Umweltstandards zu verschleppen, so dass am Ende wenig Zeit zu Konsultationen blieb. In vier der fünf zentralamerikanischen Ländern wurde ohnehin praktisch niemand konsultiert. Nicaraguas Delegation war immerhin bis zu einem gewissen Grad bereit, auch NGOs in die Beratung einzubeziehen. Dennoch war auch diese Delegation nicht bereit, den unterschriftsreifen Vertrag direkt nach Abschluss der Verhandlungen bekannt zu machen.

Die vorgegebene Geschwindigkeit und die Fristen der Verhandlungen bedeuten eine enorme Belastung und eine menschliche und techni-

sche Überforderung. Von „Partizipation der Zivilgesellschaft“ kann schon deshalb ernsthaft keine Rede sein, weil von vornherein feststeht,



Maseca oder Elote?

welche Interessensgruppen ihre Vorschläge einbringen können und welche ungehört bleiben. Für viele Organisationen ist dies ein Grund, die Verhandlungen als solche abzulehnen.

Auch Sinforiano Cáceres, der für FENACOOB im Nebenzimmer an den Verhandlungen teilnahm, kommt zu dem Fazit, dass „aus all diesen Gründen (...) die Freihandelsverhandlungen für uns extrem komplex, schwierig und herausfordernd sind. Wir müssen zugeben, dass unser Handlungsspielraum als Region sehr eingeschränkt ist, und manchmal haben wir das Gefühl, dass wir einzig und allein festlegen, ob wir uns selbst umbringen oder eines natürlichen Todes sterben. Genau so drastisch.“

Quellen:

La Prensa - Managua, Nicaragua

Álvaro Fiallos (UNAG): „Decimos NO al TLC con argumentos y con condiciones“ in: envío - revista Mensual de la Universidad Centroamericana (UCA) Managua, Nicaragua, No 259 (Oktober 2003)

Sinforiano Cáceres (FENACOOB): „En el TLC definimos si nos suicidamos o si morimos de muerte natural“ in: envío - revista Mensual de la Universidad Centroamericana (UCA) Managua, Nicaragua, No 259 (Oktober 2003)

InterAction IDB -Civil Society Initiative, Washington D.C.: <http://www.interaction.org>

Der Schmetterling im Netz des freien Marktes

Privatisierung und Kommerzialisierung der biologischen Ressourcen

Vor ungefähr 60 Millionen Jahren stießen zwei Kontinente zusammen und formten die mesoamerikanische¹ Landenge. Dabei trafen nearktische und neotropische Biosysteme aufeinander, was einzigartige Evolutionsprozesse zur Folge hatte. Heute gilt Mesoamerika mit 8% der weltweiten biologischen Vielfalt auf nur 0,5% der Erdoberfläche nach Amazonien als die zweitwichtigste Biodiversitäts-Region. Sie umfasst das Gebiet zwischen Südmexiko und Panama und ist wegen ihrer Artenvielfalt für die Saatgut- und Pharmakonzerne der sogenannten Life Science-Industrie hochinteressant.

Mesoamerikanischer Biologischer Korridor: Naturschutz und kommerzielle Ausbeutung der Natur

Mitte der neunziger Jahre beschlossen die mittelamerikanischen Präsidenten die Einrichtung des Zentralamerikanischen Biologischen Korridors, der bald darauf unter Einbeziehung des Südostens Mexikos zum Mesoamerikanischen Biologischen Korridor wurde. Der Grundgedanke war, dass sich Gebiete großer Biodiversität besser erhalten und schützen lassen, wenn ihre Verbindung untereinander gegeben ist. Bereits bestehende Naturschutzgebiete sollten miteinander verbunden werden, damit der Austausch von Genen, Individuen, Arten und ökologischen Prozessen möglich ist.

Doch dient der Mesoamerikanische Biologische Korridor nicht nur dem Naturschutz. Vielmehr soll das Projekt die Einbindung der Region in die Weltwirtschaft fördern und Investitionen anziehen. Die Idee des Korridors entstand, als Biodiversität als eine Art Rohstoff für die Biotechnologie zum Gegenstand kommerzieller Interessen wurde. Aber auch der Handel mit CO₂-Kontingenten und so genannte „Ökotourismusprojekte“ sollen mit dem Projekt gefördert werden.

Bis 2002 wurden bereits 100 Millionen US-Dollar investiert. Gelder fließen sowohl von Nichtregierungsorganisationen wie dem World

Wildlife Fund und Conservation International als auch von internationalen Organisationen wie der Weltbank und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie von den staatlichen Entwicklungsagenturen Deutschlands, Hollands und der USA. Die NASA führt ein Projekt zur satellitengestützten Kartografierung der natürlichen Ressourcen und der Bodennutzung in der Region durch.

Mesoamerikanischer Biologischer Korridor und Plan Puebla-Panamá

Der Mesoamerikanische Biologische Korridor wird häufig in Verbindung mit dem Plan Puebla-Panamá (PPP – siehe Seite 23) genannt, da sich beide Initiativen auf fast dasselbe Gebiet beziehen. Die Idee des PPP ist um einiges jünger als die des Korridors. Der Mesoamerikanische Biologische Korridor, in dem verschiedene Gebiete mit unterschiedlichen Nutzungsarten und Schutzwürdigkeiten ausgewiesen werden, kann als eine Art transnationales Raumordnungsverfahren für die mittelamerikanische Region betrachtet werden und somit als Voraussetzung für die Umsetzung der Infrastrukturprojekte des PPP. Schließlich soll beispielsweise der Bau einer neuen Verkehrsverbindung zwischen Atlantik und Pazifik („Canal Seco“) nicht allzu viele möglicherweise kommerziell interessante Arten beseitigen.

Biopiraterie Teil 1: Im Naturschutzgebiet

Von den zentralamerikanischen Staaten und Mexiko werden für Naturschutzgebiete des Mesoamerikanischen Biologischen Korridors Lizenzen an Nichtregierungsorganisationen vergeben. Sie führen dann in Zusammenarbeit mit Unternehmen und unter Ausnutzung traditionellen Wissens einheimischer Bevölkerung Forschungsprojekte durch (so genannte „Bioprospektionsprojekte“ oder weniger neutral ausgedrückt „Biopiraterieprojekte“), um kommerziell verwertbare Pflanzen, Tiere, Mikroorga-

¹ Der Begriff „Mesoamerika“ stammt aus der Archäologie und wird für die Beschreibung von biologischen und ethnologischen Zusammenhängen in der mittelamerikanischen Region verwendet, während für die Beschreibung politischer Zusammenhänge der Begriff Mittel- oder Zentralamerika verwendet wird. Die Gebiete, die mit Mesoamerika und Zentralamerika beschrieben werden, sind nicht identisch, da Teile Mexikos zu Mesoamerika zählen, jedoch nicht zu Zentralamerika.



Biodiversität: Getreidevielfalt in einem Geschäft in Mexico Stadt

nismen, Eigenschaften von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen oder biologisch entstandene Substanzen zu finden. Diese werden vor der kommerziellen Verwertung patentiert.

Besonders in Mexiko gibt es hierfür einige gut dokumentierte Beispiele. Über eins berichtet Miguel Pickard von CIEPAC (Centro de Investigaciones Económicas y Políticas de Acción



Genetisches Verbesserungszentrum

Biopiraterie Teil 2: Bäuerliches Saatgut im Tausch für industrielles Saatgut

Von einem weiteren Beispiel für Biopiraterie erzählt Julio Sánchez vom Centro Humboldt in Nicaragua. Im Rahmen der Programme „Libra por libra“ („Pfund für Pfund“) in Nicaragua und „Kilo por kilo“ in Mexiko wird von Klein-

bäuerInnen Saatgut eingesammelt, die es in jahrzehntelanger Zucht (oft auch über Generationen) optimal an die regionalen Besonderheiten angepasst haben. Dieses traditionelle Saatgut wird in eine Saatgutbank gebracht und vermutlich bei Bedarf erforscht. Die BäuerInnen erhalten dafür so genanntes „verbessertes Saatgut“. Das wurde von einem Saatgutkonzern gespendet und ist möglicherweise gentechnisch

verändert. In Nicaragua kommt das Saatgut, das die BäuerInnen im Austausch erhalten u. a. vom Konzern Monsanto, der einer der größten Erzeuger gentechnisch veränderter Saaten ist.

Die Rolle der Freihandelsverträge

Der Freihandelsvertrag CAFTA enthält ein Kapitel zum „Geistigen Eigentum“, das für die zentralamerikanischen Länder massive Änderungen beim Schutz von geistigem Eigentum vorsieht.

Dabei soll vor allem ein wesentlich stärkeres Patent- und Sortenschutzrecht durchgesetzt werden, mit der Möglichkeit, Gene und sogar ganze Tiere und Pflanzen zu patentieren³. Das bedeutet eine Anpassung an das in den USA bestehende Patentrecht. Außerdem wird der bisher geltende Landwirte- und Züchtervorbehalt⁴ ausgehebelt. Das heißt, dass die Verwendung von einem Teil der Ernte für die Wiederaussaat im nächsten Vegetationszyklus sowie die Verwendung für die Weiterzucht mit sogenannten Nachbau- und Patentgebühren belegt wird. Das trifft selbst dann zu, wenn die Pflanzung ungewollt und unwissentlich mit geschützten Arten und Sorten gekreuzt wurde (z.B. durch Pollenflug gentechnisch veränderter Pflanzen, die auf Feldern in der Umgebung

Comunitaria): Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation „Conservation International“ (CI) führt im Lakandonischen Urwald im Süden Mexikos Ökotourismus- und Umweltschutzprojekte durch. CI hat aber auch Verträge mit dem mexikanischen Saatgutkonzern Pulsar und der US-Pharmafirma Bristol-Myers Squibb, mit der sie unter dem Namen „Aprendices de Chamanes“ (Lehrlinge der Schamanen) unter Ausnutzung des Wissens indigener Naturheiler ein Bioprospektionsprogramm durchführt.

Vertreibung von KleinbäuerInnen

Die Region ist seit dem Aufstand der ZapatistInnen vor zehn Jahren stark militarisiert und immer wieder werden dort lebende, häufig mit den ZapatistInnen sympathisierende KleinbäuerInnen von ihrem Land vertrieben. Der zuletzt bekannt gewordene Fall ist die Vertreibung von 23 Familien aus dem Biosphärenreservat Montes Azules im Januar dieses Jahres².

Auch in anderen Naturschutzgebieten Mesoamerikas gibt es immer wieder Fälle von Vertreibungen, wenn Menschen bei der kommerziellen Nutzung der Natur stören.

² <http://chiapas.mediosindependientes.org>

³ Das war früher nicht möglich, da Gene und Lebewesen grundsätzlich als Entdeckungen, nicht jedoch als patentierbare Erfindungen galten. In den letzten Jahren setzte sich die Patentierbarkeit von Genen und Lebewesen zunächst in den USA durch und wird im Moment nach und nach auch in den europäischen und vielen weiteren Ländern eingeführt.

⁴ Landwirtevorbehalt ist das Recht jedes Landwirts, sich aus der Ernte Saatgut für eine Neuaussaat zurückzubehalten und dieses ohne Entrichtung von Gebühren an den Saatgutzüchter auszusäen. Züchtervorbehalt ist das Recht, Saatgut einer Sorte ohne die Entrichtung zusätzlicher Gebühren an den Züchter dieser Sorte für die Weiterzucht zu verwenden.

gepflanzt wurden). Diese Änderungen betreffen vor allem KleinbäuerInnen, die sich den jährlichen, teuren Kauf von Saatgut bisher sparen konnten, und ihr Saatgut selbst weiterzuchteten.

Die Auswirkungen des stärkeren Schutzes des geistigen Eigentums wird für die KleinbäuerInnen dramatisch sein. Sie werden durch Verteuerung von Saatgut und die neuen Patent- und Sortenschutzgebühren noch stärker in die finanzielle Abhängigkeit getrieben. Die Folge ist bekanntermaßen Verschuldung und Landverlust.

Aber auch im Bereich der Gesundheitsversorgung werden sich Medikamente durch den stärkeren Patentschutz verteuern und die allgemeine Verwendung von Naturheilmitteln wird durch Bioprospektionsprojekte und die daraus folgenden Patente

erschwert werden. Für die Länder, deren Patentgesetzgebung bisher auch die Verwendung von billigen Generika zulässt – also ohne Lizenz hergestellte Nachahmungen von patentierten Medikamenten – machen CAFTA und ALCA dies unmöglich, da keine Ausnahmen zugelassen werden. Das spielt z.B. bei der Behandlung von AIDS- und Malariakranken eine große Rolle. Aber auch häufig gebrauchte Medikamente wie Schmerzmittel und

Antibiotika können nach in Kraft treten der Freihandelsverträge nur noch in ihrer teuren Version erworben werden.

Einfuhr gentechnisch veränderter Lebensmittel nicht kontrollierbar

Die Einfuhr von Saatgut bzw. noch keimfähigem Getreide, das gentechnisch verändert ist, ist in einigen der zentralamerikanischen Staaten und Mexiko verboten, da die Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Ökosysteme noch weitgehend unerforscht sind. Es wird befürchtet, dass durch Kontamination von Wild- und Kulturpflanzen die Nahrungsmittelsicherheit gefährdet werden könnte. Insbesondere soll ein Einkreu-

zen von gentechnischen Veränderungen in Wild- und traditionelle Kultursorten des Mais vermieden werden, da der Mais aus dieser Region stammt und hier das wichtigste Grundnahrungsmittel ist.

Die Regelungen in den verschiedenen zentralamerikanischen Staaten sind sehr unterschiedlich. Beispielsweise gibt es in Guatemala keine Restriktionen für die Einfuhr gentechnisch veränderten Getreides, während diese in Nicaragua verboten ist. Nach dem gleichzeitigen Inkrafttreten von CAFTA und der zentralamerikanischen Zollunion wird die Einfuhr von gentechnisch verändertem Getreide praktisch nicht mehr zu kontrollieren sein. Wird dann aus den USA eingeführter, gentechnisch veränderter Mais in Guatemala angebaut, so



Bist du ein Mais?

kann er auf Grund der Zollunion ohne weitere Kontrolle nach Nicaragua gelangen. Mal ganz abgesehen davon, dass in den zentralamerikanischen Ländern bis jetzt noch gar nicht die technischen Möglichkeiten und Kapazitäten existieren, gentechnische Veränderungen nachzuweisen.

In Mexiko wurden bereits 2002 in größerem Umfang Kontaminationen von Wild- und traditionellen Maissorten nachgewiesen. Verónica Villa vom mexikanischen Büro der kanadischen Umweltorganisation ETC-Group erklärt, dass die unkontrollierte Einfuhr von gentechnisch verändertem Mais durch den NAFTA-Vertrag begünstigt wird.

Aber auch in Zentralamerika wurden schon einzelne Fälle von gentechnischen Kontaminationen dokumentiert. Das Centro Humbolt hat 2002 in Nicaragua mit Unterstützung eines US-

fördern den Anbau traditioneller Sorten und bauen Saatgutbanken mit diesen Sorten auf, damit die BäuerInnen dort ihr gentechnikfreies Saatgut unabhängig von den großen Konzernen erwerben können.



Das genetisch veränderte Saatgut von Mais und Bohnen vergiften die Nahrung.

Gegen Biopiraterie regt sich besonders in Mexiko Widerstand. Da Bioprospektionsprojekte auf die Mitarbeit orts- und pflanzenkundiger EinwohnerInnen angewiesen sind, können sie durch Boykott behindert werden. In Chiapas ist es sogar gelungen, ein Bioprospektionsprojekt einer US-amerikanischen Universität und einer britischen Biotech-Firma zu Fall zu bringen, nachdem 2000 Gemeinden die Mitarbeit verweigert hatten. Das Beispiel

amerikanischen Labors gentechnische Veränderungen in Getreide entdeckt, das durch das Welternährungsprogramm der UNO eingeführt wurde. In El Salvador liegt laut Angel Ibarra von der Umweltorganisation UNES der Verdacht nahe, dass nach den Erdbeben 2001 ebenfalls gentechnisch veränderter Mais verteilt wurde, da zur Wiederaussaat verwendete Samen zwar Pflanzen bildeten, jedoch keine Früchte trugen. Vermutlich wurde hier Mais mit Terminatorgenen⁵ eingesetzt.

macht hoffentlich Schule.

Weitere Fälle von Biopiraterie und deren Hintergründe finden sich unter www.biopiraterie.de – Webpage der BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie.

Literatur

Carlsen, Laura: „El corredor biológico mesoamericano: La nueva inserción de la biodiversidad en el mercado global“ in „La Vida en Venta: Transgénicos, Patentes y Biodiversidad“, Ediciones Böll, San Salvador 2002

Widerstand

Menschen und Organisationen, die sich gegen die Privatisierung der biologischen Ressourcen wehren – darunter BäuerInnen-, Umwelt- und KonsumentInnenorganisationen – fordern vor allem: keine Patente auf Leben, d.h. weder auf Gensequenzen noch auf ganze Lebewesen und Moratorien für die Einfuhr von gentechnisch veränderten Lebewesen und Lebensmitteln.

In weiten Teilen Zentralamerikas läuft zur Zeit Aufklärungsarbeit zu Biopiraterie und gentechnischen Veränderungen in Saatgut und Lebensmitteln. Und es gibt auch ein paar sehr konkrete Ansatzpunkte:

BäuerInnenorganisationen beispielsweise in Mexiko und El Salvador sind sich der Bedeutung traditioneller Saaten für die autonome Versorgung mit Nahrungsmitteln sehr bewusst. Sie

⁵ Terminatorgene, die durch gentechnische Methoden in Pflanzen eingebracht werden, verhindern in der Regel das Tragen von Früchten in der zweiten Generation.

O'zapft is!

Die Öffnung des mittelamerikanischen Strommarktes für Privatanbieter

Privatisierung ist ein Schlagwort, das hierzulande in den vergangenen Jahren vielen das Fürchten gelehrt hat. In Lateinamerika sind Privatisierungen bereits seit den 80er Jahren an der Tagesordnung, seit Mitte der 90er Jahre regt sich zunehmender Widerstand. Der folgende Artikel zeigt Entwicklungen des Privatisierungskonzepts auf (Stichwort: fortschreitende Liberalisierung und Privatisierung z.B. in Dienstleistungsbereichen), erläutert die veränderten Mechanismen zur Durchsetzung dieser Bestrebungen (von Strukturanpassungsprogrammen zu Freihandelsverträgen) und befasst sich mit den Auswirkungen für die Bevölkerung. Als konkretes Beispiel dient die Öffnung des mittelamerikanischen Strommarktes für Privatanbieter.

Anmerkungen zur Liberalisierung und Privatisierung im Dienstleistungsbereich¹

Obwohl der Begriff Privatisierung bei uns derzeit in aller Munde ist, gibt es keine allgemeingültige Definition dessen, was darunter zu verstehen ist.² Zumeist wird damit der Verkauf von Staatsunternehmen an den privaten Sektor bezeichnet. Allgemein gesprochen, geht es bei Privatisierungen um die Ausdehnung der Sphäre des Privateigentums. Das Privatisierungskonzept wurde in den vergangenen 20 Jahren, im Zuge der neoliberalen Durchdringung der Wirtschafts-, Rechts-, und Sozialwissenschaften, massiv erweitert. Heute sehen wir uns in Europa – ebenso wie in Lateinamerika – mit einem Rückzug des Staates aus seiner Rolle als wichtiger (und zumeist wichtigster) Anbieter elementarer Dienstleistungen konfrontiert, beispielsweise im Bildungsbereich und in der Gesundheitsversorgung.³

Um diese Veränderungen in den Bereichen der öffentlichen Versorgung erfassen zu können, ist es sinnvoll, die Prozesse, welche zur Privatisierung führen sollen, genauer in den Blick zu nehmen. Viele Bereiche der öffentlichen Versorgung sind bereits marktförmig gestaltet. So werden Strom und Wasser nicht erst seit der jüngsten Liberalisierungswelle ver- und gekauft und auch im Gesundheitsbereich werden Leistungen – schon seit längerem – gegen Geld angeboten. Die neoliberalen Politiken zielen also nicht auf die Schaffung eines Marktes für die jeweilige Dienstleistung selbst ab, denn dieser existiert zumeist bereits (Strommarkt, Wassermarkt, etc.).

Ziel neoliberaler Politiken sind hingegen Veränderungen auf der Anbieterseite: Im Bereich der Erzeugung, Erbringung und des Vertriebs von Dienstleistungen soll Wettbewerb eingeführt werden. Daher werden die jeweiligen Dienstleistungsbereiche in verschiedene, unabhängig voneinander agierende Verwaltungsstrukturen zerteilt, in denen anschließend private Anbieter zugelassen werden. Die Liberalisierung auf der Angebotsseite bedeutet, dass nun neben dem Staat auch private Anbieter ins Geschäft einsteigen können. Hier findet dann eine Privatisierung im oben genannten Sinne, sprich der Verkauf eines Unternehmens oder Infrastrukturateils an private Unternehmer statt.

Obwohl diese Liberalisierungspolitiken – angeblich mit dem Ziel eine „Wettbewerbsstruktur“ zu schaffen – durchgeführt werden, sieht die Realität meist anders aus: Gewöhnlich gibt es nur wenige private Interessenten weltweit, wenn der Verkauf von Dienstleistungsbereichen ansteht. Es handelt sich dabei schließlich um spezielle Sparten in denen weltweit nur wenige Unternehmen tätig sind und um immense Investitionsvolumen. Effekt ist, dass die Dienstleistungsbereiche teilweise unter dem angestrebten Verkaufspreis in private Hände übergehen und dass sich oftmals eine private Monopolstruktur herausbildet.⁴

Der essentielle Unterschied zwischen einem privaten und einem staatlichen Anbieter liegt darin, dass der Staat keine primäre Gewinn-

Anmerkungen auf Seite 37

orientierung aufweist. Natürlich versucht auch er, in manchen Bereichen einen Überschuss zu erwirtschaften, um damit z.B. andere Bereiche der öffentlichen Versorgung quersubventionieren zu können oder auch, um in die öffentliche Infrastruktur zu investieren (Schwimmbäder, Parks etc.). Anders hingegen Privatunternehmen: Sie haben zum Ziel, Gewinne zu erwirtschaften, um diese zu reinvestieren oder an Aktionäre auszuschütten.

Strom: Bedeutend und attraktiv

Strom hat eine zentrale und zugleich zwiespältige Bedeutung für die industrielle Produktionsweise: Einerseits ist seine Bereitstellung essentiell für die industrielle Produktion, z.B. in den Maquilas. Niedrige Preise und die reibungslose Versorgung mit Strom sind wichtige Grundlagen des Wirtschaftssystems. Andererseits gibt es einzelne Unternehmen, die ein starkes Interesse an der Liberalisierung des Strommarktes haben, da sie hier investieren wollen, um ihre Profite zu vermehren. Dieses Profitstreben und – falls vorhanden – die Konkurrenz zwischen privaten Stromanbietern kann sich in mangelnden Investitionen in die Infrastruktur sowie in einer unzureichenden Koordination der verschiedenen Anbieter niederschlagen. Ein Widerspruch



Privatbesitz

zwischen diesen unterschiedlichen Interessen im Unternehmerlager (sichere Versorgung vs. Profitinteresse) offenbart sich zumeist erst dann, wenn die Liberalisierung, wie im vergangenen Jahr in den USA, zu einer erheblichen Störung der volkswirtschaftlichen Produktion führt. Dazu kann es kommen, wenn aufgrund der Liberalisierung zuviele Anbieter gleichzeitig

Strom in das Netz einspeisen und dieses unter der Überlastung zusammenbricht.⁵

Im Bereich der Stromversorgung, – wie in vielen anderen Dienstleistungsbereichen – gehören vor allem transnationale Unternehmen, deren Muttergesellschaften in den Metropolen registriert sind, zu den vehementen Verfechtern einer Liberalisierung. In Mittelamerika sind im Energiebereich u.a. die spanische Union Fenosa, die US-amerikanische Coastal Power und die italienische Enel Green Power tätig.⁶ Attraktiv ist die Region, da das jährliche Verkaufsvolumen von Strom auf 2 Mrd. US-Dollar geschätzt wird.⁷

Mechanismen zur Durchsetzung der Liberalisierungen und Privatisierungen: Strukturanpassungsprogramme und Freihandelsverträge

Bis Mitte der 80er Jahre wurden in Lateinamerika v.a. Privatisierungen von Staatsunternehmen – oftmals im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen⁸ – vorgenommen. Die Protagonisten dieser Politik argumentierten, dass eine private Unternehmensführung für mehr Effizienz und weniger Korruption Sorge. Seit Anfang der 90er Jahre kam es zu ersten Liberalisierungen und Privatisierungen in Dienstleistungsbereichen, v.a. im Tele-

kommunikationsbereich.

Auch diese Maßnahmen, ebenso wie die ab Mitte der 90er Jahre in weiteren Dienstleistungsbereichen (z.B. Strom und Wasser) durchgeführten Liberalisierungen und Privatisierungen resultierten zumeist aus Strukturanpassungsprogrammen. Argumentiert wurde hier, dass eine verstärkte Konkurrenz unter diversen (privaten) Anbietern Preissenkungen für die Endverbraucher zur Folge hätten. Daher wurde die Liberalisierung von

Dienstleistungsbereichen gefordert, was in der Konsequenz Privatisierungen einzelner Bestandteile mit sich brachte.

Die Liberalisierung von Dienstleistungsbereichen ist v.a. seit Mitte der 90er Jahre eng verknüpft mit dem Thema Freihandel. So finden sich in den neueren Freihandelsverträgen, wie dem NAFTA-Vertrag und dem CAFTA-Vertrag,

Vorgaben zur Liberalisierung des Dienstleistungshandels, wobei nur sehr wenige Ausnahmeregelungen aufgenommen wurden.⁹ Im ALCA-Entwurf und im Dienstleistungsbezogenen Handelsabkommen (General Agreement on Trade in Services, GATS¹⁰), das im Rahmen der Welt handelsorganisation (WTO) verhandelt wird werden Ausnahmen von der Liberalisierungsvorgabe nur eingeräumt, wenn eine Dienstleistung „weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht wird“.¹¹ Allerdings werden Dienstleistungen nur in Ausnahmefällen ausschließlich vom Staat erbracht. Daher werden für die meisten Dienstleistungsbereiche nach dem Inkrafttreten eines dieser Vertragswerke Vorgaben gelten, die eine graduelle Liberalisierung der Dienstleistungsbereiche in den Teilnehmerstaaten verlangen.¹²

Diese Freihandelsverträge dienen vor allem einer Vereinheitlichung der Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse und der Schaffung verstärkter rechtlicher Verbindlichkeiten für diese Prozesse. Zudem sollen über Vorgaben in diesen Vertragswerken staatliche Anbieter im Endeffekt dazu gezwungen werden, genauso zu agieren, wie private Anbieter. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Dienstleistungserbringer können somit zukünftig unterbunden werden. Durch die Angleichungsbestrebungen werden sich die Konditionen, zu denen die BürgerInnen mit Dienstleistungen, wie Gesundheit, Bildung oder Strom von staatlichen Anbietern versorgt werden, verschlechtern.

Die Liberalisierung des mittelamerikanischen Strommarktes und die Privatisierung von einzelnen Bestandteilen

Die Liberalisierung des Strommarktes begann in Lateinamerika wie auch in Europa Anfang der 90er Jahre mit der Zerschlagung der Staatsunternehmen, die als (Monopol-)Anbieter tätig waren. In einem ersten Schritt wurden die Staatsunternehmen in drei Bereiche unterteilt: Die Erzeugung (generación), die Durchleitung (transmisión) und die Verteilung (distribución).

Es wurden einzelne Verwaltungseinheiten geschaffen, die jeweils einen Teil der Versorgungsdienstleistungen erbringen.

In den mittelamerikanischen Ländern werden seit Mitte der 90er Jahre die Stromerzeugung und die Stromverteilung liberalisiert und im Anschluss einzelne Bestandteile des vormaligen Staatssektors an private Investoren verkauft. Nach wie vor sind jedoch 100% der Stromleitungen Staatseigentum. Am Ende dieses Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesses im Bereich der Stromerzeugung und -verteilung soll sich der Staat vollständig aus der Rolle des



Privatisierung = wer nicht zahlen kann, wird sterben

Anbieters zurückgezogen haben und nur noch, mittels einer Regulierungsbehörde, den rechtlichen Rahmen für die Marktprozesse abstecken.

Auf dem Weg zur Privatisierung sind die einzelnen mittelamerikanischen Staaten unterschiedlich weit vorangeschritten: Am weitesten ist der Prozess in Guatemala, El Salvador, Nicaragua und Panama gediehen.¹³ Costa Rica stellt - wie auch in anderen Bereichen der öffentlichen Versorgung - eine Ausnahme dar: Hier ist es Privatunternehmen zwar erlaubt, in der Stromerzeugung tätig zu werden, allerdings müssen die privaten Stromerzeuger diesen Strom dann an das Instituto Costarricense de Electricidad (ICE) verkaufen, da es diesem alleine erlaubt ist, Energie in das System einzuspeisen. Damit ist die costaricanische Regierung nicht gezwungen, Strom zu überhöhten Preisen von Privat Anbietern einzukaufen, sondern kann den Privat Anbietern den Preis für ihre Dienstleistungserbringung vorschreiben. Der costaricanische „Sonderweg“ ist, nach Einschätzung des salvadorianischen Verbraucherschutz zentrums CDC bedingt durch den starken Widerstand der Bevölkerung.¹⁴ Auch in Honduras und

Mexiko ist die Privatisierung im Strombereich weniger weit fortgeschritten als von den nationalen Regierungen, den Internationalen Finanzinstitutionen und transnationalen Unternehmen erwünscht. Dies ist ebenfalls auf den starken Widerstand von Gewerkschaften, Verbraucherschutzverbänden und der Bevölkerung zurückzuführen.¹⁵

Auswirkungen der Liberalisierung und Privatisierung auf die Bevölkerung

Verbraucherschutzinitiativen und andere Organisationen kritisieren die Auswirkungen der Liberalisierung des mittelamerikanischen Strommarktes. Ein wichtiges Argument der BefürworterInnen von Liberalisierungspolitiken lautet, dass durch eine verstärkte Konkurrenz



Das ist mein Strom!!

von Anbietern die Preise für die VerbraucherInnen gesenkt würden. Dem ist nicht so. Die salvadorianische Verbraucherschutzorganisation CDC konstatiert, dass die Strompreise in der Region entweder gleichgeblieben oder gestiegen seien. Die vier Länder der Region, die ihre Strommärkte am weitesten liberalisiert hätten, seien zugleich diejenigen, in denen die höchsten Verbraucherpreise verlangt würden.¹⁶ Dies ist u.a. auf die Tatsache zurückzuführen, dass sich in diesen Ländern private Monopole im Bereich der Stromversorgung etabliert haben.

Ein weiteres Argument, mit dem Befürworter von Liberalisierungen im Bereich der Stromerzeugung werben ist, dass es zu einer besseren Anbindung der bisher nicht mit Strom versorgten Teile der Bevölkerung kommen könne, da private Anbieter Interesse an neuen Kunden hätten. Ein derartiger Trend ist nach den Analysen des CDC ebenfalls nicht zu verzeichnen.¹⁷ Hier zeigt sich, dass ein unüberwindbarer Widerspruch zwischen Profitinteressen, wie sie Privatanbieter verfolgen und der Befriedigung von Grundbedürfnissen besteht. In den mittelamerikanischen Ländern gibt es diverse Regionen, die von einem profitorientierten Standpunkt aus betrachtet nicht interessant sind (z.B. wegen der Armut der Bevölkerung) und die private Stromanbieter daher nicht an das Versorgungsnetz anschließen werden. Auch die staatlichen Anbieter haben in der Vergangenheit nicht alle Regionen angeschlossen, trotzdem ist es ihnen in den meisten Ländern gelungen, das Netz sukzessive auszubauen.

Fazit

Liberalisierungsprozesse im Dienstleistungsbereich funktionieren oftmals nicht reibungslos. In einigen mittelamerikanischen Ländern, wie Costa Rica, Honduras oder Mexiko verzögert sich ihre Durchsetzung erheblich.

Daher versuchen die an einer Liberalisierung interessierten Akteure (u.a. nationale Regierungen, Internationale Finanzinstitutionen, transnationale Unternehmen), diese auf verschiedenen Ebenen durchzusetzen: So werden einerseits weiterhin Strukturanpassungsprogramme verfasst, andererseits werden mittels regionaler Vertragswerke zusätzliche Rechtsverpflichtungen geschaffen, die ebenfalls auf eine Liberalisierung der Angebotsstruktur der Strommärkte hinauslaufen.

Dies hat auch Konsequenzen für den Widerstand: Seine vertikale Vervielfachung wird notwendig und gleichzeitig ermöglicht. In Mittelamerika scheinen diverse AktivistInnen und AktivistInnennetzwerke diesen Sachverhalt erkannt zu haben: Dies zeigt sich an dem Versuch einer zunehmenden, regionalen Vernetzung ihrer Aktivitäten gegen die Freihandelsverträge, ohne dabei die lokale und nationale Arbeit aufzugeben.

Anmerkungen

- ¹ Eine allgemeingültige Definition des Terminus „Dienstleistung“ gibt es nicht. Dieses Problem tauchte auch im Rahmen der Verhandlungen um ein internationales Ab-kommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) auf. Hier wurde daher – in Anlehnung an die zentrale Produk-tionsklassifikation der Vereinten Nationen – ein eigenes Schema entwickelt. Die GATS-Definition liegt auch dem vorliegenden Artikel zugrunde. Zudem wird auch die Wasserversorgung als Dienstleistung betrachtet, welche im GATS derzeit noch keine explizite Erwähnung findet.
- ² Vgl. Teichmann, Judith (1995), *Privatization and Political Change in Mexico*, London/Pittsburgh
- ³ „Die Entdeckung der Dienstleistungen als Gegenstand internationaler Handelsliberalisierung steht in einem engen Zusammenhang mit den durch die Außenhandelsdefizite der USA ausgelösten Debatten. Vorreiter waren die Versicherungsgesellschaft American International Group (AIG) und der Pionier internationaler Zahlungsmittel, die Firma American Express. Beide Konzerne machten ExpertInnen internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu Vizepräsidenten, die mit Buchveröffentlichungen und Konferenzen der Idee zum Durchbruch verhelfen, dass Dienstleistungen transnational erbracht werden können, nationale Regulierungen der jeweiligen Branchen dies behindern und folglich der Abbau dieser Barrieren im Rahmen des GATT multilateral ausgehandelt werden müsse.“ (Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph (2002), *GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Privatisierungsdruck*, Hamburg (AttacBasis Texte 2), S.40)
- ⁴ Mehr Informationen zu den letztgenannten Aspekten finden sich zu dem Beispiel Nicaragua in der Broschüre AutorInnenkollektiv (2003), *Nicaragua Privatizada*. Wenn die Grundversorgung zur Ware gemacht wird, München (zu beziehen über das Ökumenische Büro)
- ⁵ vgl. *Gegenstandspunkt, Blackout: Die politische Ökonomie marktwirtschaftlicher Stromversorgung*, Nr.4 2003, S.109-124
- ⁶ Centro para la Defensa del Consumidor (Hrsg.) (2003), *La Interconexión eléctrica Centroamericana y el interés de los consumidores*, San Salvador, S.11
- ⁷ Centro para la Defensa del Consumidor, a.a.O., S.4
- ⁸ Zurück geht der Zusammenhang zwischen Strukturanpassungsprogrammen und Privatisierungen auf den G-7-Gipfel in Williamsburg 1983
- ⁹ Vgl. www.ustr.gov
- ¹⁰ Hier manifestiert sich abermals die Ausdehnung des Freihandelsprinzips von der Produktions-sphäre auf immer neue gesellschaftliche und natürliche Sphären. Die Idee des Handels mit Dienstleistungen wurde während den Verhandlungen zur Uruguay-Runde im Rahmen des GATT (1986-1994) propagiert. Bei der Gründung der WTO 1995 wurde dem Handel mit Dienstleistungen eine eigene Struktur innerhalb der WTO gegeben: Das GATS.
- ¹¹ GATS-Vertragswerk zit. nach Fritz/Scherrer, a.a.O., S.14; ALCA-Entwürfe zit. nach Lara Cortés, Claudio (2003), *Comentarios críticos al capítulo de servicios del borrador del ALCA*, Santiago de Chile (Estudios sobre el ALCA Nr. 13, Fundación Friedrich Ebert), S.4
- ¹² Lara Cortés, a.a.O., S.2; Fritz/Scherrer, a.a.O., S.15
- ¹³ Centro para la Defensa del Consumidor, a.a.O., S.8
- ¹⁴ Centro para la Defensa del Consumidor, a.a.O., S.10
- ¹⁵ Weiterführende Informationen zu Mexiko finden sich u.a. auf den folgenden, spanisch-sprachigen websites: www.fte-energia.org; www.sme.org.mx
- ¹⁶ Centro para la Defensa del Consumidor, a.a.O., S.14f. Eine detaillierte Ausführung zu den Konsequenzen von Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Stromversorgung in Nicaragua finden sich in der bereits erwähnten Broschüre des Autorinnenkollektivs.
- ¹⁷ Centro para la Defensa del Consumidor, a.a.O., S.16

Neoliberalismus ist auch ein Angriffskonzept

Das Zusammenwirken von Neoliberalismus und Militarisierung am Beispiel von Kolumbien

Die Durchsetzung von Freihandel ist immer verbunden mit Verbotsregelungen. Die Bestimmungen der WTO müssen eingehalten werden, sonst kommt es zu einem Streitschlichtungsverfahren gegen die Länder, die gegen die Bestimmungen verstoßen. Die regionalen

Freihandelsverträge werden über die Gesetzgebung der Länder gestellt, so dass auch hier Verstöße gegen den „Geist“ der Verträge geahndet werden können. Somit handelt es sich nicht nur um ein ökonomisches Korsett, sondern greift in die Politik der einzelnen Länder massiv ein.

Auch wenn es in den einzelnen Ländern immer Gruppen gibt, die auch vom Freihandel profitieren, wird der Großteil der Bevölkerung konkrete Nachteile zu erwarten haben. In

Zentralamerika beispielsweise werden die Bäuerinnen und Bauern mit ihren Produkten nicht mit den Produkten aus den USA konkurrieren können. Wahrscheinlich werden sie ihr Land verlieren und als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, d.h., es werden noch mehr Menschen marginalisiert. Eine Entwicklung, die Alltagskriminalität und organisierten Widerstand hervorrufen kann. Das aber sind Phänomene, die dem Investitionsklima schaden. Da ein funktionierender Markt aber kalkulierbare Risiken und damit auch innenpolitische Ruhe und Stabilität braucht, müssen Mechanismen greifen, um diese Ruhe herzustellen. Widerstand

muss niedergeschlagen oder im Keim erstickt werden. Dies geschieht durch verstärkte Militarisierung.

Während der Delegationsreise des Ökumenischen Büros und des Informationsbüros Nicaragua im Sommer letzten Jahres wurden zeitgleich in El Salvador und Honduras Maßnahmen eingeführt, um Jugendliche, die in Jugendbanden organisiert sind, strafrechtlich zu verfolgen: der Plan „Mano Dura“ (harte Hand) in El Salvador und der Plan „Libertad“ (Freiheit) in Honduras. Sie beinhalten zum einen ein neues Gesetz, dass Leute, die sich zu Gruppen versammeln und Tätowierungen tragen, automatisch verdächtigt werden, einer als kriminell eingestuften Jugendbande anzugehören. Sie können allein aufgrund dieser Kennzeichen verhaftet werden.

Um diese Gesetze durchzusetzen (und auch schon, bevor sie überhaupt verabschiedet waren), finden Razzien statt, die von Polizei- und Militäreinheiten gemeinsam durchgeführt werden. Soldaten werden also für innerstaatliche Aufgaben eingesetzt, ein Vorgehen, das in El Salvador seit den Friedensverträgen 1992 verfassungswidrig ist. Eine große Errungenschaft der Friedensverträge, nämlich das Militär von den Straßen zu verbannen, wurde mit diesem Gesetz wieder rückgängig gemacht. Diese Maßnahmen sind zu isoliert, um aus ihnen eine einheitliche Militarisierungsstrategie abzuleiten. Das Gesetz wird vor allem gegen Jugendbanden angewendet. In Einzelfällen wurde es aber auch gegen unliebsame linke AktivistInnen eingesetzt: Kurz nachdem das Maßnahmenpaket in Honduras verabschiedet worden war, wurden bei einer Anti-Privatisierungs-Demo auf Grundlage des Plan „Libertad“ DemonstrantInnen verhaftet. Es müsste genauer diskutiert werden, inwiefern solche Pläne auch als Bestandteil einer zunehmenden Militarisierung gesehen werden können. Anhand dieser innenpolitischen Maßnahmen ist uns aber klar geworden, dass es einen Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und



Militarisierung gibt, den wir weiter analysieren wollen.

Beim Anti-Kriegskongress im Januar 2004 in München hat das Ökumenische Büro ein Forum mit dem Thema „Neoliberale Globalisierung und ihre militärische Absicherung“ veranstaltet. Unter anderem hat dort Raul Zelik über das Zusammenspiel von Neoliberalismus und verstärkter Militarisierung gesprochen. Seine Grundthesen werden hier in Auszügen wieder gegeben.

„Spricht man über die Verknüpfung neoliberaler Globalisierung und Militarisierung, dann sollte man vorausschieben, dass der Neoliberalismus nicht nur als volkswirtschaftliches Modell, sondern auch als Angriffskonzept gelesen werden kann. Als Angriffsideologie und –praxis. Wenn man diese Seite betrachten möchte, lohnt sich der Blick in die Geschichte: Das erste Land, in dem der Neoliberalismus zur hegemonialen Praxis wurde, war Chile. Dort schuf die Diktatur die Voraussetzungen für eine neue Wirtschaftsordnung, indem sie eine Gewerkschaft, eine intellektuelle Bewegung, eine Jugendbewegung auslöschte. Die ganze keynesianistische, marxistische Intelligenz Chiles wurde mit dem Militärputsch zerschlagen; das waren Leute, die für ganz Lateinamerika Gedanken gebend waren. Und erst diese extrem repressive Politik sorgte schließlich dafür, dass bestimmte nationalökonomische Ideen überhaupt erst umgesetzt werden konnten.

Wenn man die Entwicklung des Neoliberalismus, ausgehend von Chile, weiterverfolgt, sieht man, dass auch in anderen Ländern der Siegeszug des Neoliberalismus mit Repression nach innen und außen einherging: Für den Thatcherismus in Großbritannien beispielsweise waren die Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks [1984 - 85] und der strategische Sieg gegen die Gewerkschaftsbewegung entscheidende Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung der neuen Politik. Oder der Fall der USA unter Reagan: Dort predigten die marktliberalen Vordenker zwar den Abbau staatlicher Interventionen, gleichzeitig aber wuchsen die staatlichen Ausgaben im militärischen und polizeilichen Bereich sprunghaft.

Der Begriff des Liberalismus entpuppt sich also als ideologische Konstruktion. Man kann sehr deutlich aufzeigen, dass die Grundideen des Liberalismus nur sehr selektiv übernommen werden. Ein wunderbares Beispiel hierfür ist die zweimalige Verstaatlichung der privaten Bankschulden in Chile während der Diktatur. Die

Regierung Pinochet hat zwar die Privatisierung forciert, aber als bei Banken-Crashes große Finanzvermögen vernichtet wurden, sozialisierte der Staat diese Schulden. Die Gläubiger wurden vor Verlusten geschützt, die Allgemeinheit zahlte für die Crashes.

Die Tatsache, dass der Neoliberalismus in bestimmten Bereichen den Rückzug des Staates forciert, in anderen die staatliche Intervention ausbaut, hat mit ökonomischen Interessen zu tun – von den Ausgaben zugunsten des militärischen Sektors oder von der Übernahme von Schulden profitieren ganz bestimmte Wirtschaftsgruppen. Darüber hinaus hat diese widersprüchlich erscheinende Politik aber auch mit den strategischen Zielen des Neoliberalismus an sich zu tun. Ein konstituierendes Moment dieses Konzepts besteht in der Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den sozialen Auseinandersetzungen. Der Neoliberalismus kündigt den Klassenkompromiss des Keynesianismus auf (der im übrigen an sich nicht verteidigungswert ist). Insofern ist eine aggressive, militärische Komponente im Neoliberalismus immer mit angelegt.

Im Folgenden möchte ich an einem konkreten Beispiel erklären, wie Krieg, Militarisierung und Kapitalismus miteinander verwoben sind. Man muss dabei aufpassen: Man darf nicht in die Falle geraten, das eine vom anderen abzuleiten. Dass Krieg ein unmittelbares Ergebnis kapitalistischer Verhältnisse ist, ist zumindest historisch gesehen nicht richtig, denn Kriege gingen dem Kapitalismus lange voraus. Ein monokausaler Argumentationsstrang ist da ziemlich blödsinnig. Trotzdem halte ich es für wichtig, auf diese Verbindungen hinzuweisen. Am Beispiel des Paramilitarismus im Kolumbien kann man das meiner Meinung nach anhand von fünf Beispielen relativ gut machen:

1. Der Paramilitarismus als unmittelbare Herrschaftsform des Kapitals

Der Paramilitarismus ist in Kolumbien zum einen ein verlängerter Arm des Staates. Die Strukturen gehen eindeutig aus der Armee und den Geheimdiensten hervor und könnten sich ohne diese nicht über einen längeren Zeitraum behaupten. Auf der anderen Seite handelt es sich um Privatarmeen, die oft unmittelbar zugunsten von Konzernen agieren, von diesen finanziert und aufgebaut werden. Interessant ist hier der Fall der Texaco Oil Company. In Kolumbien wurde der Paramilitarismus 1981/82 „etabliert“. In der Region des Magdalena Medio, wo die

Paramilitärs in einem Pilotprojekt aufgebaut wurden, war, neben lokalen Eliten, Viehzüchtern und Armee, auch die Texaco Oil Company an dem Vorhaben beteiligt. Sie stellte Ländereien für das Training zur Verfügung. Die Paramilitärs sollten die Investitionen der Unternehmen und Viehzüchter schützen, und das haben sie auch sehr erfolgreich getan.

2. Es gibt – gerade auch im Zusammenhang mit Freihandelszonen – eine Verknüpfung zwischen der Erschließung strategischer Regionen und dem Paramilitarismus

Die westkolumbianische Region Chocó, die hauptsächlich von AfroamerikanerInnen und Indígenas bewohnt wird, galt lange Zeit als weißer Fleck auf der Landkarte Kolumbiens. Keine Infrastruktur, abgekoppelt vom Staatsterritorium, wo die Communities in relativer Autonomie leben konnten oder mussten. 1990 änderte sich die Situation, als diese am Pazifik gelegene Region plötzlich strategisch interessant wurde. Es gab ein erstes Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien, Mexiko und Chile,



Männer bei der Arbeit

mit dem der pazifische Raum ‚integriert‘ werden sollte. Für den Chocó war das in mehrerer Hinsicht von Bedeutung: die Pazifikhäfen wurden wichtiger, die Panamericana-Straße, die zwischen Panama und Kolumbien unterbrochen ist, sollte durch den Chocó fertig gebaut werden. Weiterhin wollte man einen Kanal zwischen Atlantik und Pazifik bauen.

Diese infrastrukturellen Projekte, die alle bereits im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen ALCA stehen, haben die Region sehr

schnell ökonomisch interessant gemacht. Aus diesem Grund begannen die Paramilitärs, die die Interessen potenzieller Kapitalanleger vertreten bzw. diesen das Terrain bereiten, die Bevölkerung zu vertreiben.

Interessant ist dabei, dass die militärische Vorgehensweise je nach ökonomischem Interesse offensichtlich variieren kann. Dort, wo Verkehrsverbindungen geplant sind, vertreibt man die Bevölkerung. In anderen Gegenden des Chocó hingegen, wo Biokonzerne sich für Flora und Fauna interessieren – Westkolumbien verfügt über eine enorme Biodiversität – vertreibt man die Bevölkerung nicht als Ganzes. Man braucht das Know-how der indigenen Bevölkerung, und daher wendet der Paramilitarismus andere Praktiken an: Nicht die massenhafte Vertreibung, sondern den selektiven Mord.

3. Paramilitarismus als ‚Kriegsunternehmer‘

Söldnerarmeen werden mittlerweile vom Pentagon, europäischen Staaten, transnationalen Organisationen und sogar Hilfsorganisationen angeheuert. Krieg wird damit sozusagen ausgesourcet. In Kolumbien kann man dies an verschiedenen Beispielen nachvollziehen. Der Ölkonzern BP hat z.B. Söldner des britischen ‚Sicherheitsunternehmens‘ Defence Systems Ltd. beauftragt, den Bau einer Pipeline zu schützen und in den/um die Werksanlagen herum Spitzelnetze aufzubauen.

Der Sektor der PMC – der privaten Militär-Unternehmen (Private Military Companies) – ist ein in der ganzen Welt gewaltig boomender Sektor. Die kolumbianischen Paramilitärs sind zwar nicht offiziell als Unternehmen organisiert, doch auch sie sind Kriegsunternehmer. Ihre wachsende Bedeutung in den letzten 20 Jahren hat immense Verschiebungen innerhalb der Kapitalistenklasse nach sich gezogen. Die Paramilitärs sind Profiteure von Vertreibung und Krieg: Sie eignen sich die Ländereien von Kleinbauern an und handeln mit Rückendeckung des kolumbianischen Staates mit Drogen. Auf diese Weise haben ihre Anführer enorme Reichtümer angehäuft und sich in neue Eliten verwandelt.

Allein Carlos Castaño und Victor Caranza, die beiden großen Paramilitärkommandanten der 1990er, sollen mehrere Millionen Hektar Land unter ihre Kontrolle gebracht haben. Diese Leute gehören heute zum kolumbianischen Establishment. Wie konsolidiert ihre Position ist, ist allerdings schwer zu sagen. Es ist vorstellbar, dass die alten Eliten diese Emporkömmlinge schon bald zu beseitigen versuchen werden.

4. Der Kampf gegen soziale Bewegungen und Gewerkschaften

In Kolumbien wurden 90% der politischen Morde an Gewerkschaftern begangen. In den letzten 13 bis 14 Jahren wurden mehr als 2000 Angehörige der CUT, des größten Dachverbands, ermordet. Man sieht sehr schnell, welches Kalkül diese Verbrechen verfolgen. Die Morde richten sich gegen Gegner von Privatisierungen von Staatsbetrieben oder gegen Gewerkschafter, die gerade Arbeitskämpfe führen. Bei Nestlé häuften sich Anfang der 90er die Morde an Gewerkschaftern auffällig, wenn Tarifverhandlungen anstanden. Ob die Unternehmensleitungen die Attentate direkt anordnen, ist schwer zu sagen. Fest steht jedoch, dass der Paramilitarismus sich in eine neoliberale Gesamtstrategie einbettet.

Es gibt legale und illegale Praktiken, mit denen die Zerschlagung von Gewerkschaften gleichermaßen vorangetrieben wird. So forcierte Präsident Alvaro Uribe Anfang der 90er Jahre – damals noch als Abgeordneter – den Abbau von Arbeitsschutzgesetzen. Dieser Abbau wurde interessanterweise mit der gleichen Argumentation gerechtfertigt wie hier die Einführung der Hartz-Vorschläge: Ein Jobwunder wollte man angeblich schaffen. Tatsächlich sorgten die Reformen dafür, dass feste Beschäftigungsverhältnisse zur Ausnahme wurden und damit der gewerkschaftliche Organisationsgrad enorm zurückging – prekär Beschäftigte sind jederzeit von ihren Arbeitgebern erpressbar.

Diese Vorgehensweise wird durch die Outsourcing-Politik transnationaler Konzerne verstärkt. Coca Cola ist hier ein bekanntes Beispiel. Der Konzern regelt die Produktion über Lizenznehmer. Diese wiederum lassen sich ihre Arbeiter häufig von Zeitarbeitsfirmen stellen, so dass es für die Beschäftigten kaum noch möglich ist, den eigentlichen Gegner bei einem Arbeitskonflikt auszumachen. Zu viele Zwischeninstanzen sind dazwischen geschaltet. Bei Coca Cola sind von 10.000 ArbeiterInnen

mittlerweile nicht einmal mehr 1000 Menschen fest angestellt. Die anderen können sich faktisch nicht organisieren, da sie sonst ihren Job los sind.

Diese Strategien schwächen die Gewerkschaften enorm, aber sie machen sie häufig noch nicht so hörig, wie der kolumbianische Staat und das Kapital im Land es sich wünschen. An dieser Stelle kommen die paramilitärischen Gruppen zum Tragen: Sie greifen die verbliebenen kämpferischen Gewerkschaften an. Bei Coca Cola sind auf diese Weise neun Aktivisten erschossen worden. Die Sektion in Carepa (Nordkolumbien) wurde völlig zerschlagen.

Selbst wenn die Unternehmensleitungen solche Attentate nicht anordnen, decken diese sich jedoch mit ihren Zielen.

5. Geostrategische Projekte wie der Plan Colombia

Der Plan Colombia, der große Militärhilfeplan der USA, der mittlerweile knapp 2 Milliarden US-Dollar (in den letzten 5 Jahren) umfasst, bezieht sich nicht nur auf Kolumbien, sondern ist eine Hegemoniesicherung in der ganzen Region. Linke in den Nachbarländern bezeichnen Kolumbien als eine Art Flugzeugträger. So kann in andere Konflikte interveniert werden. Wie z.B. in Venezuela, wo eine Aneignungsdynamik von unten in Gang gesetzt worden ist, die die US-Regierung um jeden Preis stoppen will. Mit Hilfe der Aufrüstung Kolumbiens wird einerseits ein Drohpotenzial aufgebaut, andererseits kann man mit Hilfe des kolumbianischen Paramilitarismus auch direkt im venezolanischen Konflikt intervenieren. Es gibt Grenzverletzungen, mittlerweile an die 100 politische Morde an venezolanischen Kleinbauern-Führern durch Paramilitärs aus Kolumbien.

Auch hier lässt sich die Verbindung von neoliberaler Globalisierung und Militarisierung sehr deutlich zeigen: Mit der Kriegsintervention in Kolumbien betreiben die USA eine Politik gegen die sozialen Bewegungen in der ganzen Region. Es geht um die militärische Sicherung eines wirtschaftlichen Erschließungsplans.“



Protest und Widerstand in El Salvador auf Erfolgskurs?

Das Beispiel der Bewegung gegen Privatisierung im Gesundheitswesen

In den Jahren 2002 und 2003 gelangen in El Salvador mehrere beeindruckende und wirksame Mobilisierungen. Es kam zu Protest und Widerstand gegen verschiedene Projekte, die mit dem Freihandelsvertrag CAFTA und dem Plan Puebla Panamá im Zusammenhang stehen.

So fand am 12. Oktober 2002 in ganz Mittelamerika ein Protesttag gegen die Freihandelsverträge mit den USA und das Infrastrukturprojekt Plan Puebla Panamá statt. Der Protesttag war beim III. Mesoamerikanischen Forum (vgl. Artikel „Kein Ende der Geschichte“) im Juli 2002 in Managua beschlossen worden. In El Salvador nahmen mit 23.000 Menschen überraschend viele an Blockaden der zentralen Straßen, Brücken und den Landesgrenzen teil.

Strationen, Blockaden und Besetzungen folgten, begleiteten den neunmonatigen Streik der beiden großen Gewerkschaften des Sozialversicherungsinstituts, STISSS (Angestellte) und SIMETRIS (ÄrztInnen). Die Privatisierungsbemühungen der Regierung konnten durch den Widerstand zwar nicht gestoppt, aber aufgehalten werden. Massiven Widerstand gab es auch gegen den Bau einer Stadtautobahn, die durch mehrere Armenviertel von San Salvador führen soll. Die Straße ist Teil des Plan Puebla Panamá. Die Bauarbeiten wurden vorerst eingestellt.

Bei den Mobilisierungen zu diesen Aktionen gelang es laut Aussage verschiedener Organisationen und Bündnisse, die zunächst abstrakten Themen Freihandel, Infrastrukturprojekte,



Gesundheit ist ein Recht und keine Ware – Nein zur Privatisierung!

Wenig später gingen erst 50.000, dann 75.000 Menschen in weißer Kleidung auf die Straße, um gegen geplante Privatisierungen im Gesundheitswesen zu protestieren. Diese so genannten weißen Märsche, denen noch weitere Demon-

strationen und Blockaden folgten, begleiteten den neunmonatigen Streik der beiden großen Gewerkschaften des Sozialversicherungsinstituts, STISSS (Angestellte) und SIMETRIS (ÄrztInnen). Die Privatisierungsbemühungen der Regierung konnten durch den Widerstand zwar nicht gestoppt, aber aufgehalten werden. Massiven Widerstand gab es auch gegen den Bau einer Stadtautobahn, die durch mehrere Armenviertel von San Salvador führen soll. Die Straße ist Teil des Plan Puebla Panamá. Die Bauarbeiten wurden vorerst eingestellt.

viele Menschen auf die Straße wie seit Kriegsende nicht mehr.

Was bewirkt diese Dynamik in El Salvador? Was macht Protest und Widerstand, soziale Kämpfe für einen Teil der Bevölkerung wieder zu einer Handlungsoption? Warum gelingt es besser als in den Nachbarländern, das abstrakte Thema Freihandel mit den zu erwartenden Konsequenzen auf Leben und ihren Alltag der Bevölkerungsmehrheit zu vermitteln und Menschen dagegen zu mobilisieren?

Sicherlich kann es auf diese Fragen keine einfache Antwort geben. Eine Vielzahl von Entwicklungen spielt eine Rolle, von denen hier einige beleuchtet werden.

1992 wurden in El Salvador Friedensverträge abgeschlossen, die den zwölfjährigen Krieg beendeten. Für die Guerilla, für ihre zivilen Organisationen, für Gewerkschaften und für die Bevölkerung änderten sich in den folgenden zehn Jahren Alltag und politisches Leben einschneidend. Die FMLN wurde zur Partei, widmete sich ihrer parlamentarischen Arbeit und entfernte sich dabei zunehmend von ihrer Basis und deren sozialer Realität. Die der FMLN nahe stehenden Organisationen wurden in der Mehrheit zu NGOs, die ihr Verhältnis zur neuen Partei klären mussten und darauf angewiesen waren, sich ein neues Profil gegenüber internationalen GeldgeberInnen zu verschaffen. Viele orientierten sich entweder auf vorwiegend humanitäre Projektarbeit oder auf professionelles ExpertInnen_tum mit dem Versuch, durch dieses ExpertInnenwissen auf nationaler wie internationaler Ebene Einfluss auf politische Entscheidungen ausüben zu können. Viele Gewerkschaften wurden im Zuge der antigewerkschaftlichen Regierungspolitik zerschlagen oder sind bedeutungslos geworden. Und die Bevölkerung war mit der Organisation des eigenen (Über-)Lebens zu Friedenszeiten beschäftigt. Diejenigen, die zur FMLN oder ihrer sozialen Basis gehörten, fühlten sich von der neuen Partei allein gelassen und verraten, beziehungsweise waren frustriert. An Veränderung durch soziale Organisation und Protest glaubten nur noch wenige.

Dies alles erleichterte den ultrarechten ARENA-Regierungen ihren neoliberalen Durchmarsch. Strukturanpassungsmaßnahmen wie Privatisierung von Banken, Häfen, Rentenversicherung, Telekommunikation und Strom, Handelsliberalisierung und die fast vollständige Zerschlagung der Landreform konnten, ganz im Interesse der internationalen Finanzorganisationen, zwar nicht ohne Kritik und Protest, aber

doch ohne einflussreichen Widerstand durchgesetzt werden. Profitiert hat eine kleine Oberschicht und eine im Entstehen begriffene Mittelschicht. Die Bevölkerungsmehrheit nicht – im Gegenteil.

Nun zurück zu der Frage, was sich in den letzten Jahren und Monaten verändert hat. Die ökonomische und soziale Situation der Menschen verschlechtert sich in der gesamten Region. In El Salvador hat sich dies durch Katastrophen wie Erdbeben, Dürren, Epidemien und durch die Kaffeepreiskrise noch weiter verschärft. Die Regierungspropaganda, dass Privatisierungen eine bessere und billigere Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen zum Ziel hätte, wurde von den Entwicklungen widerlegt. Tatsächlich stiegen die Strom- und Telefonpreise immens und mehr und mehr Menschen können diese Dienstleistungen überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen. Viele NGOs und Initiativen haben zudem festgestellt, dass Expertise und der Versuch der Einflussnahme auf Regierungsentscheidungen auf dem „Verhandlungsweg“ nicht zu den gewünschten Ergebnissen führte. So lange jedenfalls nicht, wie diese Lobbyarbeit nicht begleitet ist von sozialem Druck von unten. Ausgehend von diesen Erfahrungen setzen viele Organisationen wieder stärker als in den 90er Jahren auf Bildungs-, Aufklärungs-, Organisations- und Mobilisierungsarbeit an der Basis. Und auch die FMLN bezieht sich wieder stärker auf soziale Kämpfe und geht aus zahlreichen Abspaltungen in den Jahren nach dem Friedensschluss gestärkt hervor.

Der Höhepunkt der sozialen Kämpfe in El Salvador war bisher der neunmonatige Streik im Gesundheitswesen, und hier lassen sich die eben skizzierten Veränderungen in den verschiedenen Sektoren, bei FMLN, sozialen Organisationen, NGOs und in der Bevölkerung erkennen. Ein relevanter Faktor dafür, dass die Streikbewegung, aus der bald eine breite Bewegung gegen Privatisierung geworden war, ins Rollen kam, ist die große, erfahrene und aktive Gewerkschaft STISSS. Wir fassen deswegen hier die Ereignisse und Hintergründe der Anti-Privatisierungsbewegung zusammen und fügen dabei Passagen aus einem Redebeitrag von Ricardo Monge, Generalsekretär von STISSS ein.

Politisierung statt Privatisierung - die Bewegung gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen

Bereits seit mehreren Jahren ist die Regierung darum bemüht, einen Teil der Gesundheitsdienste zu privatisieren – nicht zuletzt, um Kreditauflagen der Weltbank zu erfüllen. Sie tut dies durch die Hintertür, indem Dienstleistungen Stück für Stück ausgelagert und von privaten AnbieterInnen übernommen werden. Zudem werden Reparaturen und Instandsetzungen in den Krankenhäusern systematisch vernachlässigt.

¹Es handelt sich um Auszüge aus einem Referat, das Ricardo Monge Ende Oktober beim Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen gehalten hat.



Ricardo Monge (am Mikro) von der Gewerkschaft der Angestellten des Sozialversicherungsinstituts in El Salvador (STISSS) bei der Pressekonferenz

Die Mängel dienen der Regierung später als Beleg dafür, dass ohne Privatisierungen eine effiziente Gesundheitsversorgung nicht möglich sei.

Weil diese Privatisierungsbemühungen der Regierung nur gegen den Widerstand der Gewerkschaften STISSS und SIMETRISSS durchzusetzen sind, ist die Privatisierungspolitik begleitet von zahlreichen Versuchen, diese zu zerschlagen. Massive Entlassungen waren immer wieder die Antwort auf Proteste oder Warnstreiks. So auch vor dem Beginn des Streiks im Oktober 2002. Als Antwort wurde der Streik schließlich auf zahlreiche Krankenhäuser ausgeweitet. Neun Monate konnte er aufrecht gehalten werden und wurde sowohl von der – faktisch unter dem Streik leidenden – Bevölkerung als auch von zahlreichen NGOs, sozialen Organisationen, anderen Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, linken Intellektuellen, der ärztlichen Standesvertretung und PatientInnen-Verbänden unterstützt. Auch auf der parlamentarischen Ebene wurde um eine Beendigung der

Privatisierung gerungen. Ein Anti-Privatisierungsgesetz, das vom Parlament verabschiedet wurde, scheiterte jedoch am Veto des Präsidenten.

Ricardo Monge, Generalsekretär von STISSS berichtet über die Hintergründe und den Verlauf des Streiks Folgendes:¹

„Es war wohl einer der schwierigsten Momente der Arbeiter im Gesundheitssektor in der letzten Zeit. Denn unser Ziel war es, die Privatisierung des Gesundheitssystems in El Salvador zu verhindern, ein Ziel, das wir schließlich durch Mobilisierungen, Streiks,

Aktionen, Druck von Seiten der Bevölkerung auch erreichen konnten. Am 18. September 2002 waren alle Verhandlungswege mit der Regierung ausgeschöpft, es gab nur noch zwei Wege: entweder die Privatisierung dieser elementaren Dienstleistung, der Gesundheitsversorgung, mit verschränkten Armen zu akzeptieren oder gegen das neoliberale Modell, das die Privatisierung des Gesundheitswesens vorsieht, zu kämpfen. Aber wir wussten, dass dieser Kampf sehr hart werden würde. Die Angestellten haben sich für die zweite Option entschieden und mit dem

Streik begonnen. Es folgten harte neun Monate, mit den größten Mobilisierungen seit den Friedensverträgen. Arbeiter, Studenten, Lehrer, Marktfrauen, Angestellte im öffentlichen Dienst, Leute aus den verschiedenen Sektoren der salvadorianischen Gesellschaft sind auf die Straße gegangen, vereint durch das Bewusstsein, ein Recht auf Gesundheit zu haben und dieses zu verteidigen. Und im klaren Bewusstsein, dass dies einen Kampf gegen das neoliberale Modell und gegen die ARENA-Regierung bedeutet. Die Bevölkerung hatte verstanden, um was es uns in der Auseinandersetzung ging, sie hatte verstanden, dass die Regierung mit ihren Versprechen einer besseren und billigeren Versorgung lügt, sie hatte ja auch schon ihre Erfahrungen mit der Privatisierung der Telekommunikation, der Stromverteilung und der Renten hinter sich. Die Bevölkerung wollte die Privatisierung und damit die Verteuerung der Dienstleistungen nicht hinnehmen. Und wir haben es erreicht, gemeinsam dagegen zu kämpfen.“

Beendet wurde der Streik im Juni 2003 mit dem Versprechen der Regierung, eine Kommission wieder einzusetzen, die eine Gesundheitsreform ohne Privatisierung erarbeitet und die im Zuge des Streiks und der Demonstrationen entlassenen Angestellten von STISSS wieder einzustellen.

„Mit acht weißen Märschen haben wir unseren Widerstand zum Ausdruck gebracht und damit die Regierung gezwungen, ihre blödsinnigen neoliberalen Pläne zur Privatisierung der sozialen Dienstleistungen zurückzunehmen. Im fünften Monat unseres Streiks mussten wir den Selbstmord von zwei Krankenschwestern erleben, die dem Druck nicht mehr standhalten konnten, so lange Zeit keinen Lohn zu bekommen und nicht zu wissen, wie die Familien versorgt werden können. Unsere Gewerkschaft war also sehr mitgenommen, wir alle haben neun Monate lang keinen Cent von unserem Gehalt erhalten, schwierig war das vor allen Dingen für die allein Erziehenden Kolleginnen. Aber die Regierung wich nicht von ihren Plänen ab, sondern erhöhte den Druck auf uns als Gewerkschaften und versuchte, den Streik zu brechen. Immer mehr Kollegen wurden verhaftet, verfolgt, bedroht. Aber trotz all dieser Maßnahmen gelang es der Regierung nicht, die Bewegung in ihrer Dynamik auszubremsen. Wir konnten keinen Schritt zurückgehen, wir mussten alles daran setzen, die Privatisierung zu verhindern, so viele Leute haben sich in diesem Kampf mobilisiert, wir können uns durch die Repression nicht von unserem Kampf abhalten lassen. Wir sind bereit, an der Reform des Gesundheitssektors mitzuarbeiten, aber ohne Privatisierung! Die gelungene Mobilisierung, die Klarheit der Bevölkerung in ihrer Ablehnung von Privatisierungen und schließlich der internationale Druck und die Solidarität haben dazu beigetragen, dass die Regierung klein bei geben musste.“ Ein dreiviertel Jahr nach Streikende musste STISSS ihre Aktionen wieder verstärken: Im Februar 2004 fanden erneut Kundgebungen sowie eine symbolische Klinikbesetzung statt.

Die Themen:

- Forderung nach Wiedereinstellung von Gewerkschaftsmitgliedern, die im Rahmen des Streiks entlassen worden waren
- Kritik an der Gesundheitspolitik der Regierung

- Protest gegen Radio- und Fernsehspots des Sozialversicherungsinstituts, in denen der Kampf gegen Privatisierung als Wahlkampfstrategie der FMLN dargestellt wird.

Die Regierung setzt ihren Druck auf die Gewerkschaft fort, wissend, dass sie ihre Privatisierungspläne nur schwer durchsetzen können, solange eine so starke Gewerkschaft existiert.

Ein erstes Fazit von Ricardo Monge zu den Erfolgen der Bewegung fällt deshalb auch skeptisch aus:

„Nie zuvor haben wir eine so große und bedeutsame Mobilisierung so breiter Bevölkerungskreise erlebt, wo auch die FMLN aktiv an der Seite der sozialen Bewegungen kämpft. Die



Im Focus: Der Gesundheitsstreik

Privatisierung haben wir zunächst verhindert, aber die Bedrohung bleibt. Und die Freihandelsverträge, die mit den USA verhandelt werden, sind ein weiterer Schritt zur Durchsetzung dieser neoliberalen Politik.“

Die beschriebene Entwicklung von Protest und Widerstand in El Salvador kann also nicht zu Euphorie verleiten. Zu stark ist dafür die ökonomische und politische Macht der Rechten im Land, zu groß die Abhängigkeit von externen Märkten und zu stark die Auflagen von internationalen Finanzorganisationen sowie die Abkommen auf der Ebene der WTO oder von CAFTA. Und zu dramatisch ist die soziale Situation der Bevölkerungsmehrheit. Für die Überlebensfähigkeit der Proteste wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob sie über Abwehrkämpfe hinausreichen. Ob also die Menschen einen Kampf um umfassende soziale und gesellschaftliche Rechte führen, der über die Frage der Privatisierung des Gesundheitswesens oder den Bau der Stadtautobahn hinausreicht.

Zeitungsanzeige von SIMETRIS

Anzeige der Gewerkschaft der ÄrztInnen des Salvadorianischen Institutes für Sozialversicherung (SIMETRIS) in der salvadorianischen Tageszeitung „CoLatino“ vom 17.02.2004

Freihandelsvertrag: Das vor der salvadorianischen Bevölkerung am besten gehütete Geheimnis. Seine Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung.

Das Hauptziel der Freihandelsverträge (Tratados de Libre Comercio, TLC) ist die Errichtung einer Freihandelszone zwischen den Vereinigten Staaten und Mittelamerika (...). Betrachten wir jetzt konkret, wie der TLC die öffentliche Gesundheitsversorgung, die Arbeitsplätze in diesem Sektor und die Gesundheit der Bevölkerung beeinflusst:

1. Was den Handel mit Dienstleistungen betrifft, hat die WTO 160 Dienstleistungen identifiziert, die international gehandelt werden, darunter die öffentlichen Dienstleistungen Gesundheitsversorgung, Erziehung und Ausbildung, Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Telekommunikation. In diesen Dienstleistungssektoren haben transnationale Konzerne bereits die Privatisierungen durch die salvadorianischen Regierungen genutzt, um öffentliche Unternehmen zu kaufen und öffentliche Dienste zu privatisieren und sie somit der Marktlogik zu unterwerfen, für die einzig der Gewinn zählt (...). Der TLC verlängert diesen Trend in Bereiche hinein, die noch nicht in Händen der Privatwirtschaft sind wie z.B. das Bildungswesen, die Wasserversorgung, die Gesundheitsversorgung und die öffentliche Hygiene. Die Regierungen, die wir seit 15 Jahren erleiden und die den Vorgaben des Unternehmerverbandes folgen, haben die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen bewusst in Kauf genommen, um deren Zustand dann zum Argument für die Privatisierung zu wenden. In einigen Fällen haben sich diese Dienstleistungen verbessert und in allen Fällen sind sie teurer geworden. So wurden aus öffentlichen Dienstleistungen, das heißt solchen, die allen zur Verfügung stehen, Dienstleistungen für eine kleine Elite, was elementar gegen die soziale Gerechtigkeit verstößt.

2. Zur Zeit, nachdem der TLC ausgehandelt, aber noch nicht ratifiziert ist, erleben wir die Propagandaanstrengungen der Regierung und der Unternehmer, die Vorteile zu loben, die der TLC uns allen bringen wird, insbesondere was

ausländische Investitionen und die damit verbundenen neuen Arbeitsplätze betrifft. Zu erwarten ist allerdings, dass es neue Arbeitsplätze vor allem in der Maquila-Industrie geben wird und gleichzeitig Pleiten nationaler Unternehmen, verbunden mit zusätzlicher Arbeitslosigkeit (...). Außerdem ist es offensichtlich, dass der einzige Standortfaktor, der ausländische Investitionen anziehen kann, die kläglichen Arbeitsbedingungen in unserem Land sind, d.h. die niedrigen Löhne, die Missachtung der Arbeitsgesetze und die Straflosigkeit für die Unternehmer.

3. Das internationale Patentrecht beschränkt den Wettbewerb und verhindert die Produktion von billigeren Generika. (...) Das wiederum hat im Falle von Medikamenten dramatische Auswirkungen auf die Gesundheit der armen Bevölkerung. Die Ratifizierung des TLC mit den Vereinigten Staaten wird eine perverse Situation erlauben: die US-Pharmakonzerne werden die Preise ihrer patentierten Medikamente weit über ihre Produktionskosten hinaus erhöhen. Ein weiterer die Gesundheit betreffender Aspekt des Freihandels ist der Handel mit genmanipulierten Pflanzen und Lebensmitteln. (...) Der Handel mit genmanipulierten Produkten ist in Händen von transnationalen Agro- und Pharmakonzernen. (...) Wir müssen uns klar darüber sein, dass die Multis diese Technik nur anwenden, um ihre Gewinne zu steigern und die Produktion von gefährlichen Lebensmitteln zu verbilligen. Wenn wir die hier skizzierten wahrscheinlichen Folgen des TLC zusammenfassen, gibt es nur eine Option: Widerstand leisten für die Verteidigung unserer Gesundheit, unseres Lebens, unserer Arbeitsplätze, unserer Nahrungsmittel und unserer öffentlichen Dienstleistungen. Die Folgen des TLC sind weitreichend und berühren über das Handelsgeschehen hinaus andere Wirtschaftsbereiche, die Arbeits-, sozialen, politischen, kulturellen und Umwelt-Bereiche. Es ist unschwer zu sehen, dass die ARENA-Regierung Desinformation und Propaganda benutzt, ein positives Image aufbaut, damit wir die bittere Pille schlucken und der TLC mit seinen verheerenden Folgen für die Bevölkerungsmehrheit ratifiziert wird.

„Das Wasser ist ein Erbe, das geschützt werden muss“

Wasserwirtschaft und Widerstand in Nicaragua

Am Morgen des 19. August 2003 treffen wir am Lago Apanás, einem großen Stausee in der Nähe von Jinotega im Norden Nicaraguas, Vertreter der indigenen Gemeinde. Es ist kühl und windig, die Stimmung ist voll gespannter Erwartung. Die Repräsentanten der indigenen Gemeinde erhoffen sich von uns Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Privatisierung des Wasserkraftwerks und des Wassers des Lago Apanas. Schon seit über einem Jahr versuchen sie auf verschiedenen Ebenen, die Privatisierung aufzuhalten.¹

Die Gemeinde besitzt einen Landtitel, den der spanische König 1812 zu Gunsten der Indígenas ausgestellt hatte. Doch selbst dieses auf dem Unrecht der Conquista beruhende



indigene Gemeinde am Apanás

„Recht“ wurde bisher immer mit Füßen getreten; so ließ z.B. Somoza² Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Indígenas vertreiben, um den See anzulegen. Die Menschen wurden ohne Entschädigung in Dörfer umgesiedelt, die zum Teil bis heute weder Wasser noch Stromanschluss haben.

Heute sind die meisten BewohnerInnen als FischerInnen, KleinproduzentInnen oder LandarbeiterInnen vom Zugang und der Nutzung des Sees abhängig. Sie mobilisieren öffentlich für ihren Rechtsstreit, um das Nutzungsrecht für die AnwohnerInnen und ProduzentInnen zu sichern. Wenn der Weg über die Justiz aber

scheitern sollte, wollen sie zu ernststen Maßnahmen greifen, sagt uns ein Vertreter der Indígenas. „Wir werden nicht zulassen, dass der See in die Hände der ausländischen Unternehmen fällt.“ Durch eine Mobilisierung von 200 Familien haben sie bereits verhindert, dass der See vermessen und ein Zaun errichtet wurde.

Die Kraft des Wassers

Das Wasser des Sees speist zwei Elektrizitätswerke des Stromversorgers Hidrogesa. Diese kurz zuvor mit Entwicklungshilfegeldern sanierten Kraftwerke wurden 2002 zu einem Spottpreis (41 Mio. US\$ bei derzeit über 6 Mio. US\$ jährlichen Einnahmen) in einem undurchsichtigen Verfahren an den US-Konzern Coastal Power verkauft. Die verkaufte Hidrogesa verfügt aufgrund eines Ministerdekrets von 2001 über das exklusive Nutzungsrecht aller Gewässer und Zuflüsse des Apanás-See. Das heißt, das nicht nur die Kraftwerke, sondern eben auch das Wasser privatisiert werden sollten³.

Die nicaraguanische Verfassung von 1987 schließt eine Veräußerung des Wassers aber ausdrücklich aus. Aus diesem Grund konnte die Privatisierung durch eine Klage der Verbraucherschutzorganisation Red de Consumidores rückgängig gemacht werden.

Nach dieser Entscheidung des Obersten Gerichtshofs wurde von der Regierung eine Gesetzesinitiative für ein neues Wassergesetz eingeleitet. Mit diesem Gesetz (Ley del Agua) soll die rechtliche Grundlage für die Privatisierung von Wasserrechten geschaffen werden.

Nach unserem Zusammentreffen mit den Vertretern der indigenen Gemeinde haben wir die Möglichkeit, uns mit Vertretern der Arbeiter in einem der Kraftwerke, der Planta Centro-america, zu treffen. In der gigantischen

¹ Movida 4/02 und 2/03 des Informationsbüro Nicaraguas

² Ehemaliger Diktator Nicaraguas

³ Movida 4/02 und 2/03 des Informationsbüro Nicaraguas

Turbinenhalle, zwischen Maschinen und Apparaturen und 30 Meter unter der Erde treffen wir uns mit Gewerkschaftern der Planta. In der Gewerkschaft Sindicato Tránsito Altamirano sind 34 der insgesamt 42 Angestellten der Planta organisiert. Auf unsere Frage, warum sie sich gegen Privatisierungen wehren, erwidern sie: „Weil Privatisierung zu höherer Arbeitslosigkeit und zu Armut führt. Die Regierung behauptet zwar, dass Privatisierung Arbeitsplätze schaffen würde: Das stimmt aber nur, wenn es sich um wirkliche Investitionen handelt; hingegen nicht, wenn bestehende (staatliche) Unternehmen aufgekauft werden.“ Dementsprechend sind sie auch nicht gegen Investitionen aus dem Ausland oder gegen eine privatwirtschaftliche Energieversorgung: „Wenn eine neue Planta mit ausländischem Kapital entstünde, hätten wir nichts dagegen.“ Im Bezug auf ein neues Wassergesetz fordern die Gewerkschafter aber, dass das Wasser in den Händen des Staates bleibt.

Widerstand zwecklos?

Die Privatisierung der Hidrogesa ist Teil der Bedingungen des IWF für einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC 2 Initiative, in der besonders hoch verschuldeten Ländern ein Teil ihrer Schulden unter bestimmten Bedingungen erlassen werden kann. Die Maßnahmen sollen unter Beteiligung der „Zivilgesellschaft“ umgesetzt werden. Dabei geht es aber weniger um eine tatsächliche Partizipation, sondern eher um eine Einbindung von Teilen der Zivilgesellschaft, um Protestpotenziale schon im Vorfeld zu entschärfen und eine breitere Akzeptanz bei der Bevölkerung zu schaffen. So gab es für den Entwurf des neuen Wassergesetzes, mit dem die Privatisierungen ermöglicht werden sollten, fünf sogenannte Consultas, in denen das Gesetz vorgestellt und diskutiert werden sollte. Bereits das ausschließende und kurzfristige System der Einladungen sorgte für eine Selektion der TeilnehmerInnen.

Zu der vierten Consulta in Matagalpa war dann auch die nicaraguanische Umwelt-NGO aus Jinotega La Cuculmeca eingeladen, die sich schon zuvor gegen eine Privatisierung des Wassers eingesetzt hatte. Nicht eingeladen hingegen waren Bürgermeistereien aus dem Umland, Unternehmer- und Kooperativenorganisationen und vor allem die VertreterInnen der Indígenas und Fischer vom Lago Apanàs. La Cuculmeca konnte kurzfristig eine „Gegen-

consulta“ zum Wassergesetz durchführen. So fanden sich dann etwa fünfzig VertreterInnen verschiedener Organisationen und Journalisten im Versammlungsaal von La Cuculmeca ein. Zwei Tage vor der offiziellen (aber nicht-öffentlichen) Consulta der Regierung wurden die verschiedenen Aspekte des Gesetzentwurfs sehr ambitioniert diskutiert. Neben der Empörung verschiedener Bürgermeistereien, die zuvor von der Einführung dieses Gesetzes noch gar nichts gehört hatten, stand vor allem die Angst vor einer Einschränkung des Wasserzugangs aller ProduzentInnen und KonsumentInnen im Vordergrund. Eine Privatisierung der öffentlichen Versorgung wurde von den TeilnehmerInnen jedoch nicht grundsätzlich abgelehnt.

Einige ProduzentInnen sprachen sich ausdrücklich für ein Wassergesetz aus, da auch in dieser Region bei vielen Auseinandersetzungen um Wasser eine eindeutige gesetzliche Regelung fehlt. Aus der kritischen Diskussion ergaben sich aber die Forderungen nach einer gesetzlichen Garantie für die Versorgung aller KonsumentInnen mit sauberem Trinkwasser, nach einer echten Beteiligung bei der Aufstellung eines Wassergesetzes und nach einer Vertagung der Entscheidung.

Bei der offiziellen Regierungsanhörung in Matagalpa kam es dann auch zum ersten Mal zu koordiniert formuliertem Widerspruch gegen das geplante Gesetz. Die TeilnehmerInnen der „Gegenconsulta“ setzten parallel dazu ihre Einflussmöglichkeiten in Managua ein, um ihren Protest in die Nationalversammlung einzubringen. Bei der letzten regionalen Consulta in Managua formulierten vor allem die dort ansässigen landesweit agierenden NGOs massive Einwände. Aber auch einige Abgeordnete und einflussreiche Personen sahen ihre Interessen in dem Gesetzentwurf nicht ausreichend vertreten. So fürchteten sie möglicherweise, bei großflächigen Wasserprivatisierungen wie am Lago Apanàs, um den kostenlosen Zugang zu Wasser für ihre Fincas. Die VertreterInnen der Nationalversammlung beschlossen daraufhin eine Verschiebung der Gesetzesinitiative.

Auch wenn diese Entscheidung durch den Widerstand gesellschaftlicher Gruppen mit teils widersprüchlichen Interessen erreicht wurde, so konnte doch die Privatisierung der Lebensgrundlage Wasser erst einmal aufgehoben werden. Die dauerhafte Verhinderung der Privatisierung hingegen wird sicher nur durch breite Bündnisse gesellschaftlicher Kräfte möglich sein.



Unser Wasser wird nicht verkauft. Nein zum ALCA!

Der geplante Flughafen in Texcoco wurde nicht gebaut

Der Widerstand der Bäuerinnen und Bauern von San Salvador Atenco war erfolgreich.

Als wir im vergangenen Sommer mexikanische Organisationen wie CIEPAC in San Cristóbal de las Casas zum Widerstand der Bevölkerung gegen die Mega-projekte des Plan Puebla Panamá (PPP) befragten, fiel sofort der Name Atenco. Die Ereignisse in San Salvador Atenco haben zwar nicht direkt mit dem PPP zu tun, sind aber nach Überzeugung der mexikanischen Gruppen von entscheidender Bedeutung auch für die Realisierung der Projekte des PPP in Mexiko.

Am 22. Oktober 2001 gab die mexikanische Regierung unter Präsident Fox bekannt, dass der internationale Flughafen von Mexiko-Stadt aus Kapazitätsgründen durch einen Neubau ersetzt werden solle. Der Plan sah eine Investition von mindestens 2 Mrd. US-Dollar vor, die zu 75 % aus privaten Quellen kommen sollten, vor allem aus Mexiko, aber es gab auch internationale InteressentInnen, wie British Airport und Frankfurt Airport. Als Standort des neuen Flughafens hatte man sich für Texcoco im Bundesstaat México entschieden, eine Gegend im Nordosten von Mexiko-Stadt, nur 18 km vom Stadtzentrum entfernt. Der Bau sollte Ende 2002 beginnen und für den ersten Bauabschnitt rechnete man mit einer Bauzeit von vier Jahren. Gleichzeitig gab die Regierung die Enteignung von mehr als 5000 ha Boden bekannt, die für das Projekt benötigt würden. Mehr als 90 % der geplanten Enteignungen sollten „ejidos“ betreffen – kollektiv bearbeitetes Land, das vorwiegend in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, während der Regierungszeit von Lázaro Cárdenas, an Kleinbauern und -bäuerinnen verteilt worden war.

Die Antwort der Betroffenen kam schnell, war unmissverständlich und radikal. Kaum war

die Entscheidung der Regierung bekannt, bewaffneten sich in der Gemeinde San Salvador Atenco Hunderte mit Macheten, Knüppeln und Molotow-Cocktails, sperrten 18 Stunden lang die Hauptstaatsstraße der Gegend.

Die 500 aufgebotenen PolizistInnen hielten vorsichtig Abstand. Die von der Regierung geplante Enteignung hätte San Salvador Atenco am schlimmsten getroffen. In diesem Dorf von etwa 1100 EinwohnerInnen, die zum Großteil Kleinbauern und -bäuerinnen sind, sollten 70% des ejido-Landes dem neuen Flughafen geopfert werden.

Kurz darauf werden weitere Details bekannt. Zum Beispiel, dass der Marktpreis des enteigneten Bodens von unabhängigen GutachterInnen auf einen Quadratmeterpreis von 5 bis 10 US-Dollar geschätzt wird. Den betroffenen 4300 Bäuerinnen und Bauern wird aber nur eine Entschädigung von ungefähr 0,75 US-Dollar pro Quadratmeter angeboten. Für die Menschen von San Salvador Atenco ist dies kein Thema, sie werden ihr Land nicht freiwillig hergeben. Ihre Losung ist: ¡Fox, entiende, Atenco no se vende! (Fox, kapiere, Atenco ist nicht zu kaufen!).

Neun Monate dauert der Widerstand. Neun Monate mit Wachdiensten rund um die Uhr, um sich auf Polizeieinsätze einstellen zu können und vor allem um den möglichen Baubeginn zu verhindern. Unzählige Demonstrationen finden statt, vor dem Amtssitz von Präsident Fox, Los Pinos, und auch ein zehnstündiger Marsch zum Zócalo von Mexiko-Stadt. Als der Gouverneur des Bundesstaates sich dazu versteigt, den Protest als den einer unbedeutenden Minderheit abzuqualifizieren, handelt er sich den „Besuch“ dieser Minderheit ein. 2500 Menschen marschieren zu seinem Gouverneurspalast in Toluca und manifestieren lautstark ihren Unmut und dass sie ihren Landbesitz zu schützen wüssten.

Parallel zu den Demonstrationen wurde aber auch der Weg über die Justiz genutzt und Verfassungsbeschwerden eingelegt. Die



Straßenblockade

KlägerInnen, die von einem renommierten Rechtsanwalt kostenlos vertreten wurden, bezweifelten das in der Verfassung bei Enteignungen geforderte „öffentliche Interesse“. Ein sehr einleuchtender Zweifel, denn die Regierung hatte ja selbst stolz den privatwirtschaftlichen Charakter des Projektes betont. Die Beschwerde wurde vom Gericht zugelassen und ein Aufschub des Baubeginns bis zur Urteilsverkündung anordnet.

Eskalation des Konfliktes und Einlenken der Regierung

Nachdem der Konflikt sieben Monate vor sich hin geschwelt hatte, begann er plötzlich, gefährlich zu eskalieren. Im Juni 2002 entdecken die BewohnerInnen von Atenco, dass trotz des Gerichtsbeschlusses, der Arbeiten am Flughafen untersagt hatte, nachts heimlich Vermessungsarbeiten durchgeführt werden. Die erwischten ArbeiterInnen werden von der wütenden Bevölkerung festgenommen. Genau so ergeht es ein paar Tage später einer Arbeitsgruppe, die versucht Bodenproben für Baugrunduntersuchungen zu entnehmen.

Am 11. Juli kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, über 30 verletzte Bäuerinnen und Bauern werden ins Krankenhaus eingeliefert. Einer von ihnen stirbt dort nach zwei Wochen. Ob der Tod tatsächlich die Folge der erlittenen Misshandlungen oder auf die Diabeteserkrankung des Patienten zurückzuführen ist, bleibt umstritten. Die Gewalttätigkeiten gingen eindeutig von der Polizei aus, die anscheinend ihre zahlenmäßige Überlegenheit ausnutzen wollte, die AnführerInnen des Widerstandes ins Gefängnis zu bringen. Die Gegenseite revanchierte sich und nahm PolizistInnen als Geiseln. Ein paar Tage später erklärt sich die Regierung plötzlich, nach fast neun Monaten, zu Verhandlungen bereit. Ein wirklicher Dialog kommt aber nicht zustande, da die Regierung nur über die Höhe der Entschädigungen reden will.

Am 1. August lenkt die Regierung plötzlich ein. In einer Presseerklärung gibt sie bekannt, dass der Standort Texcoco fallen gelassen wird und die Enteignungsverfügungen rückgängig gemacht werden. Als Grund wird ausdrücklich die ablehnende Haltung der Bevölkerung genannt. Außerdem macht die Regierung die ziemlich überraschende Mitteilung, dass nach neun Monaten plötzlich eine „überzeugende Alternative für einen vergrößerten Flughafen im

Zentrum des Landes entdeckt“ worden sei. Wo genau sie die „überzeugende Alternative“ entdeckt hat, lässt sie offen. Ein paar Tage später erscheint im offiziellen Anzeiger der Bundesregierung (Diario Oficial de la Federación) eine Verfügung, die sämtliche Enteignungen vom Oktober 2001 widerruft. Die Bäuerinnen und Bauern von Texcoco mit ihrer Organisation „Frente Unido de Comunidades contra el Aeropuerto“ haben gesiegt.

Was waren die Gründe für den Erfolg des Widerstandes in Atenco?

Sicher spielte die Solidarisierung eine wichtige Rolle. Viele nationale Organisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, StudentInnen, KünstlerInnen und vor allem Organisationen der Indígenas unterstützten die Aktivitäten der Bäuerinnen und Bauern von Atenco. Eine Gruppe von BürgerInnen der USA, die an einer 1.-Mai-Demonstration zu Gunsten des Widerstandes in Atenco teilgenommen hatten, wurde des Landes verwiesen.

Wichtig war auch, dass die Strategie der Regierung, die Protestierenden als linksradikale Minderheit und QuerulantInnen zu diffamieren, nicht aufging. Dies zeigen ganz deutlich die Ergebnisse einer Radioumfrage vom Juli 2002. Selbst in den Tagen nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen vom 11. Juli, als sich die Presse in Diffamierungskampagnen gegenüber dem Widerstand von Texcoco überschlug, waren immer noch 85% der Befragten der Meinung, dass die Bäuerinnen und Bauern ihre legitimen Interessen verträten, und 74% waren dafür, dass die Regierung angesichts des Widerstandes der Bevölkerung nach einem anderen Standort suchen sollte.

Eine sehr wichtige Rolle für den Widerstand haben anscheinend Vorbilder aus der mexikanischen Geschichte gespielt. „¡Zapata vive, la lucha sigue!“ (Zapata lebt, der Kampf geht weiter!) war von Beginn an eine der beliebtesten Losungen bei allen Kundgebungen. Bei einigen Protestdemonstrationen wurde eine Statue von Emilio Zapata mitgeführt und in Atenco wurde ein Wandbild mit dem Titel „Zapata vive“ installiert. Der Jahrestag der mexikanischen Revolution sah eine der machtvollsten Demonstrationen der Bäuerinnen und Bauern von Texcoco.

Der Name Zapata stand aber auch für die neue Bewegung der ZapatistInnen von der FZLN (Frente Zapatista de Liberación Nacional). Sie

waren mit ihrem langjährigen unerbittlichen Kampf für die Rechte der indigenen Völker ein großes Vorbild. Die Verbindung zu dem Kampf in Chiapas zeigte sich am deutlichsten nach dem Sieg in Atenco. Im September 2002 zogen die BewohnerInnen die Konsequenz aus dem Zerwürfnis mit ihrem Bürgermeister. Sie jagten ihn davon und erklärten sich nach dem Vorbild der indigenen Gemeinden Chiapas zur „autonomen Gemeinde“.

Der entscheidende Faktor für die Unerbittlichkeit des Widerstandes war aber wohl die existentielle Bedrohung für die Menschen von Atenco: 70% des Bodens und fast 500 Häuser sollten dem Flughafen weichen. Das wäre nicht nur für viele das Ende des Lebens als Bäuerin oder Bauer gewesen, sondern das Ende von San

Salvador Atenco überhaupt. In anderen Gemeinden, wo es „nur“ um 5 oder 10% des Bodens ging, gelang es der Regierung durch Aufstockung der Entschädigungssumme, den Widerstand zu brechen, in San Salvador Atenco erhielt sie auf solche Angebote nur die Antwort, man sei nicht käuflich. „¡Fox, entiende, Atenco no se vende!“

Der Erfolg ist in diesem Falle eindeutig der Konsequenz und der Radikalität zu verdanken, mit der die Betroffenen den Widerstand durchgehalten haben.

Quellen

Gespräch mit Miguel Pickard, CIEPAC, San Cristóbal de las Casas, La Jornada, poonal

Literatur zum Thema Freihandel und Privatisierung

zu beziehen über:

Ökumenisches Büro für Frieden und
Gerechtigkeit e.V.
Pariser Straße 13, 81667 München

außerdem:

Die Webseite des
Informationsbüros Nicaragua e.V.
<http://nica.wtal.de>



Kein Ende der Geschichte

Anmerkungen zum sozialen Widerstand in Zentralamerika und anderswo

Die Freihandelspolitik ist kein politischer Bruch, sondern die Fortsetzung einer (Wirtschafts-) Politik, die zuvor über Strukturanpassungsmaßnahmen und nicht selten militärisch durchgesetzt wurde. Eine Besonderheit der Freihandelsabkommen ist aber, dass mit ihnen ein sozialer, wirtschaftlicher und politischer Status Quo auf supranationaler Ebene in Gesetzesform gegossen wird. Die Verträge schränken den Handlungsspielraum zukünftiger Regierungen, die eine andere Politik verfolgen wollen, erheblich ein. Denn die Verträge stehen über der nationalen Gesetzgebung und sind schwer wieder rückgängig zu machen, sobald die Abkommen einmal ratifiziert wurden.

Es geht also darum, ein „Ende der Geschichte“¹ einzuläuten und den Kapitalismus neoliberaler Ausprägung zu zementieren. Aber die Geschichte ist kein Naturgesetz. Sie wird von Menschen gemacht, und deshalb wird sie kaum jemals durch eine Unterschrift unter einen Vertrag besiegelt werden können. Die Zapatistas in Chiapas/Mexiko haben dies mit ihrem Aufstand wundervoll deutlich gemacht. Der Beginn des Aufstandes fiel nicht zufällig zeitlich mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA zusammen. Subcomandante Marcos drückte es so aus: „Jemand sagte: Gegen den Neoliberalismus zu sein, ist, wie gegen das Gesetz der Schwerkraft zu sein. Nun denn! Nieder mit dem Gesetz der Schwerkraft.“ Das zapatistische Vorbild war zweifellos eine starke Initialzündung, hinein in das Spektrum, das allgemein als „globalisierungskritische Bewegung“ gilt und den Slogan der Zapatistas „Eine andere Welt ist möglich!“ in vielfältigen Abwandlungen übernommen hat.

Die „negative“ Bewegung

Bestimmte Strategien und Tendenzen – beispielsweise Freihandelsabkommen, Privatisierungen, die Rücknahme sozialer Sicherungssysteme und damit einhergehend zunehmende Verarmung und die Prekarisierung der Lebensbedingungen - werden inzwischen fast überall auf der Welt durchgesetzt. Ausgehend von unterschied-

lichen Bedingungen, ist die Überausbeutung und tendenzielle Absenkung von Reallöhnen etwas, was als globales Phänomen spürbar wird.

Die Ähnlichkeit dieser Entwicklung hat sicher ihren Teil dazu beigetragen, dass sich die sozialen Reaktionen und Widerstände mehr aufeinander beziehen, dass es einen intensiveren Austausch gibt und die sozialen Kampagnen zunehmend international koordiniert werden. Neben dem Weltsozialforum haben sich in Lateinamerika eine Reihe von Vernetzungsstrukturen – z.B. die Alianza Social Continental oder das Foro Mesoamericano – entwickelt. Diese Vernetzungsstrukturen richten sich explizit gegen das Gesamtamerikanische Freihandelsabkommen ALCA und den Plan Puebla Panamá und finden ihre Gemeinsamkeit in eben diesen Herrschaftsprojekten, bzw. dem Widerstand dagegen. PPP, ALCA, CAFTA, Privatisierungen und WTO liefern die gemeinsame Klammer, den negativen Bezugspunkt, damit unterschiedlichste Gruppen und Organisationen in ihrer Ablehnung und Kritik dieser Projekte zusammenfinden konnten.

Die internationalen Vernetzungstreffen bieten ein Forum, neben den Strategien im Kampf gegen neoliberale Freihandels- und Infrastrukturpläne auch Alternativen zu diskutieren. Es gibt Unterforen, in denen Frauen, campesinos/as, GewerkschafterInnen aus verschiedenen Ländern über ihre gemeinsame oder sich zunehmend angleichende Problematik diskutieren und es gelegentlich wagen, Vorschläge für Arbeits- und Lebensformen jenseits kapitalistischer Verwertung zu erarbeiten.

All diese Bewegungen, Organisationen und Gruppen, ob in Lateinamerika oder anderswo, sind nicht einheitlich. In der globalisierungskritischen Bewegung gibt es sogar einen breiten Konsens darüber, dass gerade die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Gruppen und Menschen, die sich der Bewegung zugehörig fühlen, wichtig und bereichernd sind. Die Diffusität dieser Bewegung ist ein attraktiver Pluspunkt, da sie in ihrer Unbestimmtheit für Identifikationen offen bleibt. Gleichzeitig liegt darin auch eine Gefahr.

¹ Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama verfasste Ende der 80er Jahre einen vielbeachteten Artikel mit dem Titel: „The End of History?“, in dem er die These vertritt, dass sich weltweit ein Ideologie- und Demokratiemodell nach US-amerikanischem Vorbild durchsetzen wird.

Denn das kollektive Gegen-Etwas-Sein bedeutet ganz offensichtlich nicht, dass es keine heftigen Interessensgegensätze und Kämpfe zwischen einzelnen Gruppen und Strömungen gäbe. Es gibt Tendenzen zur Besitzstandswahrung, zum Führungsanspruch, zum Instrumentalisieren der Bewegung für (partei-)politische Zwecke usw. Auch nationalistische Haltungen und ein gewisser Standort-Chauvinismus sind leider nicht selten. Die globalisierungskritische Bewegung mit all ihren Facetten als „das heilige Gute“ zu



Transparent für eine Anti-Cafta-Demo: „Wir Frauen wollen menschenwürdige Arbeitsplätze“

sehen, hieße, sich einer Illusion hinzugeben.

Auch innerhalb der eigenen Organisationsstruktur sind die einzelnen Gruppen, die die „soziale Bewegung“ bilden, keinesfalls ein herrschaftsfreier Raum. Machtstrategien setzen sich hier ebenso durch wie in der offiziellen Parteipolitik, ganz abgesehen von sexistischen, bildungsbedingten und rassistischen Ausgrenzungen. Wenngleich sich die meisten sicher ganz aufrichtig um basisdemokratische Strukturen bemühen, sind es – mit Ausnahme der Organisationen der Frauenbewegung – häufig eher die Männer mit höherer Bildung, welche die Politik der Gruppen bestimmen und repräsentieren. Dies gilt für die Bewegungen des Trikonts genauso wie für die der Metropolen.

Strategien des Widerstands: Lobbypolitik am Runden Tisch oder Widerstand auf der Strasse?!

In Zentralamerika stößt man in der globalisierungskritischen Bewegung auf einen sich durchziehenden Streitpunkt. Ein Teil der Organisationen vertritt den Standpunkt, dass die Aufgabe

von NGOs und Sozialer Bewegung der so genannte Rechazo Total sei, d.h. die totale Ablehnung der Herrschaftsprojekte und die Organisation von Widerstand. Andere sind der Auffassung, dass es vor allem darum geht, Einfluss in Bereichen der offiziellen Politik zu erlangen und mit einer gut durchdachten Lobbystrategie am Runden Tisch zumindest das Schlimmste abzuwenden.

Im Foro Mesoamericano, das als Vernetzungsstruktur gegen den Plan Puebla Panamá entstand, hat sich nach heftigen Auseinandersetzungen inzwischen die Fraktion des Rechazo Total durchgesetzt. Dennoch sind viele NGOs nach wie vor bereit, am Runden Tisch Lobbypolitik bei den Regierungen zu machen. Nicht unbedingt weil sie sich einen Vorteil davon versprechen, sondern weil es ihnen ganz existentiell an den Kragen geht. Einige sehen auch schlichtweg keine andere Chance, Einfluss zu nehmen und die Ratifizierung

von Abkommen oder die Durchführung von Megaprojekten mit ihren fatalen Auswirkungen zu verhindern. Die Umwelt-NGO Centro Humboldt aus Nicaragua beispielsweise plädiert für eine „informierte Ablehnung“: Um an Informationen zu gelangen, müsse man sich in die Strukturen hineinbegeben und wissen, über was diskutiert wird. Dieses „Expertentum“ ist für eine NGO, die auf ihre Reputation und ihr Renommee genauso stolz wie angewiesen ist, in gewisser Weise auch verführerisch. NGOs aus El Salvador, die sich der Rechazo Total-Fraktion zugehörig fühlen, zweifeln jedoch daran, dass die „Runde Tisch-Fraktion“ tatsächlich einen besseren Zugang zu Informationen haben als andere.

Selbstverständlich spielt bei dieser Frage eine große Rolle, welche Nähe NGOs zu den gerade amtierenden Regierungen haben. Die Unternehmerverbände z.B. sind praktisch bei allen Verhandlungen anwesend. Einen Einfluss haben sie dann, wenn ihre Interessen und Forderungen mit dem Grundkonzept der Verhandlungen übereinstimmen. Dies gilt in der Regel eher für Banken und Versicherungen als

für Kleinbauernverbände.

Andere NGOs, die sich mit sozialen und Umweltthemen befassen, sitzen eher am Runden Tisch, wenn sie einen guten Draht zur Regierungsdelegation haben. In Nicaragua haben recht viele Organisationen zunächst auf eine gute Kooperation mit der Delegation der CAFTA-Verhandlungen gesetzt. In El Salvador mit seiner erzkonservativen Regierung hingegen war auch die „Runde Tisch-Fraktion“ unter den NGOs sehr marginalisiert. Zudem lässt sich aber in El Salvador in den letzten Jahren auch ein Rückgang der Integrationsbereitschaft vieler NGOs ausmachen: Die Hoffnung, wirklich etwas gegen die neoliberalen Programme durchsetzen zu können, hat sich dort bereits weitgehend erschöpft.

Von der Rechazo Total-Fraktion wird den anderen NGOs vorgeworfen, durch ihre Teilnahme an Runden Tischen die Freihandelsverhandlungen grundsätzlich zu legitimieren. Der Geist der Freihandelsabkommen, so ihre Argumentation, ist auf brutalste Weise neoliberal und an sich antidemokratisch. Es sei albern, dies durch Umwelt- oder Sozialstandards kaschieren zu wollen, findet beispielsweise die salvadorianische Umwelt-NGO UNES (Federación Unidad Ecológica Salvadoreña). Abgesehen davon stünden die wirklich entscheidenden Fragen (Investitionsschutz, Geistige Eigentumsrechte, ArbeiterInnenrechte u.s.w.) überhaupt nicht zur Debatte; verhandelt würde im Grunde nur darüber, welches Produkt in welchen Warenkorb kommen soll, während alle anderen entscheidenden Fragen von vornherein abgekartet sind. Viele Organisationen der „Rechazo Total-Fraktion“ bezeichnen die Runden Tische auch als Gespräche im „Nebenzimmer“ (Cuarto al Lado), einige reden sogar von der „Dunkelkammer“ (Cuarto Oscuro). Hintergrund ist, dass die „Zivilgesellschaft“ an den eigentlichen Verhandlungen gar nicht teilnehmen darf, sondern allenfalls zwischendurch informiert und konsultiert wird. Die politischen Spielräume seien stark eingeengt, sofern überhaupt vorhanden.

Ein weiterer Vorwurf der Rechazo-Fraktion: Wer sich an einen Runden Tisch setzt, akzeptiere damit bereits die Spielregeln der Macht und lasse sich auf eine bestimmte Form der Kommunikation und des Aushandelns von Entscheidungen ein, die stets von Machtverhältnissen geprägt, untransparent und undemokratisch sind.

Tatsächlich zeigt uns die Erfahrung, dass letzten Endes alle kritischen zivilgesellschaft-

lichen Sektoren so weit aus den wirklichen Entscheidungsräumen ausgegrenzt werden, dass man in Frage stellen muss, ob es die Mühe wert ist, seine Zeit in Nebenräumen zu verbringen.

Wirksamer scheinen uns die Widerstandsstrategien, die – ebenfalls aus der existentiellen Bedrohung heraus – ein klares „Nein!“ formulieren und es parallel dazu schaffen, auch andere gesellschaftliche Gruppen von der Berechtigung dieses „Nein!“ zu überzeugen. Die Frage der Wirksamkeit von Protest und Widerstand ist unserer Meinung nach nicht damit zu beantworten, ob ein Protest von „Erfolg“ gekrönt ist in dem Sinne, dass beispielsweise eine Regierung ein geplantes Vorhaben aufgibt. Viel wichtiger ist unter Umständen, dass in den Widerstandsaktionen selbst eine soziale Dynamik in Gang gesetzt wird, die weit über die (regierungs-)politischen Entscheidungen hinausgeht. Denn der praktizierte Widerstand wirkt nicht nur auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. Er wirkt zugleich zurück in die Bewegungen und auf die Menschen selbst, auf die Wahrnehmung ihrer eigenen Kraft, auf ihre individuelle und kollektive Politisierung, auf das soziale Netz, auf die Solidarität mit denen, die in einer ähnlichen Lage sind.

Wenn eine andere Welt möglich wird...

Ricardo Monge (STISSS/El Salvador)² betont, dass der Streik im Gesundheitswesen für die Bewegung eine intensive und ganz wichtige Erfahrung war. Trotz der enormen Repression und der psychischen und ökonomischen Belastung – allein erziehende Frauen haben sich am Streik beteiligt, ohne zu wissen, wie sie ihre Familie durchbringen sollen –, gingen die Leute gestärkt und mit gewachsenem Selbstvertrauen daraus hervor. Die Erfahrung, Teil dieses Kampfes gewesen zu sein, hat ihren Kampfgeist gestärkt.

Dass dieser Protest schließlich so erfolgreich war, hing nach Einschätzung von Ricardo Monge vor allem damit zusammen, dass die salvadorianische Bevölkerung durch Privatisierungen der Vergangenheit schon eine sehr genaue Vorstellung hatte von dem, was auf sie zukommen würde. Ähnlich wie in Nicaragua beim Protest gegen die Privatisierung des Wassers wurde auch hier der Widerstand erst laut, als es an eine lebenswichtige Grundversorgung ging und nachdem Telekommunikation, Elektrizität und Bildungssektor bereits privatisiert worden waren.

² Siehe Artikel „Protest und Widerstand in El Salvador auf Erfolgskurs?“ in diesem Heft, Seite 42

Wichtig ist auch: Der Widerstand hatte eine lange Vorlaufzeit, die vorausschauend dafür genutzt worden war, die PatientInnen in den Krankenhäusern und Ambulanzen, die ÄrztInnen und die Angestellten des öffentlichen Gesundheitswesens über die Konsequenzen der geplanten Privatisierung aufzuklären. Nur dadurch war es möglich, dass die Menschen sich (scheinbar spontan) mit den Streikenden solidarisierten und ihr Interesse an einer sofortigen Behandlung ihren langfristigen Interessen unterordneten. Hier wird die Bedeutung des in Lateinamerika weitverbreiteten Konzepts der educación popular deutlich: Eine Strategie von politischen Organisationen, durch kontinuierliche Bildungs- und Informationsprogramme eine soziale Basis in der Bevölkerung zu schaffen und dadurch in einen anhaltenden Dialog mit den Menschen zu treten.

Im Falle von San Salvador Atenco (Mexiko)³ schien es auch eine eher spontane Solidarisierung zu sein, die ausschlaggebend für den Erfolg war. Die breite Unterstützung ließ sich auch durch eine Diffamierungskampagne der Regierung nicht irritieren.

Bei genauerem Hinsehen ist die Solidarisierung so spontan aber auch nicht gewesen. Die Bezugnahme der kämpfenden campesinos/as auf Zapata ist eine Referenz auf das historische Vorbild der mexikanischen Revolution und zugleich auf die aktive Rebellion der chiapanekischen Zapatistas. Sie belegt, wie in Mexikos politischer Kultur eine Tradition kleinbäuerlicher Kämpfe über lange Zeit lebendig gehalten wurde, die auch auf Menschen und Gruppen ausstrahlt, die selber keine Kleinbauern sind.

Der entscheidende Faktor für die Unerbittlichkeit und Radikalität des Widerstandes, welche die Regierung schließlich in die Knie zwang, war sicher die existentielle Bedrohung für die Menschen von San Salvador Atenco. Aber auch Organisationen, die sich auf Verhandlungen und Kompromisse einlassen, begründen diesen Schritt oft mit einer existentiellen Bedrohung. Die reale Bedrohung, alles zu verlieren, lässt also sowohl die Option unerbittlichen Widerstandes als auch die des Verhandeln zu. Welche Wahl die Menschen treffen, hängt schließlich von einer politischen Einschätzung ab, in die eine Reihe von Faktoren einfließen: Das eigene politische Gewicht, die eigene Mobilisierungsfähigkeit und/oder Verhandlungsmacht, die Einschätzung der Stärke des politischen Gegners und nicht zuletzt auch die politischen Traditionen des sozialen Widerstands in

einer bestimmten Region oder sozialen Gruppe.

Manchmal gelingt es sogar, dass aus dem, was ursprünglich ein Verteidigungskampf gegen neoliberale Herrschaftsprojekte war, etwas entsteht, das größer und beständiger ist. Das kann der Versuch sein, zunächst zu einem Konsens über die Alternativen zu kommen, die es zur kapitalistischen Ordnung geben könnte. Oder in einem ersten Schritt diese Ordnung und ihre Werte zu hinterfragen: Die Plünderungen,



„Nein zum Freihandelsvertrag mit den USA, denn er bedeutet mehr Armut und Ungleichheit.“

die auf die Wirtschaftskrise in Argentinien folgten, stellten ganz praktisch in Frage, ob das Recht auf Privateigentum über dem Recht auf Nahrung und ein würdiges Leben steht.

Im nächsten Schritt stellt sich möglicherweise die Frage, wie Produktions- und politische Entscheidungsformen aufgebaut werden können, die sich der Verwertungslogik entziehen. In Chiapas/Mexiko geht die Rebellion weit über eine reine, militante Ablehnung hinaus: Die Zapatistas versuchen, jenseits der Eroberung der Staatsmacht eine neue Form von Vergesellschaftung zu entwickeln. Diese soll basisdemokratisch und transparent sein. In den caracoles – seit Sommer 2003 existierenden autonomen Provinz-„Hauptstädten“ – finden Versammlungen der „Guten Regierung“⁴ statt. Diese setzen

³Siehe Artikel: „Der geplante Flughafen wurde nicht gebaut“ in diesem Heft, Seite 49

⁴ Der Begriff spielt an auf den zapatistischen Begriff des „Mal Gobierno“, der schlechten mexikanischen Zentralregierung.

sich zusammen aus Delegationen der zapatistischen Basis-Gemeinden, die jederzeit abwählbar und unmittelbar rechenschaftspflichtig. Parallel dazu werden ein autonomes Gesundheits- und Bildungssystem aufgebaut. Gewiss haben die zapatistischen Indígenas in Chiapas den großen Vorteil, dass ihre Art der Produktion traditionell kollektiv und nicht eingebunden in eine kapitalistische Verwertungslogik war und ist. Außerdem können sie ihren politischen Konsens in relativ überschaubaren, kleinen und wenig ausdifferenzierten sozialen Strukturen finden.

und wir...?

Auch wenn es sich in den Trikont- und den Industrieländern um gänzlich andere Ausgangsbedingungen handelt, gibt es überall gewisse Ähnlichkeiten in der Ausrichtung wirtschafts- und sozialpolitischer Strategien: der Sicherung



IV. Mesoamerikanisches Treffen in Honduras im Juli 2003

von Wirtschaftsstandorten werden grundlegende und einst erkämpfte soziale Standards mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung geopfert, die Deregulierung am Arbeitsmarkt, die Ausdehnung des Warenbegriffes auf immer weitere Bereiche (z.B. Grunddienstleistungen wie Bildung und Wasser, Gesundheit, Biodiversität) und die Aufweichung sozialer Sicherungssysteme sind der lokale Ausdruck einer Anpassung an globale Standards, die nur noch den Markt-

gesetzen unterworfen sind.

Dieser Abwärtstrend wird zeitgleich unterfüttert vom Ausbau eines globalen Migrationsregimes, das dem Kapital das freie Fluten erleichtert und die Bewegung der (arbeitenden) Menschen kontrolliert und einschränkt. So werden Regionen mit unterschiedlichen Lohnniveaus und Umweltstandards gegeneinander ausgespielt, immer mit dem Trend zur Absenkung des Niveaus zugunsten höherer Gewinnspannen. Denn das immer unverschämtere Lohndumping kann nur durchgesetzt werden, solange die Möglichkeit des Kapitals, anderswo gewinnbringender zu investieren, ausgebaut und abgesichert wird. Ein regional gestaffeltes Lohnniveau und eine globale Arbeitsteilung ist dafür absolut funktional.

In dieser Dynamik leben wir auch in Mitteleuropa/in Deutschland. Mit dem Argument, der Standort müsse auf dem Weltmarkt konkur-

renzfähig sein, werden Löhne gedrückt, öffentliche Betriebe privatisiert, Lohn-„Neben“-kosten gesenkt und soziale Sicherungssysteme aufgeweicht. Der Druck, auch noch unter den unwürdigsten Bedingungen zu arbeiten, steigt mit den verschärften Zumutbarkeitskriterien der Arbeitsmarktreform an. Rationalisierungen, das heißt „Freisetzung überschüssiger Arbeitskraft“, werden den Unternehmen erleichtert – immer mit dem Hinweis, dass andernfalls das Unternehmen woan-

ders investieren könnte.

Parallel wird europaweit an einer Abstimmung von Zuwanderungskriterien gearbeitet und die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen nach unten angeglichen. Das neue Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Regierung selektiert EinwanderInnen nach Nützlichkeitskriterien in „erwünschte“ und „unerwünschte“. Insofern können in Deutschland die neoliberalen Arbeits- und Sozialreformen der Agenda 2010

nicht losgelöst vom neuen Zuwanderungsgesetz gesehen werden, da Einwanderung wie auch soziale Dienstleistungen weitgehend nach wirtschaftlichen Verwertungskriterien reguliert werden.

Die Agenda 2010 hat auch in Deutschland Protest provoziert, von linksradikalen Gruppen über das globalisierungskritische Spektrum wie ATTAC, regionale und lokale Sozialforen, Studierende, RentnerInnen, Menschen mit Behinderungen, bis hinein ins gewerkschaftlich-sozialdemokratische Spektrum.

Derzeit ist die Debatte um die Agenda 2010 aber noch relativ am Anfang, und der Widerstand dagegen formiert sich erst. Wir halten es für sehr wichtig, dass der Kampf gegen den Sozialkahlschlag in Deutschland in einen direkten Kontext zur weltweiten Durchsetzung neoliberaler Politik gestellt wird und die Funktion der globalen Migrationskontrolle thematisiert wird. Eine soziale Bewegung, sofern sie sich auf den Wohlfahrtsstaat der 60er/70er Jahre als

Modell der Zukunft bezieht, blendet die Entwicklung der letzten Jahrzehnte aus – nicht zuletzt die, dass Vollbeschäftigung auch bei besten Standortbedingungen ein Phänomen ist, das der Vergangenheit angehört. Betrachtet man die Gewinnspannen der Unternehmen und die Zuwachsraten der Produktivität, so erscheint das Argument geradezu lächerlich, dass das Wirtschaftswachstum automatisch die Anzahl der Arbeitsplätze steigert. Notwendig wäre deshalb nicht nur eine gerechte Verteilung des Reichtums, sondern auch eine gerechte Verteilung der Arbeit.

Wenn die sozialen Bewegungen über ihren nationalstaatlichen Rahmen nicht herauschauen, verdammen sie sich praktisch zum Scheitern. In unseren sozialen Kämpfen brauchen wir unserer Meinung nach dringend eine internationalistische Perspektive, die eine anti-rassistische Sicht notwendiger Weise mit einschließt.

Impressum:

Redaktion:

AutorInnenkollektiv aus Mitgliedern des Ökumenischen Büros und des Informationsbüros Nicaragua

HerausgeberInnen:

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrich-Ebert-Str. aße 141b, 42117 Wuppertal
Telefon: 0202-300030
Telefax: 0202-314346
E-mail: nica@wtal.de
Homepage: <http://nica.wtal.de>

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Straße 13, 81667 München
Telefon: 089 -448 59 45
Telefax: 089 - 487673
E-mail: info@oeku-buero.de
Homepage: www.oeku-buero.de

v.i.s.d.P.:

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.
Pariser Straße 13, 81667 München
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Friedrich-Ebert-Str. aße141b, 42117 Wuppertal

Diese Broschüre wurde vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und von der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW gefördert. Danke!



Nordrhein-Westfälische Stiftung für
Umwelt und Entwicklung

Glossar

AKP-Staaten	Gruppe von 77 Entwicklungsländern aus Afrika (49), der Karibik (14) und dem Pazifik (14).
ALCA	<i>Área de Libre Comercio de las Américas</i> Gesamtamerikanische Freihandelszone ->FTAA
ARENA	<i>Alianza Republicana Nacionalista</i> Rechtspartei in El Salvador
ASC	<i>Alianza Social Continental</i> Zusammenschluss nord- und südamerikanischer NGOs
ATC	<i>Asociación de Trabajadores del Campo</i> Landarbeitergewerkschaft in Nicaragua
ATTAC	<i>Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens et Citoyennes</i> International organisierte globalisierungskritische Bewegung
CAFTA	<i>Central America Free Trade Agreement</i> Freihandelszone USA / Zentralamerika ->Kasten
CDC	<i>Centro para la Defensa del Consumidor</i> Salvadorianisches Verbraucherschutzzentrum
CONIC	<i>Coordinadora Nacional Indígena y Campesina</i> Guatemaltekeische Indigena- und Bauernorganisation
CUC	<i>Comité de Unidad Campesina</i> Guatemaltekeische Bauernorganisation
CUT	<i>Central Unitaria de Trabajadores</i> Kolumbianischer Gewerkschaftsverband
FENACCOOP	<i>Federación Nacional de Cooperativas Agropecuarias y Agroindustriales</i> Nicaraguanischer Kooperativenverband
FMLN	<i>Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional</i> ehemalige Befreiungsbewegung und heutige linke Partei in El Salvador
Foro Mesoamericano	Mittelamerikanisches Forum, Zusammenschluss von NGOs
FSLN	<i>Frente Sandinista de Liberación Nacional</i> Befreiungsbewegung und seit der sandinistischen Revolution Partei in Nicaragua
FTAA	<i>Free Trade Area of the Americas</i> Gesamtamerikanische Freihandelszone -> ALCA
GATS	<i>General Agreement on Trade in Services</i> Allgemeines Abkommen über Handel mit Dienstleistungen
HIPC	<i>Heavily Indebted Poor Countries</i> Entschuldungsinitiative für die hochverschuldeten armen Länder
IWF	<i>Internationaler Währungsfond</i>
MAI	<i>Multilateral Agreement on Investment</i> Multilaterales Abkommen über Investitionen
Maquila	Weltmarktfabriken in Mexiko und Zentralamerika
MERCOSUR	<i>Mercado Comun del Sur</i> Südamerikanische Zollunion zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay
Mesoamerika	Teil Mittelamerikas, der den Süden Mexikos, Guatemala, Belize, Honduras, El Salvador, Panama, Nicaragua und Costa Rica umfasst.
Monitoring	Überwachung
NAFTA	<i>North American Free Trade Agreement</i> Nordamerikanische Freihandelszone
NGO=NRO	<i>Non Governmental Organization</i> Nicht-Regierungsorganisation
NLC	<i>National Labor Committee</i> US-Amerikanische NGO, die im Bereich der MaquilaIndustrie arbeitet
OECD	<i>Organization for Economic Cooperation and Development</i> Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PPP	<i>Plan Puebla Panamá</i> -> Kasten
RMALC	<i>Red Mexicana de Acción Frente al Libre Comercio</i> Zusammenschluss mexikanischer NGOs
SIMETRISS	<i>Sindicato de Médicos Trabajadores del Instituto Salvadoreño del Seguro Social</i> Salvadorianische Gewerkschaft der ÄrztInnen des Sozialversicherungsinstituts
STISS	<i>Sindicato de Trabajadores del Instituto Salvadoreño del Seguro Social</i> Salvadorianische Gewerkschaft der Angestellten des Sozialversicherungsinstituts
UNAG	<i>Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos</i> Nicaraguanischer Kleinbauernverband
UNES	<i>Unidad Ecológica Salvadoreña</i> Salvadorianische Umweltschutzorganisation
TLC	<i>Tratado de Libre Comercio</i> Freihandelsvertrag
WRAP	<i>Worldwide Responsible Apparel Production</i> Internationale Organisation, die in der Textilproduktion Zertifikate für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards vergibt
WTO	<i>World Trade Organisation</i> Welthandelsorganisation